

Arbeiterstimme

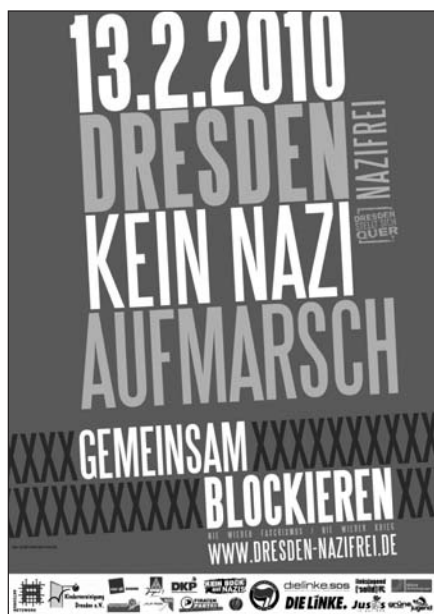
Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2010
Nr. 167, 39. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Dresden 2010-Sie kamen nicht durch!

Ein Erlebnisbericht



Am 13. Februar 2010 sollte anlässlich des 65. Jahrestages der Bombardierung Dresdens ein „Trauermarsch“, organisiert von der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“, stattfinden. Gerechnet wurde „zur Feier des Tages“ mit bis zu 8000 Neonazis aus dem In- und Ausland.

Aber sie kamen nicht durch!

Zu verdanken ist das dem Bündnis „Dresden Nazifrei“. Nachdem jahrelang von zivilgesellschaftlichem Engagement in Dresden nichts zu sehen war, schaffte es das Bündnis, bürgerliche Organisationen und autonome Antifa mit einem von allen getragenen Aktionskonsens auf die Straße zu bringen. Als Mittel des zivilen Ungehorsams wurden Massenblockaden gewählt, von denen keine Gewalt ausgehen würde.

Primäres Ziel war es, den Aufmarsch der Rechten nicht stattfinden zu lassen; die Kritik am Gedenken, geprägt durch Opfermythos, muß an anderer Stelle stattfinden!

Ob die Menschenkette von OB Orosz (CDU) zu Einem von Beiden beitrug, darf bezweifelt werden. Auch wenn fast 10.000 Menschen dort versammelt waren von denen einige danach zu den Blockaden wollten, aber von Beamten daran gehindert wurden, stand doch das Gedenken und der Schutz „ihrer“ Altstadt im Vordergrund.

Gegen das Bündnis gerichtete Repressionen wenige Wochen zuvor, wie das Beschlagnahmen von Werbematerial und Sperrung der Webseite, führte nicht zur erhofften Spaltung von „guten und bösen“ Gegendenmonstranten, im Gegenteil – eine große Solidarisierungswelle setzte ein. Mehr als 600 Organisationen und 2000 Privatpersonen traten als Unterstützer auf. Viele dachten sich „jetzt erst recht!“ und buchten sich in ei-

nen der mehr als 200 Busse aus ganz Deutschland nach Dresden ein.

Andere kamen mit dem Zug oder dem eigenen Auto, was nicht ohne Risiko war, wie man sich noch an Angriffe auf den Gewerkschaftsbus vom Vorjahr erinnern kann. Das Verfahren hierzu wurde übrigens pünktlich zum Jahrestag eingestellt!

Wir aus Berlin starteten in einem Konvoi mit 27 Bussen, um kurz vor Dresden mit den anderen Konvois aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, angewachsen auf 40 Busse, bangend der eventuellen Polizeikontrollen, gemeinsam in die Dresdner Innenstadt zu fahren. Aber das frühe Aufstehen hatte sich gelohnt, wir wurden nicht aufgehalten und konnten fast direkt zu unserem Blockadepunkt am Neustädter Bahnhof gebracht werden. Dort an der Hansastraße ließen wir uns nieder und blieben!

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

– Dresden 2010-Sie kamen nicht durch!	S. 1
– Rückblick: „Es war ein Tag der überaus festlichen Reden“	S. 4
– Studentenproteste im Herbst 2009	S. 8
– Bolivien nach der Wahl	S. 12
– Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil I	S. 16
– Zum Stand der „Steuergerechtigkeit“ am Beispiel Hessen	S. 21
– Rückblick auf den Hitler-Stalin-Pakt	S. 24
– Zum Jahrestag der Bremer Räterepublik	S. 29
– 90. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsches	S. 33
– Erinnerung an einen Chronisten der DDR	S. 36
– Rezension:Trotz allem Heimat	S. 38
– Für eine ökosozialistische Wende von unten!	S. 41

In eigener Sache

Mag die schwarz-gelbe Koalition in Berlin noch so ein schlechtes Bild abgeben, so ist doch nicht zu übersehen, dass die gesellschaftspolitischen Vorstöße von rechts immer zahlreicher und hartnäckiger werden. Das gilt sowohl für den innenpolitischen als auch für den weltpolitischen Bereich. In Afghanistan wird der Krieg intensiviert statt beendet und Deutschland ist immer mehr darin verstrickt. Die propagandistischen und militärischen Vorbereitungen, den Iran in die Zange zu nehmen, werden von den imperialistischen Mächten vermehrt vorangetrieben. Israel kümmert sich weder um Völkerrecht noch um Menschlichkeit und nimmt den Palästinensern die letzten Lebensrechte. Auf dem amerikanischen Kontinent bereitet die Obama-Regierung, die innenpolitisch gescheitert ist, ein umfassendes roll-back in Lateinamerika vor. Mit unseren Artikeln über Bolivien und Chile geben wir einen Einblick in die Verhältnisse dieser Länder, wobei der Chile-Artikel wesentlich länger geworden ist als geplant: Eigentlich wollte unser Autor nur die letzten Wahlen in Chile analysieren. Dabei stellte sich heraus, dass sich die dortige Entwicklung nur auf der Basis der Geschichte der letzten Jahrzehnte erklären lässt. In diesem Heft drucken wir nur den ersten Teil seiner Arbeit ab.

In Deutschland sind sowohl die Friedensbewegung als auch die Arbeiterbewegung zu schwach, um den Kriegskurs und den sozialen Abbau zu stoppen. (siehe auch WSI-Bericht) Wenn die gewerkschaftlichen Tarifen-

scheidungen von IG Metall und ver.di bei der Basis auf so wenig Widerstand stoßen, ist das ein schlechtes Zeichen. Was sich die Vertreter der Kapitalistenklasse in Regierung und Parteien bereits alles leisten können, zeigen besonders die Skandale in der Union und der FDP. Dazu gehört auch die Relegation pflichtbewusster Steuerfahnder durch die Länderregierungen, um parteinahe Großverdiener zu schonen. Wir bringen dazu einen Artikel aus Hessen.

Eine „Meisterleistung“ hat die Ellenbogen-Partei FDP und ihr neo-liberaler, fanatischer Vorsitzender Westerwelle hinter sich. Es gelang ihnen mit breiter Hilfe der Medien, eine Kampagne gegen die Hartz IV-Empfänger und sozialstaatliche Leistungen vom Zaun zu brechen, Arbeitslose gegen Niedriglöhner auszuspielen und damit die Arbeiterschaft zu spalten. Der Anlass war die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts. Dabei gelang es der FDP und dem ganzen Pulk der Unternehmerinteressenvertreter, mit ihren Forderungen nach Leistungskürzungen den Sinn des Urteils auf den Kopf zu stellen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Papier, sagte dazu bei der Urteilsverkündung: *„Die Regelleistungen sowohl des Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschlichen Existenzminimums nicht“* („Einblick“ 3/10).

Mit diesem Streit auf allen Kanälen, der zudem mit falschen Angaben geführt wurde, konnten die Rechtskreise auf durchschlagende Weise von der Finanzkrise und dem wackelnden Euro (Griechenland, Spanien, ...) ablenken.

Um ja keinen Gedanken an eine Alternative zum krisengebeutelten kapitalistischen System aufkommen zu lassen, hatten die Medien und die Politiker Ende des Jahres noch einmal eine unsägliche Kampagne gegen die DDR in Szene gesetzt. Wenn auch etwas verspätet, nehmen wir uns in einem Artikel den Anschluss der DDR an die BRD vor.

Mit historischen und grundsätzlichen Fragen befassen sich zwei Beiträge in dieser Nummer: Der eine hat

den Hitler-Stalin-Pakt mit seinen Verwerfungen zum Inhalt, der andere ist eine Rede von Winfried Wolf anlässlich des Jahrestages der Niederschlagung der Bremer Räterepublik.

Der Verfasser vieler Artikel in der *Arbeiterstimme* und anderswo, der Genosse Manfred Behrend, wäre im April 80 geworden. Wir bringen eine Würdigung durch seine Frau und anschließend eine Rezension von Hanna Behrends Autobiografie.

Zwei Artikel jedoch zeigen, dass wir in Deutschland doch noch nicht ganz in Friedhofsruhe versunken sind und andererseits, dass noch Menschen vorhanden sind, die bereit sind, militant Widerstand zu leisten. Die Zahl und der Kampfesgeist der Demonstranten in Dresden gegen den Aufmarsch der neonazistischen NPD waren von Erfolg gekrönt, was aber keine Garantie dafür ist, die Faschisten jederzeit in die Schranken weisen zu können. Solange in Deutschland herrschende Politiker ihre schützende Hand über die faschistischen Horden halten, bleibt der Erfolg der antifaschistischen Gegendemonstrationen auch eine Frage polizeitaktischer Entscheidungen.

Mit ihrem Protest, der sich zum Teil bis zum Streik steigerte, haben Schüler und Studentinnen sich für ihre Interessen eingesetzt. Wenn das auch keinen Massencharakter hatte, so waren doch junge Menschen endlich einmal bereit, nicht mehr alles hinzunehmen.

Achtung! Wir bitten um die Zahlung des ABOs für 2010 und um Spenden. Helft mit, das weitere Erscheinen der „Arbeiterstimme“ zu ermöglichen!

Am 8. und 9. Mai findet in München wieder unser Frühjahrs-Seminar statt, mit Referaten und Diskussionen. Voraussichtliche Themen sind Lateinamerika, wo steht die Partei Die Linke, Kritik der Gewerkschaftspolitik usw.

Näheres über unsere Redaktionsadresse.

Eine Bitte im eigener Sache:
Schickt eure Artikel uns bitte in elektronischer Form zu! Am liebsten als .txt, .rtf oder .doc.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Verleger, Zuschriften:

Thomas Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Sämtliche Menschenansammlungen auf Neustädter Seite waren im Vorfeld verboten worden, aber bereits ab 9:00 Uhr morgens starteten erste Blockadeversuche, eintreffende Busladungen stießen dazu, sportive Kleingruppen in der Umgebung taten ihr übriges, um die knapp 5700 Polizeibeamten aus dem gesamten Bundesgebiet bei Laune zu halten. Dies muß explizit erwähnt werden, da eben vielfältigste Widerstandsformen abseits der Blockaden zu deren Gelingen beitrugen. Ob es die ein oder andere brennende Mülltonne oder zwei Blockaden auf den Gleisen waren, die Kräfte der eh schon überforderten Beamten wurden aufgerieben und sie konnten nicht zur Räumung der Blockaden eingesetzt werden! Abgesehen davon gab es auch Nazi-Gruppen, die auf eigene Faust unterwegs waren, wodurch es zu einigen tätlichen Angriffen auf Passanten und Beamte kam. Zwischen einer dieser Gruppen und aktiven Antifaschisten kam es zu direkten Auseinandersetzungen, bei denen keinerlei Beamte anwesend waren.

Trotzdem darf man der Einsatzleitung unterstellen, eher deeskalierend vorgegangen zu sein. Dafür sprechen auch die Zahlen: 29 polizeiliche Gewahrsamnahmen, 27 leicht Verletzte.

Ob die kurz vorher von Sachsens Innenminister eingekauften „Pepperguns“, aus den USA stammende Pistolen für den personenbezogenen Einsatz von Pfefferspray, zum Einsatz kamen, entzieht sich meiner Kenntnis, einige Kleinblockaden durften trotz der eisigen Temperaturen Wasserwerfereinsätze über sich ergehen lassen.

Die Demosanitäter sprachen sonst von den üblichen Verletzungen durch Schlagstockeinsätze und Tränengas.

Erst gegen 14:00 Uhr war dann der größte Teil der ca. 6400 Nazis am Neustädter Bahnhof angekommen. In einigen Blockaden befand sich Politprominenz, wie z.B. Bodo Ramelow, welche als Verhandler mit der Polizei auftraten. Die Stunden in der Kälte wurden durch mobile Volksküchen

ckaden an der Aufzugstrecke“. (Polizeibericht Sachsen 13.2.10)

Das Pack wurde also über den Dammweg, allerdings mit Zwischenkundgebung, zurück zu ihren Bussen am Stadtrand geleitet, von denen einige für die Heimfahrt aber nicht mehr geeignet waren.

Die Blockaden wurden mit einer lauten Spontandemonstration durch die Altstadt aufgelöst, die Berliner Reisegruppe durfte noch eine Stunde Extraaussicht auf die Elbe genießen, ob zu irgendjemandes Sicherheit oder als Schikane weiß man nicht.

Frustrierte Neonazis zogen am späteren Abend durch diverse Orte, in Pirna zerstörten sie das dortige SPD Büro, in Magdeburg gab es einen Angriff auf das libertäre Zentrum mit einem Schwerverletzten.

Wir erreichten drei Stunden später müde, aber glücklich die Hauptstadt.

Die Mainstreampresse beschränkte sich anfangs darauf Bilder der Menschenkette zu zeigen, noch weiter ging der mdr-sachsen: „überschattet wurde das Gedenken von Auseinandersetzungen zwischen

Demonstranten der rechts- und linksextremen Szene“.

Resümee: Erfolg brachte die breite Bündnisarbeit und die großartige Organisation durch sämtliche lokale Gruppen im Vorfeld! Und natürlich die knapp 12.000 Menschen, die trotz der Kälte ausharrten!

Auf Naziseiten wird bereits für den Aufmarsch 2011 mobilisiert, doch davor kommt der 1. Mai in Berlin-Widerstand muß praktisch sein!

S.

Quellen: Indymedia.org, junge Welt, Freie-radios.net Beitrag 32238, mdr-sachsen



und Musik aus dem Lautsprecherwagen erhellt, die Stimmung war durchweg gut. Außerordentlich wichtig war auch das gute Netz vor Ort zum Informationsaustausch! Ob der freie Radiosender „ColoRadio“, der live von den Blockaden berichtete, das Infotelefon, Twitter oder Liveticker- man wusste immer ob der Lage Bescheid und konnte sich entsprechend verhalten. Als um 17:00 Uhr endlich von der Einsatzleitung verkündet wurde, dass der Aufmarsch nicht stattfinden kann, „da die Sicherheit für die Aufzugsteilnehmer nicht zu gewährleisten war“, brach Jubel aus!

Im Nachhinein wurde auch bestätigt, „Ursache waren zahlreiche Blo-

Zwanzig Jahre danach...

„Es war ein Tag der überaus festlichen Reden“



Es war schon schwer zu ertragen, in welcher Form und mit welchem Propagandaufwand, die staatstragenden Akteure der BRD in diesem Jahr die Novemberereignisse in der DDR vor 20 Jahren feierten. Wochenlang vorher wurde die Öffentlichkeit, in allen Fernsehkanälen und Rundfunkanstalten, mit Dokumentationen über den „Unrechtsstaat“ DDR, über seine Stasi, oder über die Misswirtschaft der sozialistischen Planwirtschaft „aufgeklärt“. Ehemalige „Dissidenten“ und selbsternannte „Bürgerrechtler“ kamen zu Wort und brachten ihre Genugtuung über den Fall der Mauer und das Ende der DDR zum Ausdruck. Es war wohl kein Zufall, dass diejenigen die damals eine bessere DDR, jedoch keineswegs den Sozialismus abschaffen wollten, kaum zu Wort kamen. Das konnte nicht erwartet werden und eine differenzierte Betrachtung der DDR war auch nicht gefragt. Ging es bei diesem Unternehmen doch einmal mehr um die Delegitimierung der DDR. Deshalb war viel von Freiheit und Demokratie und dem Glück der „friedlichen Revolution“ die Rede.

Den Vogel schoss dabei Bundespräsident Köhler in Leipzig ab. In seiner Rede anlässlich der Großdemonstration der 70.000 am 9. Oktober 1989, die den Verfallsprozess der DDR maßgeblich vorantrieb, meinte Köhler:

„Als Pfarrer Christian Führer am 9. Oktober nach dem allwöchentlichen Montagsgebet die Türen der Nikolaikirche öffnete, da war der Vorplatz schwarz vor Menschen. ... Da waren 70.000. Sie mussten mit dem Schlimmsten rechnen, denn es gab klare Drohungen. Zeugen-

aussagen und Dokumente belegen: In den Betrieben wurden die Belegschaften angewiesen, die Innenstadt zu meiden, denn da werde Blut fließen. In den Schulen wurde den Kindern gesagt: Geht nicht in die Stadt heute, da könnte etwas ‚Schlimmes‘ passieren. Das Wort von der ‚chinesischen Lösung‘ machte die Runde. ... Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlungen von Schussverletzungen unterwiesen, und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt.“

Hier zeigt sich, dass blinder Antikommunismus wirklich blind macht. Denn nichts stimmte an Köhlers Beitrag, was in den Folgetagen zumindest in Sachsen zu erregten Diskussionen führte. Weder gab es Schießbefehle, noch standen vor der Stadt Panzer, noch wurde Blutplasma und Leichensäcke in einer Stadthalle bereitgelegt, die es in Leipzig gar nicht gibt. Peinlich, peinlich. Auf Köhlers Internetseite kann man jetzt lesen, dass er seine Behauptungen einer Broschüre entnommen habe, über die der Autor nach der peinlichen Rede des Bundespräsidenten festgestellt hat: „er habe für diese Angaben noch keine ausreichenden Belege, es sei weitere Forschung nötig“. Doch gesagt ist gesagt!

Die Bourgeoisie feiert ihren Sieg

Es war die Feier der internationalen Bourgeoisie über ihren Sieg über den Sozialismus. Der Höhepunkt bildete schließlich die Veran-

staltung am 9. November in Berlin. „Gut gelaunt und tiefgerührt“, wie die Sächsische Zeitung (SZ) schrieb, feierte Berlin mit Andachten, Aktionen und einer großen Zahl prominenter Gäste aus aller Welt den Jahrestag des Mauerfalls. Mit dabei, natürlich, die antikommunistischen „Leuchttürme“ Lech Walesa und seine deutschen Freunde Biermann, Klier, Stephan Krawczyk (im MDR sprach dieser über „seine Freude über unsere demokratische Marktwirtschaft“) und Andere. „Es war ein Tag der überaus festlichen Reden“, schrieb die SZ und zitiert die Kanzlerin: „Den Mauerfall nannte Merkel ‚das Ergebnis einer langen Geschichte von Unfreiheit und Kampf gegen Unfreiheit‘“. Solche Reden gehen offensichtlich ans Gemüt, denn, so die SZ, „so mancher Besucher wischte sich verstohlen Tränen der Rührung aus den Augen“.

Zehntausende Besucher sollen es laut der Medien in Berlin gewesen sein. Und wenn man die Parteilichkeit der bürgerlichen Medien kennt, kann man sich vorstellen, dass die Zahlen bei einer so erhebenden, nationalen Veranstaltung eher schön als real gerechnet sind. Im Klartext heißt das: die Begeisterung hielt sich in Grenzen. Ein Wunder ist das nicht. Die tatsächliche Stimmungslage im Osten deckt sich halt nicht mit der offiziell dargestellten Freude der herrschenden Klasse über ihren Triumph.

In der Sächsischen Zeitung gibt es in den Sonnabendausgaben eine Rubrik „Leserforum“, in der ein bestimmtes, vorgegebenes Thema diskutiert wird. Im Oktober war das Thema: „Herbst ’89 – Was ist daraus geworden?“. Es gab daraufhin so viele Leserzuschriften, dass der Abdruck

auf zwei Ausgaben verteilt werden musste. Von den fast 40 Leserbriefen äußerte sich nur einer positiv zu der stattgefundenen Entwicklung – und der stammte von einem zugezogenen Westdeutschen. Alle anderen waren gekennzeichnet von tiefer Enttäuschung bis zur Ablehnung der bestehenden politischen Verhältnisse. Sicher, ein Leserforum drückt nicht repräsentativ die Stimmungslagen aus. Doch weit weg davon ist sie im aktuellen Falle aber nicht. Die Volkssolidarität gibt seit 1990 einen Sozialreport mit Fakten und Daten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern heraus. Im Sozialreport 2008 wird das in den Leserbriefen zum Ausdruck gekommene Stimmungsbild ganz klar unterstrichen. Danach sagen etwa 40 Prozent der Ostdeutschen, die beste Zeit in ihrem Leben sei ihr Leben in der DDR gewesen. 28 Prozent betrachten sich als die Verlierer der deutschen Einheit. Und lediglich 23 Prozent erklären, dass sie sich als richtige Bürger der BRD fühlen, d.h. 75 Prozent sehen sich als Bürger zweiter Klasse. Und etwa 11 Prozent wollten im Jahre 2008 sogar die DDR wiederhaben.

Das Roll Back

Das hat Gründe, die nichts mit DDR-Nostalgie zu tun haben, wie es bürgerliche Medien zu erklären versuchen, sondern vielmehr damit, dass die Ostdeutschen den Kapitalismus in der brutalst möglichen Form kennen lernen mussten. Sie waren in die Wiedervereinigung mit der Erwartung getaumelt, dass es rasch zu einer Angleichung des Lebensstandards an den des Westens kommt. Hatte doch Kohl getönt: „Niemand wird es schlechter gehen, aber vielen besser!“. Die Realität sah dann allerdings völlig anders aus. Es erfolgte das totale Roll back auf jedem politischen und wirtschaftlichen Gebiet. Der Anschluss bedeutete die Unterwerfung der DDR-Bevölkerung unter das Regime der BRD, wobei viele Maßnahmen weniger der Angleichung an die BRD-Verhältnisse geschuldet waren, sondern vielmehr der Rache der Herrschenden für eine 40 Jahre dauernde, eigenständige, nichtkapitalistische Entwicklung.

Der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit wurde erklärt, der

Niedergang der Ostökonomie rühre mit daher, dass die DDR und ihre Wirtschaft im Grunde pleite gewesen seien. Diese Behauptung gehört allerdings, wie so vieles im Zusammenhang mit der DDR, in den Bereich der Legenden. Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank betrug die Nettoverschuldung der DDR Ende 1989 19,9 Milliarden D-Mark, also nicht einmal 10 Milliarden Euro. Angesichts der heutigen Staatsverschuldung der BRD ein geradezu lächerlicher Betrag. Trotzdem spricht Bundespräsident Köhler, in einer seiner vielen Reden in diesen Tagen, von den „*enormen Auslandsschulden*“ der DDR. Der eigentliche Kollaps erfolgte allerdings erst nach dem Anschluss an die BRD, als über Nacht die DDR-Wirtschaft dem DM-Wirtschaftsraum preisgegeben wurde.

Man kann hier nur jenen Wirtschaftswissenschaftlern Recht geben, die diesen Sachverhalt verglichen, mit einem Auto-Rennen zwischen Trabi und Porsche. Die Wirtschaft im Osten war der des Westens hoffnungslos unterlegen. Nicht nur, weil die Produktivität der meisten Betriebe deutlich niedriger war, als in den vergleichbaren Westbetrieben, sondern auch, weil die betriebliche Organisationsstruktur, der einer zentralen Planwirtschaft, und nicht einer kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft entsprach. Die Folge davon war, dass die Produktion in den folgenden Jahren stark zurückging und in manchen Branchen fast, oder ganz zum Erliegen kam. So betrug die Industrieproduktion 1994 beispielsweise nur noch 39 Prozent gegenüber 1989. Einbrüche in solch dramatischer Höhe gab es weder nach dem ersten Weltkrieg, noch nach dem zweiten. Dass im Anschlussgebiet trotzdem alles weitgehend friedlich blieb, lag an den gewaltigen finanziellen Mitteln, die man zur sozialen Befriedung ins Land pumpte.

Die Konsequenzen dieser Politik waren trotzdem nicht zu übersehen und für die Menschen spürbar: Massenarbeitslosigkeit in noch nicht gekanntem Maße, Preissteigerungen, Mieterhöhungen und nicht zuletzt Eigentumsrückforderungen bundesrepublikanischer Fabrik- und Hausbesitzer. Gleichzeitig betrieb die Treuhandanstalt (THA) die Privatisierung des Industrie-Volkvermögens in ei-

ner Art und Weise, die man heute als die größte Umverteilungsaktion in der Geschichte des deutschen Volkes bezeichnen kann. Zu Spottpreisen wurden Betriebe, mit allen Anlagen und Immobilien zu Privatbesitz von westlichen Klein- und Großkapitalisten. Die Zusage gegenüber der THA, die Belegschaft in einer gewissen Höhe, ein oder zwei Jahre weiter zu beschäftigen, reichte aus, um manchmal für die symbolische eine Mark Immobilien in Millionenhöhe zu erwerben. Die Betriebe, die nicht den Gefallen des westlichen Kapitals fanden, wurden stillgelegt, liquidiert und abgewickelt. Überhaupt: Abgewickelt wurde fast alles. Angefangen bei Betrieben, Sporteinrichtungen, Polikliniken, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, bis hin zu Kindertagesstätten und Betriebskindergärten. Alles, was irgendwie mit dem DDR-Sozialismus zu tun hatte – und war es noch so sinnvoll – wurde geschliffen. Lediglich das DDR-Ampelmännchen ließ man bestehen. Zur weiteren Ernüchterung der Menschen trugen auch die ihnen gegenüber gezeigte Respektlosigkeit und Arroganz des „West-Aufbaupersonals“ bei, das sich nicht selten wie Besatzungstruppen einer siegreichen Armee aufführte.

Das Resultat dieser Politik ist, dass heute, gemessen an dem was war, die Landschaften im Osten nicht blühend, wie versprochen, sondern weitgehend deindustrialisiert sind. Das erklärt mehr die Stimmungslage und Befindlichkeit im Osten als alle Analysen bürgerlicher Politologen, Soziologen, Ökonomen und Pfaffen.

Konterevolution und Implosion

Die DDR als sozialistischer Staat entstand nicht nach einer siegreichen Revolution, sondern aufgrund taktischer Überlegungen, basierend auf den nationalen Interessen der Sowjetunion. Unmittelbar nach dem Sieg über den Faschismus setzte zwischen den einstigen Alliierten der „kalte Krieg“ ein, der jederzeit in einen heißen Krieg umschlagen konnte. Aus diesem Grunde war die Sowjetunion (SU) daran interessiert, vor dem eigenen Territorium eine Sicherheitszone zu schaffen. Alle osteuropäischen Län-

der im Einflussbereich der SU wurden deshalb aufgrund ihrer Initiative sozialistisch. Für den Aufbau des Sozialismus, war alleine das schon eine denkbar schlechte Voraussetzung. Für den sozialistischen Aufbau ist die entscheidende Frage, ob die Arbeiterklasse aktiv ihren Staat gestaltet und ebenso aktiv zugunsten des Sozialismus eingreift. Wird die Revolution jedoch durch eine Besatzungsarmee importiert und nicht aus eigener Kraft errungen, kommt es zu einer ablehnenden, passiven Haltung der Klasse und nicht zur erhofften Mobilisierung. Mit Ausnahme der damaligen SBZ und Tschechoslowakei waren die anderen osteuropäischen Länder hauptsächlich durch den Agrarbereich geprägt, mit einer nur schwachen Arbeiterbewegung. Die kommunistischen oder sozialistischen Parteien dieser Länder waren so allesamt von der SU abhängig und hielten sich kritiklos an deren politische Vorgaben. Das machte die Ausgangslage für eine sozialistische Entwicklung ebenfalls nicht besser. Im Übrigen galt das eingeschränkt auch für die damalige SBZ. Auch sie befand sich im mehr agrarisch geprägten Teil Deutschlands.

Positiv sehen muss man allerdings, dass es aufgrund der Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus nach 1945 in der Bevölkerung in allen Besatzungszonen in Deutschland durchaus Sympathien für den Sozialismus gab. Trotzdem war die Lage aber in sich widersprüchlich. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung hatte sich mit den Nazis eingelassen und hatte den Faschismus mitgetragen. Die Jugend, durch die Nazis sozialisiert, war rassistisch und antikommunistisch. Es gab tiefe Ressentiments gegen die „Russen“ und alle Vorurteile schienen dann durch das Auftreten und die Politik der Besatzungsmacht bestätigt. Der Osten Deutschlands und später die DDR, wurden nämlich durch die SU, im Gegensatz zum Westen, konsequent zu Reparationsleistungen herangezogen, was natürlich spürbare Auswirkungen auf die Versorgungslage der Bevölkerung hatte.

Das war im Osten Deutschlands also die Ausgangslage für den Ver-

such den Sozialismus aufzubauen. Und die war denkbar schlecht. Die Mehrheit der entscheidenden Klasse, die Arbeiterschaft, stand ihrem eigenen Staat weitgehend passiv und auch oppositionell gegenüber. Zum ersten Mal zeigte sich das offen in dem Aufstand am 17. Juni 1953. Nur mit Hilfe der SU konnte die SED ihre Position behaupten.

Einen maßgeblichen Beitrag für die krisenbehaftete Entwicklung der DDR leistete zweifellos auch der westdeutsche Staat mit breiter Un-



Was so alles gibt: „Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Königinnen präsentiert Königinnen aus ganz Deutschland zum Tag der Deutschen Einheit. Unter den Königinnen in Hamburg war auch die Heidekönigin.“ Quelle: <http://www.hamburg-web.de/fotos/10183-tag-der-einheit-koeniginnen.htm>

terstützung aller anderen imperialistischen Staaten. Von Seiten der BRD wurde, solange die DDR bestand, alles getan um diese zu destabilisieren. Dabei wurden so ziemlich alle schmutzigen Mittel des „kalten Krieges“ eingesetzt. Der entscheidende Hebel aber war die Stärke der westdeutschen Ökonomie. Trotz immenser Anstrengungen seitens der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, die Entwicklung der Produktivkräfte voranzutreiben, blieb der sozialistische Block gegenüber dem kapitalistischen Westen ökonomisch deutlich im Hintertreffen. Für die DDR hatte das weit reichende Auswirkungen. Die eigene Bevölkerung hatte durch Fernsehen, Rundfunk und verwandtschaftliche Beziehungen in den Westen, ständig das westliche „Schaufenster“, mit seinen „kapitalistischen Verlockungen“ vor Augen. Dadurch wurden Begehrlichkeiten geweckt, die die DDR-Ökonomie nicht befriedigen konnte. Zwar

wurde in der Dekade zwischen 1960 und 1970, versucht ökonomische Reformen, welche die Versorgungslage verbessern sollten, durchzusetzen, doch scheiterten diese aus den besagten Gründen der fehlenden Akzeptanz der Bevölkerung und der Arbeiterklasse. An Stelle einer lebendigen sozialistischen Demokratie machte sich Bürokratismus, Opportunismus und Dogmatismus breit. Alle Versuche der Partei in der Arbeiterklasse eine Massenbasis für den Sozialismus zu finden wurden so konterkariert.

Der Mauerbau und die zunehmende Repression war die notwendige Konsequenz, die sich aus dieser Gesamtsituation ergab. Den Kommunisten in der DDR blieb, aufgrund der inneren politischen Isoliertheit und der von außen kommenden politisch-ideologischen Konfrontation, oft nur die Möglichkeit auf Tagesnotwendigkeiten zu reagieren; die „Not zu wenden“. Da blieb nur wenig Spielraum für marxistisches Schöpferum. Eine andere Politik hätte die Kapitulation vor dem Imperialismus bedeutet, wie die Ereignisse nach dem 9. November 1989 beweisen. So hat man

weiter vor sich „hingewurstelt“, versucht den Staus quo zu halten und damit in Kauf genommen, dass sich die Stimmung im Land weiter verschlechterte. In einem Leserbrief im *Neues Deutschland* drückt ein Leser das folgendermaßen aus:

„Wir hatten in der DDR vieles erreicht. Eines aber nicht: Der Bevölkerung all die Dinge im ausreichenden Maße anzubieten, die das Leben angenehmer machen. Und genau davon haben wir uns in den späten 80er immer weiter entfernt. Die bekannten Versorgungslücken. Während der aus gewerkschaftlichen ‚Schulen der sozialistischen Arbeit‘ und dem Parteilehrjahr bekannte ‚absterbende und verfaulende Kapitalismus‘ – gesehen im Westfernsehen – immer Neues und immer Schöneres und das auch noch im Überfluss anzubieten hatte. ‚Die‘ waren genau damit Sieger im ökonomischen Systemwettbewerb.“

Bekanntlich wurde ‚Freiheit‘ und ‚Demokratie‘ in den montäglichen DDR-Abendhimmel gerufen. Auch ‚Reisefreiheit‘. Dorthin, wo Bosch- Bohrhammer,

Commodore C64 oder Videorecorder zum Kauf auslagen, blieb unausgesprochen“.

Der weitere Verlauf der Geschichte ist bekannt. Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war das Ende der DDR eingeleitet. Innerhalb Jahresfrist implodierte der sozialistische Staat, wie auch die anderen sozialistischen Staaten. Der Sieg des Imperialismus stand damit fest. Seine, auf ökonomischer Überlegenheit basierende Konterrevolution, hat das sozialistische Lager letzten Endes zertümmert. Das waren die objektiven Gründe und weniger die zweifellos vorhandenen Demokratie-defizite.

Lupenreine Demokraten

Bei den Feierlichkeiten vor dem Brandenburger Tor gaben sich die international vereinigten Bourgeois als lupenreine Demokraten. Sie feierten ihre Freiheit. Sie feierten die Freiheit ihr Kapital seit zwanzig Jahren auch im Osten ungehemmt verwerten zu können. Verpackt wurde ihre Freude darüber mit den „hehren Werte“ der Demokratie. Das hört sich gut an und das macht was her, wenn die Merkel darüber schwadroniert und meint, dass der Mauerfall „das Ergebnis einer langen Geschichte von Unfreiheit und Kampf gegen Unfreiheit“ sei.

Was Merkel dabei nicht sieht, bzw. wegen ihres Klassendenkens nicht sehen kann, ist, dass die umfassende Unternehmerfreiheit die heute besteht gleichzeitig die soziale Unfreiheit für die ganz große Mehrheit der Menschen in der kapitalistischen Welt voraussetzt. Verwischt wird dieser Widerspruch allerdings durch den Umstand, dass die bürgerliche Freiheit dem Einzelnen in großem Maße freie Bewegung gewährt. Sichtbar wird die soziale Unfreiheit für die Mehrheit der in Abhängigkeit gehaltenen Menschen deshalb erst dann, wenn durch tiefe ökonomische Krisen deren eigene Existenz infrage gestellt ist und die bürgerliche Ideologie ihre Zusagen an Freiheit, Demokratie und Wohlstand nicht mehr halten kann. Der Marxist Leo Kofler hat das in einem Aufsatz so formuliert: *„Die bürgerliche Demokratie ist nur eine Form, hinter deren goldgelbem Aufputz sich die Diktatur der Bour-*

geoisie verbirgt, jederzeit bereit, offen hervorzubrechen, wenn ein ernster Schritt von der bloß formalen zur sozialen Freiheit hin getan werden soll, d.h. ein Schritt, der das bürgerliche freiheitsfeindliche Monopol an den Produktionsmitteln zu erschüttern droht“ (Leo Kofler: Warum ich Marxist geblieben bin. 1988).

Mit äußerster Brutalität und Gewalt ist die Bourgeoisie, seit Beginn in ihrer Geschichte, immer gegen diejenigen vorgegangen, die von ihr die soziale Freiheit einkla-



Propaganda-Postkarte der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Herbst 2007

gen wollten. Da war dann Schluss mit Demokratie und Menschenrechten! Mit solchen „Betriebsunfälle der Geschichte“ gehen bürgerliche Kreise im Nachhinein sehr verständnisvoll und nachsichtig um. Da ist man dann schnell bereit Schlussstriche zu ziehen. So konnten beispielsweise bereits zwanzig Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus der KZ-Baumeister Lübke Bundespräsident, ein im Goepfelschen Propagandaapparat dienender Mann namens Kiesinger Bundeskanzler und der Nazihenker Filbinger Ministerpräsident werden. Weniger Toleranz dagegen bringt man gegenüber der Linken auf. Da ist man über jede linke Vergangenheit auf das Äußerste empört. Da gibt es auch keine Verjährungsfristen und „Gnade“. Und deshalb fordern aktuell auch lupenreinen Demokraten in Brandenburg den Rücktritt von zwei Landtagsabgeordneten der *Die Linke* wegen ihrer angeblichen „Stasi-Verstrickungen“. Das darf einen aber nicht wundern. Sie können schlichtweg nicht aus ihrer bürgerlichen Haut. Sie offenbaren aber damit das, was bürgerliche Doppelmoral und bürgerliche Demokratieauffassung bedeutet.

Demokratie und Sozialismus

Der real existierende Sozialismus scheiterte, weil er es nicht schaffte, die Produktivkräfte in einer, den hoch entwickelten imperialistischen Ländern, überlegenen Qualität zu entwickeln. Diese Schwäche führte objektiv zur Deformation des Sozialismus, zu dem sich die Träger der gesellschaftlichen Veränderung, die Arbeiterklasse, mehrheitlich distanziert verhielten. Eine reale, lebendige Demokratie mit einer neuen Qualität, in denen die Werktätigen über ihre Angelegenheiten individuell und kollektiv tatsächlich und nicht nur formal entscheiden, kam so nicht zustande. Die historischen Ursachen, in Bezug auf die DDR, wurden ansatzweise beschrieben. In modifizierter Form sind sie auch auf alle anderen sozialistischen Länder übertragbar. Da es der SED, wie allen anderen sozialistischen/kommunistischen Parteien, nicht möglich war, grundlegende Reformen bei der Entwicklung der Produktivkräfte und der Gesellschaftsgestaltung durchzuführen war die Niederlage auf Dauer unvermeidbar.

Rosa Luxemburg war es, die die Ziele und Werte der kommunistischen Bewegung formulierte: *„Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Ohne Sozialismus keine Demokratie und ohne Demokratie kein Sozialismus“.*

Dieses Postulat muss für Kommunisten in Zukunft uneingeschränkte Gültigkeit haben. Ohne die schöpferische, demokratische Mitwirkung der entscheidenden Klasse wird es keinen Sozialismus geben. Das muss als Lehre aus dem ersten großen Menschheitsversuch, die Ausbeutergesellschaften zu überwinden, gezogen werden. Aber auch das hat nach wie vor Gültigkeit: die Aufhebung des Widerspruchs zwischen der formalen Demokratie und der wirklichen, sozialen Demokratie bedeutet die Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft. Das wird sich diese nicht ohne aggressiven Widerstand gefallen lassen. Es wird eine Revolution erforderlich sein. Eine Revolution, nach der eine Merkel und Co. nicht mehr triumphieren dürften.

Studentenproteste im Herbst 2009

„Audimaxismus“ gegen Ökonomisierung

Im Herbst und Winter 2009 fanden die seit Jahrzehnten größten Studierendenproteste in Deutschland, in Österreich und der Schweiz statt. Sie richteten sich gegen die Studiengebühren, gegen die Bolognareform und die Hochschulgesetzgebung. Aber sie waren Ausdruck gegen einen Trend, der alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft: Die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche.

Am 9. Dezember 2009 veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung ein großes Porträt von Professor Wolfgang Herrmann. Der Chef der Technischen Universität München (TUM) oder „Der unternehmerischen Universität“ – so ihr vielsagender Slogan – war mit viel Text und einem großen Foto bedacht worden, das ihn jovial und gönnerhaft auf einen Flügel gestützt zeigte. Grund dieser ungewöhnlich intensiven Würdigung der SZ: Das CSU-Mitglied Herrmann war am Vortag mit dem Titel des „Hochschulmanagers des Jahres“, geehrt und damit zum Sieger in einem Wettbewerb gekürt worden, der regelmäßig von der Financial Times Deutschland ausgelobt wird. Diese zweifelhafte Auszeichnung wird jenem Uni-Chef zugedacht, dem es am besten gelungen ist, seine Institution nach neoliberalen Kriterien zu einem „Unternehmen“ umzubauen.

Die Zeitungsseite war damit auch fast schon gefüllt, Platz blieb nur noch für eine Spalte, in der ein resignierter Bernd Huber, Chef der anderen großen Münchner Exzellenzuniversität, seiner Enttäuschung darüber Ausdruck verlieh, dass die Audimax-Besetzer das Angebot der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) abgelehnt hatten.

Die Studierenden hatten den größten Hörsaal der LMU am 11. November besetzt, um ihren Protest gegen die unzumutbaren Studienbedingungen in den im Zuge des sogenannten Bolognaprozesses eingeführten Bachelor- und Masterstudiengängen und gegen die Studiengebühren zu unterstreichen.

Ein Rückblick: Bereits im Sommer vergangenen Jahres kam es zu vereinzelt Protestkundgebungen; im Oktober war dann die Besetzung



des Audimax der Universität Wien am 22. Oktober Fanal eines „heißen Herbstes“: Die Proteste der Studierenden breiteten sich in ganz Österreich, in Deutschland und schließlich in der Schweiz aus. Nahezu an jeder Hochschule kam es zu Besetzungen und Protesten; in Frankfurt wurde das besetzte „Casino“ der Universität gewaltsam von der Polizei geräumt. Es gab Verletzte und schlechte Presse, die Hochschulleitung um Werner Müller-Esterl stellte Strafanzeige gegen die Studierenden. Besetzungen über längere Zeit gab es unter anderem auch an den Universitäten in Tübingen, Heidelberg, Berlin, Hamburg oder Göttingen.

Am längsten harrten die Studierenden in Bayern und vor allem an der LMU aus: Erst am 28. Dezember wurden die letzten 20 Besetzer – darunter allerdings nur sieben Studenten – gewaltlos von der Polizei aus dem Audimax geführt: Das vergleichsweise weitreichende Angebot der Unileitung um Bernd Huber, das unter anderem die sofortige Bereitstellung von Mitteln aus der Körperschaft in Höhe

von 500.000 Euro zur Verbesserung der Lehrsituation, die Einführung einer verfassten Studierendenschaft auf Basis einer Erprobungsklausel sowie umfassende Nachbesserungen bei den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen vorsah, lehnten die Besetzer ab und entschieden sich, das Audimax weiter besetzt zu halten. Ihr Argument: Die LMU sei nicht nur „Exzellenzuniversität“, sondern durch die Aktionen der Weißen Rose im Dritten Reich auch ein Ort und damit Symbol des gewaltlosen Widerstandes. Die Studierendenvertretung der LMU war zwar gewillt, mit der Hochschulleitung zu reden, jedoch wurden sie im Plenum, dem auch Studierende von anderen Hochschulen sowie Schüler angehörten, überstimmt. Das war vermutlich ein Fehler: Man hätte einem Dialog mit der Hochschulleitung, zustimmen sollen – die ihrerseits natürlich nur Angebote auf Basis ihrer Möglichkeiten machen konnte – um den Protest daraufhin in andere Institutionen zu tragen: ins Wissenschaftsministerium etwa, wo erst im vergangenen Jahr der hoch-

schulpolitische Dilettantismus in Gestalt des Zahnarztes Wolfgang Heubisch (FDP) Einkehr gehalten hat. Oder eben an die TUM, die wie keine zweite Hochschule in Bayern ebenfalls großen Symbolcharakter hat – nämlich für die Umwandlung von Universitäten in Unternehmen und damit für die Ökonomisierung von Bildung und Forschung – übrigens ein zentraler Aspekt der Proteste. Die TUM blieb jedoch von den Protesten nahezu unbehelligt. Mit ihrer Besetzung hätte die mediale Aufmerksamkeit, die auf dem Höhepunkt der Proteste intensiv und überwiegend wohlwollend war, möglicherweise hochgehalten werden können. Nach Ablehnung des Angebots kurz vor den Feiertagen kippte die Stimmung in den Medien gegen die Studierenden, diese wurden unter anderem der mangelnden Dialogbereitschaft beschuldigt. So resümierte nach der Räumung der LMU auch der Sprecher der Landes-ASten-Konferenz, Malte Pennekamp, im Münchner Merkur: „Mit der Räumung des Audimax der LMU haben die Besetzungen in Bayern – vorläufig – ein sehr unrühmliches Ende gefunden“. Ob sie im neuen Jahr noch einmal an Fahrt gewinnen, bleibt abzuwarten – schließlich wird jetzt nicht protestiert, sondern intensiv für Prüfungen gelernt, denn der Zeitdruck, zumal in den neuen Studiengängen, ist enorm.

Diese Studiengänge standen denn auch im Fokus des Bildungstreiks – neben anderen Punkten und Forderungen, wie Studiengebühren oder den Änderungen des Hochschulgesetzes, die dem Primat der Wirtschaft ein stärkeres Gewicht an den Universitäten in Bayern einräumen. An dieser Stelle lohnt es sich, noch einmal den größten „Stein des Anstoßes“, nämlich den sogenannten Bolognaprozess in den Blick zu nehmen.

Bildung in Zeiten von Bologna

Der Bolognaprozess, den man in Hinblick auf seine Zielsetzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt größtenteils als gescheitert betrachten darf, gilt als eine der umfassendsten Hochschulreformen in Deutschland und

Europa. 1999 wurde er in der gleichnamigen italienischen Universitätsstadt auf den Weg gebracht. Damals trafen sich dort die Bildungsminister von 29 europäischen Staaten mit dem Ziel, einen „*einheitlichen europäischen Hochschulraum*“ zu schaffen. Kernforderung: ein zweistufiges System von international kompatiblen und in Struktur und Qualität vergleichbaren Studienabschlüssen auf Basis von Bachelor- und Masterstudiengängen, die nach einem europaweit



einheitlichen Punktesystem, dem sogenannten ECT-System (European Credit Transfer System) bewertet werden. Für Deutschland hieß das die sukzessive Abschaffung der alten – durchaus bewährten – Magister- und Diplomstudiengänge zugunsten der stark verschulden, weil modularisierten Bachelor- und Masterstudiengänge innerhalb einer Dekade, denn die erste Phase des Prozesses mit der Etablierung von Bachelorangeboten soll 2010 abgeschlossen sein.

Mittlerweile können sich Abiturientinnen und Abiturienten an Universitäten und Fachhochschulen hierzulande nur mehr für die neuen Bachelor-Studiengänge bewerben – Einschreibungen in den alten sind seit dem Wintersemester 2009/2010 nicht mehr möglich. Damit hat Deutsch-

land punktgenau den Prozess erfüllt – mit verheerenden Folgen, die selbst von „Experten“ des politischen Establishments nicht bestritten werden: So sprach die Ministerin Schavan verniedlichend von „*handwerklichen Fehlern*“, die sie natürlich sofort an die Unis delegierte. Dagegen fällt ein im Februar dieses Jahres vorgelegtes Gutachten der aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern bestehenden Expertenkommission EFI, die seit 2006 die Bundesregierung in Sachen

Innovationen, Wissenschaft und Forschung berät, in puncto Bologna deutlich ernüchternder aus: Eine Hoffnung, die sich Deutschland mit der Bolognareform verband, war die Senkung der Studienabbrecherzahlen und die Neugestaltung der Curricula. Dieses Ziel wurde nicht erreicht: Weder wurden die bestehenden Studieninhalte geändert, sondern in erster Linie nur auf sechs Semester – so lange soll das „berufsqualifizierende“ Bachelorstudium dauern – heruntergebrochen, ergo die Studienpläne entsprechend überfrachtet. Noch wurden die Abbrecherzahlen signifikant gesenkt. Auch die Erwartung, Kinder aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern würden sich vermehrt für die deutlich kürzeren Studiengänge erwärmen, ist nicht erfüllt worden. Und vor allem wurde ein wichtiges Ziel bisher nicht erreicht: Die viel beschworene Mobilität der Studierenden,

an Universitäten im Ausland zu studieren. Vielmehr, so die EFI-Studie, sinken der Anteil sowie die absolute Zahl der seit 2002 kontinuierlich. Auch die Hochschulinformationssysteme GmbH in Hannover – ein halbstaatliches Beratungs- und Softwareunternehmen für Hochschulen – hat in einer 2009 durchgeführten Studie die Mobilität deutscher Studierender untersucht: im Gegensatz zu rund 49 Prozent Magister-Studierender, die im vergangenen Jahr im Ausland studierten und immerhin 35 Prozent bei den Diplomstudiengängen, verbrachten nur 15 Prozent der Bachelorstudenten an Universitäten im Ausland. Selbst wenn man berücksichtigt, dass zum Zeitpunkt der Untersuchung die Studiengänge nicht vollständig umgestellt waren,

weist der Trend in Richtung Abnahme der Mobilität. Wie soll sie auch steigen, wenn der Studienplan kaum Zeit mehr lässt, Erfahrungen außerhalb der Heimatuniversität zu sammeln? Insgesamt sind am Ende des sechssemestrigen Bachelor-Studiums 180 ECTS-Punkte vorzuweisen, also 30 pro Semester. Der Aufwand hierfür ist etwa vergleichbar mit einer 40-Stundenwoche bei sechs Wochen Urlaub. Wir reden hier also, wie es in einer Broschüre über das Bachelorstudium an der LMU heißt, von einem „*akademischen Fulltime-Job*“ für drei Jahre. Die früheren Studiengänge ließen genügend Freiraum für ein Auslandssemester, die Arbeit neben dem Studium, und nicht zuletzt für die Nutzung von Weiterbildungs- oder Hochschulsportangeboten.

65 Prozent aller Studierenden arbeiten neben dem Studium, rund ein Drittel von ihnen muss es, da sie sonst nicht studieren könnten. Und dies besonders in Städten wie München, Stuttgart, Köln oder Düsseldorf, die mit ihren vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten das Studium zu einer echten finanziellen Herausforderung machen, welche durch die in den meisten Bundesländern übliche Erhebung von Studiengebühren zusätzlich verschärft wird. Zeitlich gespart werden muss aufgrund der eng getakteten Studienstruktur demnach an anderer Stelle, zum Beispiel beim Hochschulsport, der verschiedene Freizeitangebote bereithält. Bislang hat niemand die Auswirkungen der Reform für diese sekundären, aber nichtsdestoweniger wichtigen Rekreationsangebote rund um das Studium untersucht; Angebote, die sich früher eines regen Zulaufs erfreuten. Mittlerweile kann man sich jedoch bei der Bewerbung für einen früher sehr schnell ausgebuchten Segeljollenkurs auf dem Starnberger See Zeit lassen, denn bis kurz vor Beginn sind immer noch Plätze frei.

Während die studentischen Freizeitangebote unter mangelnder Nachfrage leiden – und vielleicht auch Konsequenzen für die in den Einrichtungen Beschäftigten zeitigen – genießen andere Einrichtungen im

Verlauf der Einführung der neuen Studiengänge regen Zulauf, nämlich die psychosozialen Beratungsstellen der Studentenwerke: Stellvertretend lohnt wieder ein Blick auf München, wo die Beratungsleistung signifikant zugenommen hat – von rund 66.000 Ratsuchenden 2007 auf etwa 80.000 im Jahr 2008 – eine Steigerung von



rund einem Fünftel. Und dabei kann man für München die finanzielle Belastungskomponente weitgehend unberücksichtigt lassen, da nach einer Befragung des Studentenwerks rund 90 Prozent der Studierenden aus reichen oder halbwegs solventen Elternhäusern kommen. Das Studentenwerk führt diesen Anstieg der Ratsuchenden übrigens dezidiert auf die erheblich gewachsenen Belastungen bei den neuen Bachelor-Studiengängen zurück.

Ziel des Bolognaprozesses ist die den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasste Verkürzung der Studienzeiten und der frühere Berufseintritt, also eine im Neusprech des Kapi-

tals effizientere „Humankapitalproduktion“. Der Bamberger Soziologe Richard Münch, der sich in verschiedenen Publikationen kritisch mit dem Bolognaprozess auseinandergesetzt hat, bringt dessen Ausrichtung auf den Punkt: „*Der Bologna-Prozess propagiert eine generalisierbare Ausbildung, die soziale Inklusion des Individuums wird in der transnationalen Wissensgesellschaft nicht mehr durch die Zugehörigkeit zu Familie und Berufsgruppe und entsprechende verbandliche oder gewerkschaftliche Organisation gewährleistet, sondern durch seine individuelle Behauptung auf dem Arbeitsmarkt*“.

Demnach ist denn auch der ganze Prozess darauf ausgerichtet, akademische Bildung in Europa nicht länger als eine Art kollektives Gut der Gesellschaft verfügbar, sondern es zu einem Individualgut zu machen bzw., ihm gleichsam den Warencharakter aufzuzwängen: Nach dieser Logik sind die ECTS-Punkte auch – wie der Euro – eine „Währung“, nach der Bildungsleistungen innerhalb des europäischen „Hochschulraums“ gehandelt werden können. Jedenfalls theoretisch, denn die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen ist – auch nach der EFI-Studie – nach wie vor Zukunftsmusik.

Im Bachelorstudium sollen – hier weicht die Realität allerdings vom Wunschdenken ab – standardisierte Kompetenzen vermittelt werden, die international vergleichbar Türen zum „reichhaltigen“ Arbeitsmarkt innerhalb der EU und darüber hinaus öffnen.

Nur einem kleinen Teil der Bachelorabsolventen – nach Schätzungen etwa 20 Prozent – soll die andere Tür in die vertiefenden Masterstudiengänge offen stehen, die auf den Bachelor aufbauend in etwa dem Äquivalent des früheren Magister- oder Diplomstudiums entsprechen. Diese 20 Prozent werden vor allem jene sein, die sich die (bis dahin wahrscheinlich deutlich angehobenen) Studiengebühren leisten können: Für die Habenichtse bleibt, wenn überhaupt, nur der Bachelor und damit das, was Wolfgang Lieb, Staatssekretär im NRW-Wis-

senschaftsministerium, den „zertifizierten Studienabbruch“ nennt.

New Public Management

Flankiert wird der größte Umbau der deutschen Hochschullandschaft durch die Einführung des sogenannten New Public Managements, kurz NPM, also der Übernahme privatwirtschaftlicher Managementpraktiken im öffentlichen Sektor und damit auch an den Hochschulen. Hier zeigt sich ein weiteres Instrument der Ausrichtung von Hochschulen nach marktwirtschaftlichem Vorbild. An die Stelle der freien Forschung treten Zielvereinbarungen mit Erfolgskontrolle, die über Zuteilung von Mitteln entscheiden. Folgen sind unter anderem die Entprofessionalisierung von Professoren und die Etablierung einer Auditgesellschaft, in der die wissenschaftliche Tätigkeit von Berichtspflicht an die Hochschulleitung und ständige Evaluationen strapaziert wird. In Bayern wie auch in anderen Bundesländern wird die Einführung von NPM durch die Änderungen des Hochschulgesetzes im Jahr 2006 signalisiert. Kerninhalte der Novelle: Entmachtung der universitätsinternen Gremien zugunsten von Hochschulleitung und Hochschulrat. Letzterer, früher vor allem Beratungsgremium der Hochschulleitung, verabschiedet nun laut Hochschulgesetz, Artikel 26, als Aufsichtsorgan nicht nur die Grundordnung einer Universität und wählt das Präsidium. Er beschließt unter anderem auch „über den von der Erweiterten Hochschulleitung aufgestellten Entwicklungsplan der Hochschule“, „über (...) Vorschläge zur Gliederung der Hochschule in Fakultäten“ oder „über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen“. (Dass gerade bei letzterem die geisteswissenschaftlichen Fächer lang- oder sogar mittelfristig den Kürzeren ziehen, da sie in der Regel keine unmittelbar ökonomisch nutzbaren und renditeträchtigen Ergebnisse hervorbringen, liegt auf der Hand.)

Die Namen der externen Mitglieder des Hochschulrats, zu dem auch acht Mitglieder des akademischen Senats gehören, liest sich wie

das Who-is-Who der neoliberalen Elite: Mitglieder des Hochschulrats der TUM sind unter anderem Susanne Klatten/Altana AG, Norbert Reithofer/BMW-Vorstandsvorsitzender oder Otto Wiesheu/Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn.

Der Hochschulratsvorsitzende der LMU ist Nikolaus von Bomhard,



Vorstandsvorsitzender der Münchener Rück AG, zu seinen Mitgliedern gehört unter anderem der Unternehmensberater Roland Berger. Bei anderen Universitäten ist es eine ähnlich illustre Gesellschaft, vielleicht etwas regionaleren Zuschnitts.

Die Ökonomisierung – an den Hochschulen in Form des Bologna-Prozesses oder NPM – durchdringt diese genau wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche: Schulen, die öffentliche Verwaltung, öffentliche Versorgungsleistungen etc. Diese Entwicklung wird an den Hochschulen absehbar zu einer, wie Pierre Bourdieu es nennt, „Untergrabung des intellektuellen Feldes“ und damit zu einer Erodierung wissenschaftlicher Vielfalt in Forschung und Lehre führen. Diesem Trend entgegenzusteuern hatten sich die Protestierenden auf die Fahnen geschrieben und es ist sehr zu hoffen, dass sie aus möglichen Fehlern gelernt haben und sich im kommenden Semester erneut mobilisieren können, um gegen diese Bildungspolitik mit aller Vehemenz anzugehen. Sie haben es angekündigt, aber leicht wird es nicht, denn klar ist, dass sich ein Graben durch die Reihen der Studierenden zieht, dass die überbordende Medienberichterstattung von den Protesten ein schiefes Bild erzeugt hat: Die Protestierenden wurden aktiv nur von einem Bruchteil der Studierenden unterstützt und teilweise sogar durch angehende Betriebswirte,

Juristen oder Burschenschaftler als künftige Exponenten der Hochschuldemontage attackiert. Genaue Zahlen gibt es nicht, aber man schätzt den Anteil der wirklich in die Proteste und Streiks involvierten Studierenden und auch Schüler auf zehn Prozent. Die anderen funktionieren bereits in dem neuen System und sehen zu, dass sie sich schnellstmöglich durch den überfrachteten Bachelor quälen. Bis jetzt hat sich von den von Politik und Hochschulen versprochenen Änderungen bei den neuen Studiengängen so gut wie nichts getan; hier und da wurde vielleicht die Regelungsdichte etc. entschärft etc. Ändern an dem Trend der verflachenden Ökonomisierung wird es nichts. Zu hoffen bleibt, dass die kritischen Studierenden ihre Proteste wieder aufnehmen und sich nicht entmutigen lassen, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und das sie den Protest vor allem auch in andere gesellschaftliche Bereiche hineintragen. Denn eines ist klar: Der Umbau der Gesellschaft betrifft alle.

Anzeige



Religiöse Rechte - Vom "rechten" Glauben im Schatten der Kirche

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzel exemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Bolivien nach der Wahl: Oligarchie ausgebremst, schnellere Umgestaltung möglich

„Am 6. Dezember steht der Anden-Sozialismus des Evo Morales auf dem Prüfstand, und alle Umfragen sprechen ihm bei der Präsidentenwahl einen großen Sieg zu.“ So war es in der Süddeutschen Zeitung vom 24.11.2009 zu lesen. Es stand zwar kein wie auch immer Sozialismus zur Wahl, aber mit der Prognose lag der Journalist Sebastian Schoepp durchaus richtig.

Als der amtierende Präsident dann mit 64% sein Ergebnis von vor fünf Jahren – damals waren es 53,7% – noch einmal deutlich verbesserte, sorgte das schon für Überraschung. Evo Morales konnte seinen Stimmenanteil in etwa verdoppeln. 2005 gab es 3,5 Millionen Wahlberechtigte, 2009 waren es bereits 5,1 Millionen.

Politisch noch bedeutender waren jedoch die Ergebnisse der Parlamentswahlen. Ging es doch um die strategisch brisante Frage, ob die Regierung des MAS, der Bewegung für den Sozialismus, die Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments erreichen würde. Und laut Einschätzung von Barbara Conty, Projektkoordinatorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in La Paz, würde „es kaum eine absolute Mehrheit für die MAS in der plurinationalen Versammlung geben“. Ja, sie schloss diese Möglichkeit sogar aus und erläuterte: „In der neuen Verfassung sind neue Formen von Repräsentativität festgelegt, die den Einfluss von Parteien erheblich schwächen. Daher ist klar (!), dass die Regierungspartei MAS keine eigene Mehrheit erringen wird. (...) Sicher wiederum ist, dass die Rechte über die Senatorenkammer viele Initiativen blockieren wird.“ Frau Conty lag daneben. Und es wurde auch hier ein fulminanter Wahlsieg, der in der Abgeordnetenkammer 85 der 130 Sitze einbrachte. Besonders bitter für die Opposition, die vordem im Senat mit ihrer Mehrheit die Reformgesetzgebung der Regierung blockieren konnte, dass in dieser Kammer der MAS mit 25 der 36 Sitze die Rechtskonservativen ins Abseits stellte. Also eine Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Kammern der „Plurinationalen Gesetzgebenden Versammlung“ und das bei einer Wahlbeteiligung von 94%.

Das Tempo wird beschleunigt

Die Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Kammern ist von besonderer Bedeutung, da das neu gewählte Parlament Asamblea Legislativa Plurinacional bereits in den nächsten Monaten eine Reihe von Ausführungsgesetzen im Rahmen der neuen Verfassung erlassen muss. Die besten Voraussetzungen um in der Amtsperiode bis 2015 „den Prozess des Wandels jetzt zu beschleunigen“ (E. Morales). Anlässlich der Einführung zu seiner zweiten Amtszeit versprach der alte und neue Präsident zwar nicht die Einführung des Sozialismus, aber dafür die „Abschaffung des Neoliberalismus“. Der MAS war in sechs Departamentos siegreich: La Paz 80%, Torero 79%, Potosi 78%, Cochabamba 68%, Chuquisaca 56%. Selbst in Tarija, Teil der reaktionären Media-Luna-Provinzen im Osten des Landes, erreichte der MAS eine Mehrheit mit 51%. Für sich entscheiden konnte die rechte Opposition nur die drei Provinzen Santa Cruz, Pando und Beni, wobei der MAS auch hier in den Hochburgen der militanten Rechten auf beachtliche Ergebnisse zwischen 37% und 44% kam. Nach der neuen Verfassung gibt es sieben Spezialwahlkreise für Vertreter indigener Minderheiten. Alle sieben Wahlkreise gingen an Vertreter des MAS. Erwähnenswert ist auch der Anteil der weiblichen Abgeordneten mit 28 Prozent, darunter die erste Senatspräsidentin in der Geschichte Boliviens.

Der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat der politisch zersplitterten nationalen Bourgeoisie war der Exgeneral und frühere Präfekt von Cochabamba, Manfred Reyes Villa. Der in der „Escuela de



las Americas“ ausgebildete Militär hatte dem Diktator Garcia Meza als Sicherheitschef gedient und als Bürgermeister von Cochabamba die Privatisierung des Wassers veranlasst, was im Jahr 2000 zum „Wasserkrieg von Cochabamba“ führte: Mit 27% landete er weit abgeschlagen. Reyes Villa war von der illusionären Hoffnung ausgegangen, Morales in die Stichwahl zwingen zu können um ihn dann mit der geballten Unterstützung von Großbourgeoisie und Teilen der Mittelschichten schlagen zu können. Bereits einige Tage nach der Präsidentschaftswahl war er nach Peru geflohen und von dort aus in die Vereinigten Staaten. Er soll sich in einer luxuriösen Wohnung in Miami versteckt halten, die er und seine Frau im Jahr 2004 gekauft haben. Sein Vizepräsidentschaftskandidat Leopoldo Fernandez, Besitzer riesiger Viehherden, ehemaliger Präfekt des Departaments Pando, sitzt seit September 2008 wegen eines von ihm zu verantwortenden Massakers an indigenen Bauern in Haft. Noch weniger Chancen hatte der Zementmillionär Samuel Doria Medina, der mit sechs Prozent den dritten Platz einnahm. Das sind die Figuren, die im Falle eines Wahlsiegs mit freundlicher Unterstützung aus deutschen Regierungskreisen hätten rechnen können.

FDP-Stiftung: „keine wirkliche Wahl“

Was macht eine deutsche Stiftung, die von der FDP organisiert wird (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit), wenn ihr in einem Land wie Bolivien die Wahlergebnisse nicht ins Konzept passen? Der ersten Wahl in Bolivien, an der im Unterschied zu den vorhergegangenen fast alle Wahlberechtigten auch die Möglichkeit hatten, sich zu beteiligen. In Ermangelung eigener Argumente lässt man eine bolivianische Journalistin, die der rechts-militanten Opposition nahe steht, zu Wort kommen. Und das liest sich dann so: „Zwar haben die Bürgerinnen und Bürger Boliviens am 6. Dezember 2009 ihren Präsidenten, Vizepräsidenten und die

Abgeordneten gewählt, aber diese Wahl bot keine wirkliche Wahl und war damit eine der atypischsten der Geschichte Boliviens. Es handelte sich mehr um einen rein formalen demokratischen Prozess, der die Regierung von Evo Morales plebiszitär legitimierte. Die Opposition hat es nicht verstanden, sich als politische Gegenkraft zu formieren.“ (Silvia Mercado in Hintergrundpapier 1/2010) Für die FDP-nahe Journalistin wäre die Wahl typisch und damit demokratisch gewesen, wenn wie so häufig in der bolivianischen Geschichte einer der Repräsentanten der Oligarchie zum Präsidenten gewählt worden wäre. Das ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten. Angemessener bewertete die der CSU nahe stehende Hanns-Seidel-Stiftung im Quartalsbericht III/09 die Situation: „Die Opposition ist so desorientiert und geteilt, dass es nicht eine bedeutende Persönlichkeit gibt, die momentan deren Führung hätte übernehmen wollen, was ihren Werdegang in den nächsten Jahren stark beeinträchtigen könnte.“ Der CSU-Stiftung wäre es natürlich sympathischer, wenn sich die bourgeoisen Kräfte auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hätten. Dass die Stiftungen der deutschen bürgerlichen Parteien eher mit der bolivianischen Rechten als mit einer Bewegung für den Sozialismus sympathisieren, wird niemand

überraschen. Wie weit man sich dabei einlässt, hat unlängst der Militärputsch in Honduras gezeigt. (dazu: *Arbeiterstimme* Nr.166, S.16 ff) Vor allem das FDP-Umfeld hat damals zugunsten der Putschisten klar Partei ergriffen. Und das macht sie auch in Bolivien, wo die liberale Stiftung „Freiheit und Demokratie(FULIDE)“ aus Santa Cruz aktiv in Putschhandlungen gegen die Regierung einbezogen war. An der Spitze dieser Stiftung steht Branko Marinkovic, ein kroatischstämmiger Millionär, der an einem gegen Evo Morales geplanten Attentat beteiligt gewesen sein soll. Und was die CDU-Connection betrifft, gibt Benjamin Beutler einen Hinweis: „Einzigster Kooperationspartner der CDU-nahen Konrad-Adenauer-



Präsident Evo Morales und Vizepräsident Alvaro García Linera

Stiftung in Bolivien ist die Stiftung für Unterstützung des Parlaments und Bürgerlicher Beteiligung“ (FUNDAPACC), dessen Vorstandsmitglieder der erwähnte Pando Ex-Präfekt Fernández sowie der ehemalige Senatspräsident José Villavicencio sind. Letzterer ist in einem UNASUR-Beweis-Video zum Pando-Massaker in eindeutiger Angriffspose zu sehen, laut schreiend: „Wenn Evo Blut will, dann soll er Blut bekommen“. (Lateinamerikanachrichten, 17.6.2009) Ob die von Deutschland aus zugunsten offen terroristischer Kräfte in Bolivien agierenden Stiftungen gut beraten sind, muss bezweifelt werden. Bolivien ist in vielerlei Hinsicht, vor allem was das gesellschaftliche Kräfteverhältnis und die Entwicklung der Klassenkämpfe betrifft, nicht mit Honduras vergleichbar.

Garantieren den Wandel: Evo Morales und Alvaro García Linera

Am 22. Januar begann die zweite Amtszeit des Präsidenten Morales und seines Vize Alvaro García Linera, der schon seit 2006 an der Seite des Präsidenten steht. Er ist im Unterschied zu Morales ein Intellektueller mittelständischer Herkunft. Seine politische Biographie bescherte ihm umfangreiche Erfahrungen. Er beteiligte sich an der Organisation indigener Dorfgemeinschaften und nahm später führend am Kampf des Ejército Guerrillero Tupak Katari (EGTK) teil. 1992 verhaftet, verbrachte er fünf Jahre ohne Prozess im Gefängnis. Nach seiner Entlassung arbeitete er

als Dozent an verschiedenen Universitäten Boliviens. Der marxistisch gebildete Linera spielt in der Bündnispolitik des MAS eine wichtige Rolle. Inzwischen wurden von der Staatsanwaltschaft über die oben erwähnten Attentatspläne gegen Morales und Linera nähere Details bekannt gegeben. Danach hat der US-Geheimdienst CIA über den Agenten Istvan Belovai die geplante terroristische Aktion einer bereits in den Balkankriegen der 90er Jahre aktiven Gruppe gesteuert. Satel-

itenauklärung und finanzielle Mittel sollen in Aussicht gestellt worden sein. Im April 2009 war es allerdings einem Spezialkommando der bolivianischen Polizei rechtzeitig gelungen, die Bande auszuschalten. Laut einem aktuellen Bericht von FBI und CIA bleibt die bolivianische Regierung weiterhin unter Beobachtung und wird als „Gefahr für die regionale Stabilität“ bezeichnet. In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung *Il Manifesto* schätzt García Linera die Bedrohung realistisch ein und weist im Zusammenhang mit dem Putsch in Honduras auf die Gefahr hin, „dass die USA zu ihrer Strategie der 80er Jahre zurückkehren“ würden. Über Obama äußerte er sich „enttäuscht“. Er habe „sich in seiner Denkweise dem militärisch-industriellen Komplex angepasst“. Alles deutet darauf hin: Die

US-Administration wird nach dem Wahlergebnis vom 6. Dezember und angesichts des desaströsen Zustands des bürgerlichen Parteienspektrums weiterhin eine feindliche Haltung zur MAS-Regierung einnehmen und die separatistischen Kräfte des Ostens mit allen Mitteln unterstützen. Schon bisher beteiligten sich die US-Behörden für Internationale Entwicklung (USAID) und National Endowment for Democracy mit jährlich 89 Millionen USD an diesen Bestrebungen. Das so genannte Engagement vor allem der USA für den Osten Boliviens hatte in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts seinen Anfang genommen. Bereits 1971 war der gesellschaftliche Einfluss der hacendados (Großgrundbesitzer) des Ostens in Bolivien so gewachsen, dass mit Hugo Banzer nach einem Militärputsch die Macht auf ganz Bolivien ausgeweitet werden konnte. Bis zur Regierungsübernahme durch den MAS war es zentrales Anliegen aller Regierungen, die finanziellen Ressourcen des Landes zugunsten des agro-industriellen Bürgertums im Osten umzuleiten. Den Versuch der MAS-Regierung, diese Fehlentwicklung zu beenden, beantworteten die Oligarchen des Media-Luna-Gürtels (Ostprovinzen) mit konkreten Schritten der politischen Abspaltung der Departements, in denen sie Mehrheiten mobilisieren können. Die Rädelsführer sitzen in Santa Cruz und repräsentieren die einflussreichsten Verbände der Agrar- und industriellen Bourgeoisie. Eine führende Position bei der Vereinigung der Privatunternehmer nimmt der bereits erwähnte gebürtige Kroat Branko Marinkovic ein. Er ist Teilhaber von Transredes, eines Unternehmens, das 6000 km lange Erdgas- und Erdölpipelines betreibt. Dass im Umfeld der Separatisten vermehrt Personen auftreten, die ihre Wurzeln auf dem Balkan haben und „Verdienste“ an der Zerschlagung Jugoslawiens vorweisen können, sollte nicht verwundern. Die Wohlstandsseparatisten, die den verarmten Bevölkerungsschichten nichts abgeben wollen, waren in ihrem Bemühen, den von der MAS regierten Staat unregierbar zu machen, durchaus kreativ. So legten sie in der ersten Amtszeit den Justizbereich lahm. Benjamin Beutler beschreibt die Vorgehensweise: „Seit dem Macht-

antritt des MAS 2006 war die Mehrheit der Richter aus dem Dunstkreis konservativer Parteien mittels fadenscheinigen Gründen zurückgetreten und die oberste Gerichtsbarkeit auf diesem Wege lahm gelegt. Seitdem steht der Justizapparat still. Offiziellen Angaben zufolge liegen im Verfassungsgericht 5640 Verfahren auf Halde, im Obersten Gericht stapeln sich über 5000“ (jW, 15.2.2010). Folgerichtig sieht die neue Verfassung die Unabhängigkeit der Justiz durch die Wahl der Richter vor. Für die Übergangszeit ernannte der Präsident per Dekret die Richter, darunter erstmalig eine indigene Frau, für das oberste Verwaltungsgericht, bevor diese im Dezember vom Wahlvolk gewählt werden.

Lob vom IWF

Aber alle Reformen im Überbau würden den fortschrittlichen Kräften, die sich im MAS organisieren, keinen durchschlagenden Erfolg bringen, wenn die ökonomischen Voraussetzungen nicht gegeben wären. Zwei Entwicklungen in der ersten Amtszeit schafften günstige Voraussetzungen. Zum einen stiegen die Energiepreise auf dem Weltmarkt deutlich und neu ausgehandelte Verträge mit den Konzernen führten zu einer Verdreifachung der Staatseinnahmen (2005: 992 Millionen US-Dollar; 2008: 2,7 Milliarden) – das wiederum konnte sich die Regierung auf die Fahnen schreiben. Die wieder verstaatlichte Energiefirma Yacimientos Petroliferos Fiscales Bolivianos (YPFB) verschafft der Staatskasse Gewinne aus dem Gas- und Ölverkauf. Geld, das im Unterschied zu früher nunmehr für Sozialprogramme zur Verfügung steht. Die auf massiven Staatsinterventionismus orientierende Politik des MAS erfuhr kürzlich von unerwarteter Seite Anerkennung. Der Chefanalyst des Internationalen Währungsfonds (IWF), Gilbert Terrier, lobte die Wirtschaftspolitik der Regierung, insbesondere die Sozialpolitik: „Schau mir das Bolivien von vor zehn Jahren an, dann muss ich gestehen, dass mir die Sozialpolitik dieser Regierung äußerst gut gefällt.“ Ebenso positiv erwähnte er die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die dem Land 2009 trotz Weltwirtschaftskrise ein Wachstum von vier Prozent (das höchste in ganz Lateinamerika)

und seit 1970 erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt bescherten. Es dürfte ihm auch nicht entgangen sein, dass das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in den letzten drei Jahren von 1010 auf 1651 US-Dollar stieg. Dabei hat die MAS-Regierung 2006 alle IWF-Finanzierungsprogramme abgebrochen und auf weitere Expertenanhörungen aus dieser Ecke verzichtet. Unter den erfolglosen Vorgängerregierungen war Bolivien insofern ein Vorzeigeland des IWF, weil alle Ratschläge befolgt und voll umgesetzt worden waren: Die Staatsausgaben waren abgesenkt, Staatsbetriebe privatisiert und der Bankensektor liberalisiert worden. Hat sich der Vertreter des IWF durch die positive Faktenlage bekehren lassen? Natürlich nicht. Nach der Lobeshymne durfte die Mahnung nicht fehlen: Nach der überstandenen Weltwirtschaftskrise müsse der Staat „allmählich“ von seiner „impulsgebenden Rolle“ Abschied nehmen. Der Wirtschafts- und Finanzminister Luis Arce (MAS) wird der Empfehlung nicht nachkommen: „Wir glauben nicht, dass der Staat nur bei Problemen oder Krisen eingreifen soll, um konjunkturelle Momente zu überwinden. Wir glauben, dass die Beteiligung des Staates permanent sein muss.“ Jeffrey Sachs, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der US-amerikanischen Columbia University, äußerte sich 2004 in einem Gastkommentar der Süddeutschen Zeitung verwundert über die miserable wirtschaftliche Situation in Lateinamerika. Er formuliert es so: „Eines der größten Rätsel der Weltwirtschaft ist die schlechte Wirtschaftsleistung Lateinamerikas. Seit den frühen achtziger Jahren gab es in Lateinamerika wenig Fortschritte. In weiten Teilen der Region stiegen die Pro-Kopf-Einkommen nur langsam (wenn überhaupt), und eine große Krise jagte die andere. Man probierte es mit vielen Strategien, vor allem mit Handelsliberalisierung, der Privatisierung ineffizienter Staatsbetriebe und mit Haushaltsreformen. Aber irgendetwas hält Lateinamerika zurück.“ (SZ, 5.8.2004) Der US-amerikanische Professor fand in seinem Kommentar letztlich keine für ihn überzeugende Antwort auf das „Rätsel“. Er hätte sie finden können, aber diese dann vielleicht nicht in der Süddeutschen Zeitung kommentierend erläutern dürfen.

Es sind nicht zuletzt die Knebelverträge der multinationalen Konzer-

ne, die ungeheure Gewinne aus den lateinamerikanischen Ländern herauspressen. Die Länder selber haben in der Regel nicht das Know-how, unterirdische Lagerstätten etwa von Erdöl und Erdgas zu nutzen. Die Konzerne, die dazu in der Lage sind, diktieren auch die Bedingungen. In die Verträge ist eine Klausel integriert, die besagt, dass ein sich aus dem Vertrag ergebender Rechtsstreit vor einem ausländischen Gericht ausgetragen werden muss. Der bolivianischen Regierung gelang es, über 50 Prozent der Verträge neu auszuhandeln und den bisherigen Abgabensatz an den Staat von etwa 18 Prozent auf 50 Prozent anzuheben. In die neue bolivianische Verfassung wurde gleichzeitig ein Artikel eingefügt, der die Austragung von Rechtsstreitigkeiten ins Land zurückholt. Darin heißt es: „*Alle ausländischen Unternehmen, die in der Produktionskette fossiler Brennstoffe aktiv sind, (...) sind der Souveränität des Staates, seiner Gesetze und seiner Behörden unterworfen. In keinem einzigen Fall wird eine ausländische Gerichtsinstanz oder Gerichtsbarkeit anerkannt, und sie dürfen auch keine Ausnahmesituation heraufbeschwören, die ein internationales Schiedsgericht erfordert, genauso wenig wie diplomatische Einmischungen akzeptiert werden.*“ Kann Bolivien diese gestärkte Position gegenüber den Konzernen durchhalten? Sie kann es natürlich nur im Kontext einer zunehmenden Integration lateinamerikanischer Staaten auf antiimperialistischer Grundlage. Für inzwischen neun Regierungen von Staaten aus Lateinamerika und der Karibik heißt die Antwort ALBA, ein wirtschaftlich-politisches Bündnis, das 2004 als Kooperation zwischen Venezuela und Kuba unter dem Namen Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América entstanden ist. Es war auch als Antwort bzw. Alternative zu ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) gedacht, der unter dem Diktat des US-Imperialismus stehenden Freihandelszone, die aber bereits jetzt – auch wegen der Ausstrahlung von ALBA – der Vergangenheit angehört. Im April 2006 schloss sich Bolivien dem Bündnis an. Im Juni 2009 wurde der neue Name Alianza Bolivariana para los pueblos de Nuestra América für das Bündnis angenommen. Weil es dieses Bündnis gibt, die Integration der lateinamerikanischen Staaten voranschreitet und in den

verschiedenen Bereichen ein gesellschaftlicher Emanzipationsprozess in Abgrenzung zu den Einmischungsversuchen der USA stattfindet, hat auch Bolivien eine realistische Chance „in dieser progressiven Welle (...) den Übergang zu einer gesellschaftlichen Veränderung entschlossen“ anzugehen (Garcia Linera). Fidel Castro attestiert der bolivianischen Staatsführung anerkennend: „*Man geht vorsichtig zu Werke, um zu vermeiden, einen Schritt zurückgehen zu müssen.*“ Die von Castro angesprochene Vorsicht deutet auf eine gewisse Reife der Führung des MAS hin. Zwar wird der Begriff Sozialismus bzw. Sozialismus des 21. Jahrhunderts schon mal in den Mund



genommen, doch davon kann in absehbarer Zeit noch nicht die Rede sein. Der ägyptische marxistische Ökonom Samir Amin bemerkte, auf die Problematik angesprochen: „*Auch wenn es dort überall Wandel gibt, handelt es sich nicht um Revolutionen. Was sich dort abspielt, bezeichne ich als revolutionäre Fortschritte. Es sind Schritte, die die Machtverhältnisse zum Nutzen der einfachen Bevölkerung verschieben. (...) Sozialismus wird allmählich durch die sozialen Kämpfe der Menschen aufgebaut. Das dauert viele Jahrzehnte und mehr als das. Verstaatlichung ist nur der erste Schritt, der die Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus schafft.*“

Eine vorschnelle Prognose

Die bolivianische Regierung des MAS hat durch die gezielte Rückverstaatlichungspolitik in zen-

tralen Bereichen günstige Voraussetzungen für eine Umverteilungspolitik von Oben nach Unten geschaffen. Die Arbeiterklasse und das Landproletariat spüren bereits die materiellen Vorteile dieser Politik in Form sozialer Verbesserungen. Ein ehrgeiziges Sozialprogramm wurde in Gang gesetzt: Stichpunkte dazu sind medizinische Versorgung, Senkung der Kindersterblichkeit, finanzielle Zuwendungen für Schwangere und Kinder unter zwei Jahre, für alle Schulkinder und alle über 60-Jährigen. Diese Maßnahmen können ausgeweitet werden, weil Bolivien von Natur aus kein armes Land ist. Vorerst kann man sich auf die Einnahmen aus dem Verkauf von Gas und Öl stützen. Die Mittel sind vorhanden um den im Elend lebenden Schichten den Weg in eine Armut in Würde zu ebnet, um dann die Beseitigung der Armut in Angriff zu nehmen. Dazu ist der Ausbau der Infrastruktur vor allem in den vernachlässigten Gebieten und eine gezielte Industrialisierungspolitik erforderlich. Sollten Erdöl- und Erdgasvorräte zur Neige gehen, verfügt das Land über mehr als die Hälfte aller Lithium-Vorräte der Erde, „der Stoff, der Bolivien in der kommenden Ära des Elektroautos zu dem machen könnte, was heute Saudi-Arabien ist“ (Wolfgang Kunath, BZ vom 22.6.09). Die Regierung gedenkt mit diesem Schatz vorsichtig umzugehen. Und das ist multinationalen Konzernen und imperialistischen Staaten ein Dorn im Auge. Sie werden alles in Bewegung setzen, um die Politik der bolivianischen Regierung zu blockieren und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der Bourgeoisie umzukehren. Ob aber der eingangs zitierte Journalist der Süddeutschen Zeitung, Sebastian Schoepp, mit seiner aktuellen Prognose Recht bekommt, darf bezweifelt werden. Seiner Meinung nach „ahnen“ die konservativen Regierungschefs Lateinamerikas, „dass der Linksruck auf dem Kontinent bald Geschichte sein dürfte“ (SZ, 24.2.10). Da sprächen vielleicht einige Wahlergebnisse (Chile, Panama, Costa Rica, Honduras) dafür, aber eine Trendwende zurück zu alten Zeiten kann daraus nicht abgeleitet werden.

hd., Stand:1.3.10

Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile

Teil 1: Der Weg in die Diktatur und die Umgestaltung des Landes

Man kann es immer noch nicht glauben, auch wenn seit vielen Jahren fast alle Signale in diese Richtung wiesen, im Stillen hoffte man auf Ereignisse die das verhindern. Doch es gab sie nicht und so gewann am 17. Januar 2010 der Kandidat der Rechten die chilenischen Präsidentschaftswahlen. Genau 40 Jahre nach dem historischen Wahlerfolg Salvador Allendes übernimmt Sebastián Piñera das höchste Amt im Staate. Ein Mann der mit besten Verbindungen in die engeren Zirkel der Diktatur zum Multimillionär geworden ist. Ein Mann, der sich gerne mit dem kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe trifft und dessen politisches Konzept in Chile einführen will.

Dieses Wahlergebnis steht in direktem Gegensatz zu allem, was man in den letzten Jahrzehnten aus Chile gehört hat. So wurde die chilenische KP viele Jahre in ganz Lateinamerika wegen ihrer Erfolge bewundert. Und der MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) gehörte mit zum Besten, was man unter den guevaristischen Organisationen des Kontinents finden konnte. In diesem gesellschaftlichen Klima konnte dort erstmalig in der Geschichte ein bekennender Marxist auf bürgerlich demokratischem Wege Präsident werden. Später kämpfte eine Massenbewegung mutig gegen die Diktatur. Wie kann da die Bevölkerung dieses Landes jetzt die Regierungsgewalt einem Vertreter dieser blutigen und terroristischen Rechten überlassen?

Um diese Frage zu beantworten müssen wir 40 Jahre zurückgehen und die damalige politische Lage zum Ausgangspunkt der Entwicklung nehmen. Gleichzeitig sollten wir im Hinterkopf behalten, dass die im Folgenden referierten Fakten auch von unseren Gegnern eifrig studiert und diskutiert werden. In den Denkfabriken der Bourgeoisie werden dieselben Überlegungen angestellt wie auf unserer Seite. Wie kann man Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen? Doch ihre Ziele sind den unseren diametral entgegengesetzt. Im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit steht die Marginalisierung der Linken um zu besseren Bedingungen für die kapitalistische Ausbeutung zu gelangen. Dafür wer-

den Strategien entwickelt und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln umgesetzt. Im folgenden Streifzug durch die chilenische Geschichte werden wir auf die Ergebnisse ihrer Überlegungen treffen.

Doch jetzt zurück in das Jahr 1970. Dort ringen drei fast gleich große Blöcke um die Regierungsgewalt. Die Rechte und die Linke mit ca. 35% Rückhalt und dazwischen die sozialdemokratischen Christdemokraten (DC) mit knapp 30%. Die Christdemokraten hatten sich wegen einer Landreform mit der Rechten überworfen, weswegen man sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigen konnte. Das war der Grund dafür, dass der Sozialist Salvador Allende nach der Stimmauszählung mit 36,6% knapp vor dem rechten Kandidaten lag. Die damalige Verfassung schrieb in so einem Fall vor, dass eine parlamentarische Versammlung zwischen dem Erst- und Zweitplatzierten zu entscheiden hat.

Dort votierten die christdemokratischen Vertreter für Allende. In den Erinnerungen von Zeitzeugen wird ihr Verhalten auf den Druck der Parteibasis und auf die öffentliche Stimmung zurückgeführt. Das ist sicher nicht falsch, aber bei Berücksichtigung der weiteren Entwicklung erscheint diese Erklärung unzureichend. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Kräfte aus dem Hintergrund auf die DC eingewirkt hatten sich so zu entscheiden. Kräfte, die schon zu diesem Zeitpunkt eine Idee davon hatten, wie sie Chile umgestalten wollten um den Einfluss der Linken für lange Zeit aus-



zuschalten. Dafür benötigten sie eine innenpolitische Situation, die einen Staatsstreich notwendig erscheinen ließ. Diese Bedingung konnte nur unter einer Regierung Allende mit seiner unzureichenden gesellschaftlichen Verankerung geschaffen werden. Hätten die Christdemokraten 1970 den rechten Bewerber zum Präsidenten gekürt, hätte es drei Jahre später nicht zum Militärputsch kommen können. Diese Vermutung lässt sich nicht beweisen, aber das weitere Verhalten der Christdemokraten wirft diese Frage auf. Schließlich haben sie, als sich der Staatsstreich schon drohend in der Ferne abzeichnete, nichts getan um der von ihnen inthronisierten Regierung aus der Gefahr zu helfen. Im Gegenteil!

Wie auch immer. Mit der Regierung Allendes ruhte nun eine immense Verantwortung in den Händen der linken Parteien und Organisationen. Schauen wir uns also die wichtigsten im Einzelnen an.

Auf der einen Seite des Spektrums befand sich die Unidad Popular (Volkseinheit, UP) als Basis des Präsidenten. Unabhängig davon agierte der MIR, der auf eine revolutionäre Erhebung hinarbeitete. Doch so einfach, hier Reformisten – dort Re-

volutionäre, war die Sache nicht. Der ideologische Einfluss des MIR reichte weit in die UP hinein. Wahrscheinlich stand sogar eine Mehrheit der Sozialistischen Partei, sie war neben der KP eine der tragenden Säulen des Bündnisses, den politischen Positionen des MIR näher, als denen Allendes.

Das war eine verhängnisvolle Wirkung der cubanischen Revolution. Damals hielten viele Linke in Lateinamerika den bewaffneten Kampf für eine reale Möglichkeit zur Erreichung einer sozialistischen Gesellschaft. Sie übersahen, dass der Kampf in Cuba unter liberalen Fahnen geführt worden ist. Er hatte daher eine viel breitere Basis. Erst später erfolgte die Hinwendung der Bewegung von Fidel Castro zum Sozialismus. Doch da befand sich die staatliche, und somit auch die militärische, Macht schon in ihren Händen.

Allende hatte keine parlamentarische Mehrheit. Um etwas zu bewegen gab es zwei Möglichkeiten: sich mit den Christdemokraten zu verständigen, oder um das Parlament herum zu regieren. Dies geschah mittels präsidialer Dekrete, dem Ausnutzen von Lücken in den Regelwerken oder der Anwendung gültiger, aber längst vergessener Gesetze. Im Regierungsalltag wurde dabei je nach Lage die eine oder andere Möglichkeit genutzt. Mit der kreativen Anwendung der staatlichen Ordnung – sie war ungewöhnlich aber kein Gesetzesbruch – konnte viel erreicht werden. Dieses Vorgehen wurde aber von der Bourgeoisie dafür genutzt die öffentliche Meinung gegen Allende aufzubringen. Am Ende wünschte sich eine Mehrheit der Bevölkerung den Militärputsch herbei. Dabei handelte es sich um die Basis der Rechten und der Christdemokratie. Die Linke konnte, trotz aller Kampagnen, ihre Basis zusammenhalten.

Die Niederlage der marxistischen Kräfte

Wie reagierte nun diese heterogene Linke auf die heraufziehende Gefahr? Der MIR bereitete eine bewaffnete Untergrundstruktur vor. Gestützt auf sie sollte der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft auch unter einer Militärregierung fortgesetzt werden.

Die Mehrheit der Sozialisten sah das ähnlich. Ihr Generalsekretär, Carlos Altamirano, drohte wenige Tage vor dem Putsch: „Wir sind die Avantgarde des Proletariats, bereit, jedem Putsch zu widerstehen. Chile wird sich in ein neues heldenhaftes Vietnam verwan-

Daher konnten sich am 11. September 1973 die Streitkräfte unter Augusto Pinochet gegen die legitime Regierung erheben. Nun war der Zeitpunkt gekommen die vollmundigen Ankündigungen in die Tat umzusetzen. Doch die Realität beschrieb Al-



Chile September 1973



und März 2010

deln, wenn die Aufrührerischen sich des Landes bemächtigen wollen. Der Putsch kann nicht mit einem Dialog bekämpft werden. Er muss mit der Kraft des Volkes, mit der Organisation der Arbeiterklasse niedergedrückt werden.“ Die Ablehnung eines Dialogs richtete sich gegen die Kommunisten. Sie wollten zu einer Verständigung mit den Christdemokraten gelangen und so den Staatsstreich verhindern. Doch das scheiterte an der strikten Weigerung der Christdemokraten. Diese stimmten sogar einer parlamentarischen Resolution zu, in der die Armee zum Eingreifen aufgefordert wurde.

tamirano später so: „Es gab gewissen Widerstand in einigen Fabriken, aber die Wahrheit ist, dass dieser sehr gering war, es gab keine Möglichkeit den Militärs die Stirn zu bieten.“

An dieser Stelle muss man sich vergegenwärtigen, was das für die Anhänger der Sozialistischen Partei und ähnlich orientierter Gruppen bedeutet hat. Wir haben es da mit Menschen zu tun, die sich auf der Straße des Sieges wähten. Sie hatten beeindruckende Erfolge vorzuweisen. Sie glaubten, dass sie jedes Hindernis

überwinden können. In diesem Gefühl wurden sie von ihren Führern bestärkt. Daher sind sie zu Kompromissen nicht bereit. Und dann, von einem Augenblick auf den anderen, stehen sie der Gewalt der Putschisten wehrlos gegenüber. Der von ihren Führern wortreich angekündigte Widerstand findet nicht statt. Das ist für sie ein traumatisierendes Erlebnis.

Es hatte zur Folge, dass die Sozialistische Partei in zahllose Fraktionen zerfällt und auf Jahre so gut wie keine Aktivität zeigt. Als sie ihre Partei in den 80er Jahren wieder gründen, machen sie das unter dem ideologischen Einfluss der westeuropäischen Sozialdemokratie.

Mit dem Putsch trat das ein, was der MIR seit Beginn der Regierung Allende vorhergesagt hatte. Daher sollte man annehmen, dass jetzt seine Stunde gekommen war. Er hatte sich ja auf die Situation in einer faschistischen Diktatur vorbereitet. Man muss ihm zugute halten, dass er es ernsthaft versucht hat. Doch zu einer wirklichen Gefahr für den Bestand der Militärregierung wurde er nie. Es ist auch die Frage, ob man mit Mordanschlägen auf Repräsentanten einer Diktatur diese wirklich stürzen kann. Ende 1974 war die Untergrundstruktur des MIR zerschlagen. Überlebt hatten nur diejenigen Kader, die sich ins Ausland retten konnten. Fast die komplette Führung war tot.

Diese Entwicklung hätte für den MIR ein Grund zum Innehalten sein können. Doch anstatt Konsequenzen aus der Niederlage zu ziehen, machte er weiter wie bisher. Ende der 70er Jahre startete die „Operation Rückkehr“ um in Chile wieder handlungsfähig zu werden. Doch das Ergebnis war wie gehabt. Die Zellen der Guerilla wurden aufgerieben. Das führte Mitte der 80er Jahre zur Spaltung. Ein Flügel wollte den bewaffneten Kampf fortsetzen, während der andere auf politische Arbeit in den sozialen Bewegungen orientierte. Heute ist der MIR in der Öffentlichkeit nicht mehr wahrnehmbar.

Als letzter wichtiger Akteur fehlen die Kommunisten. Was war ihre Position zum Zeitpunkt des Putsches?

Sie gingen davon aus, dass die nur leicht bewaffneten Gruppen der Parteien der Unidad Popular, die Aufgaben des Selbstschutzes wahrnahmen, die Regierung nicht verteidigen können. Auch erwarteten sie nach einem Staatsstreich während eines langen Zeitraums Widerstand zu leisten zu müssen. Um diesen Kampf führen



zu können, braucht man Menschen. Sie dürfen sich nicht vor der Zeit in aussichtslosen Kämpfen opfern. Daher hat die KP bewusst nicht zur bewaffneten Gegenwehr aufgerufen. Sie orientierte auf einen Generalstreik als Antwort der Arbeiterklasse. Doch das wurde von den Militärs unterlaufen. Sie erklärten die Woche des Putsches zu arbeitsfreien Tagen. In dieser Zeit konsolidierten sie ihre Macht.

Wahrscheinlich hat die KP nicht mit der erbarmungslosen Brutalität der Militärs gerechnet. Bis Ende Oktober waren, neben vielen anderen, allein drei Mitglieder des Zentralkomitees ermordet worden. Doch in den folgenden Monaten reorganisierte sie sich in der Illegalität. Sie gab als Losung die Bildung einer antifaschistischen Front mit den Christdemokraten aus. Aber schon zu dieser Zeit artikulierte eine Strömung die Notwendigkeit der Schaffung von militärischen Kadern.

Hier zeigt sich ein Problem mit dem sich die chilenische Linke lange Zeit, möglicherweise auch heute noch, auseinander zu setzen hatte. Viele ihrer Anhänger erlebten den 11. September als militärische, nicht als politische, Niederlage. So kreiste ihr

Denken darum, wie man die militärischen Mittel in die Hand bekommt, um einer regulären Armee Paroli bieten zu können.

Ein Ding der Unmöglichkeit. Schon Friedrich Engels hat das in seinem Vorwort zu Marx Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ dargelegt. Seine Ausführungen wurden in Chile von den Erfahrungen des MIR und später der FPMR bestätigt. *„Kein Wunder also, dass selbst die mit dem größten Heldenmut geführten Barrikadenkämpfe mit der Niederlage des Aufstandes endigten, sobald die angreifenden Führer, ungehemmt durch politische Rücksichten, nach rein militärischen Gesichtspunkten handelten und ihre Soldaten zuverlässig blieben.“* Die „politischen Rücksichten“ und „die Zuverlässigkeit der Soldaten“ sind politische Fragen auf die man nur mit politischen Mitteln einwirken kann.

Nach der Zerschlagung des MIR wendete sich der Geheimdienst den Kommunisten zu. Mitte des Jahres 1976 gelingt ihm die Zerschlagung der illegalen Strukturen der Partei. Die KP erleidet unter anderem den Verlust der kompletten Inlandsleitung. Bis zum Ende dieses Jahres verschwinden mehr als 150 Männer und Frauen, die große Mehrheit für immer.

Eine ganze Reihe von Gründen führte 1980 zu einem gravierenden Linienwechsel der KP. Dazu gehörte die internationale Entwicklung mit der Revolution in Nicaragua, die einen Sieg im Volkskrieg wieder möglich erscheinen ließ. Die Christdemokraten ließen immer noch keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten erkennen. Aber am wichtigsten war wohl die in diesem Jahr von der Militärregierung in Kraft gesetzte neue Verfassung. Mit dieser hatte Pinochet den Übergang von der Diktatur zu dem, was die Rechte unter Demokratie versteht, eingeleitet.

Von nun an galten für die KP alle Formen des Widerstandes als zulässig. Daher bildete sich einige Jahre

später eine neue bewaffnete Organisation, die Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR). Ihre bekannteste Aktion ist der Anschlag auf Pinochet, der aber scheiterte. Im Großen und Ganzen erging es ihr nicht anders als dem MIR.

Halten wir fest, wegen gravierender Fehleinschätzungen auf Seiten der Linken kann sich die UP nicht aus der Regierung zurückziehen. Die reaktionären Kräfte bekommen die Möglichkeit zum Putsch. Das nutzen sie mit der ganzen ihnen zur Verfügung stehenden Härte.

Die Militärführung gibt sich nicht mit einem Staatsstreich „light“ zufrieden. Etwa in der Art, wie wir es kürzlich in Honduras beobachten konnten. Dort setzte man den gewählten Präsidenten ab und übergab die Macht wieder dem Parlament. Das wäre auch in Chile möglich gewesen, doch sie hatten anderes vor.

Ihr Ziel sprach Pinochet offen aus: *„Wir wollen den Marxismus im Bewusstsein der Chilenen ausrotten.“* Und der Sicherheitschef der Junta, General Ernesto Baeza, definierte die Dauer der Militärregierung folgendermaßen: *„Die Junta wird so lange regieren, bis Chile wirtschaftlich, sozial, moralisch wiederhergestellt ist.“*

Das Ziel war die Entpolitisierung der Bevölkerung. Diese Arbeit wurde auf allen Ebenen in Angriff genommen. Tausende Aktivisten der linken Parteien, der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen wurden eingesperrt, gefoltert oder getötet. Mindestens 20.000 Menschen flüchteten in den nächsten Jahren vor diesem Terror. Schon dieser Aderlass hatte zahlreiche öffentliche Funktionen unbesetzt gelassen. Das war den Militärs aber nicht genug. Sie schritten zu einem radikalen Elitenwechsel. Ähnlich dem, wie man ihn später in den fünf neuen Bundesländern durchgeführt hat. Viele wichtige Positionen wurden dabei mit Offizieren besetzt.

Wenn man den *„Marxismus ausrotten“* will, muss man Macht über das Denken der Menschen erlangen. Daher wurden sofort alle linken,

oder auch nur kritischen, Zeitungen und Zeitschriften verboten, Verlage fortschrittlicher Tendenz löste man auf. Am Tag des Staatsstreichs hatte man die der UP nahe stehenden Radiostationen mittels Bombardierung zum Schweigen gebracht. Später verbot man sogar Radio Balmaceda, ein Sender der von der Christdemokratie beeinflusst wurde.



Die Ankunft des Neoliberalismus in Chile

In den 50er Jahren hatte die Katholische Universität in Santiago ein Abkommen mit der Universität von Chicago geschlossen. Es beinhaltete für die erfolgreichsten Absolventen dieser chilenischen Hochschule Stipendien für Aufbaustudiengänge in den USA. Daher setzte in den kommenden Jahren eine Reihe von Chilenen ihre Ausbildung im Norden fort. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Chicago lehrte damals Milton Friedman. Aus diesem Programm ging die später „Chicago Boys“ genannte Gruppe von Wirtschaftsfachleuten hervor. Der Vertrag endete schon 1961, aber die Pflanze der neoliberalen Ideologie war damit in den chilenischen Boden gesetzt worden.

Die Ausarbeitung des ersten Wirtschaftsprogramms für Chile auf Basis der in Chicago gelehrteten Doktrin begann Ende der 60er Jahre im Zentrum für Sozioökonomische Studien (Cesec). Ziel war seine Umsetzung nach einem rechten Wahlsieg im Jahr 1970.

Während der Regierung Allende arbeiteten diese Leute im Ge-

heimen weiter. Auftraggeber war nun der Unternehmerverband SoFoFa. Jetzt ging man weiter und projektierte gleich die Zerstörung der existierenden wirtschaftlichen Struktur des Landes. Dieser Plan wartete nun darauf von einer zukünftigen Regierung umgesetzt zu werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind Militärs weniger bewandert.

Daher griffen sie recht schnell auf das von der Unternehmervereinigung angebotene Konzept zurück. Als ersten Schritt besetzten sie die ökonomischen Schlüsselstellen des Staatsapparates, so das Wirtschafts- und das Finanzministerium sowie die Zentralbank, mit „Chicago Boys“. Etwas später, 1975, setzten diese ihr neoliberales Schockprogramm um. Bei diesem ersten Schritt zur Liberalisierung der Wirtschaft nahmen sie keine Rück-

sichten, nicht einmal auf Chiles damalige Mitgliedschaft im Andenpakt. Diese regionale Organisation musste Chile daraufhin verlassen.

Das Schockprogramm hatte damals, verstärkt durch die erste Ölkrise, dramatische Auswirkungen. Das Bruttoinlandsprodukt ging um fast 13% zurück, die Sozialausgaben wurden von 28 auf 19,5 Millionen Dollar gesenkt und die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich auf fast 18%.

Chile wurde dem Weltmarkt geöffnet. Dies brachte zahlreiche Betriebe in die Insolvenz. Sie waren der internationalen Konkurrenz nicht gewachsen. Ironie der Geschichte ist, dass die Eigentümer dieser Unternehmen ihren Besitz durch eine Regierung verloren, die sie sich zum Schutz ihres Eigentums gewünscht hatten.

Infolge der Arbeitslosigkeit veränderte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Traditionelle Sektoren lösten sich auf und mit ihnen die gewachsenen sozialen Netzwerke, die Basis für unangepasstes Verhalten.

Auf der anderen Seite bildeten sich später neue Arbeitsplätze in den auf den Weltmarkt ausgerichteten Wirtschaftszweigen. So gibt es heute Wanderarbeiter die von der Ernte

einer Frucht zur Ernte der nächsten ziehen.

Wie es sich für eine neoliberale strukturierte Gesellschaft gehört, musste sich der Staat aus der Wirtschaft zurückziehen. Deshalb wurde in zwei Wellen die Mehrzahl der Staatsbetriebe privatisiert. Man verkaufte sie nicht zu ihrem tatsächlichen Wert. Eine Untersuchungskommission des Parlaments hat 2004 den Schaden für die Staatskasse bei der Abstoßung von 32 Unternehmen kalkuliert. Er beträgt ca. 2.200 Millionen Dollar. Diese Unternehmen wurden für 1/3 bis 2/3 ihres tatsächlichen Wertes verschleudert.

Auf diese Weise entstand eine neue Gruppe von Reichen. Gebildet aus den staatlichen Funktionsträgern, die ihr Insiderwissen für private Zwecke nutzten. Hier treffen wir auch das erste Mal auf Sebastián Piñera. Er kommt zwar nicht aus diesem Milieu, aber sein Bruder war zeitweilig Arbeitsminister. Da liegt der Verdacht nahe, dass ihm wichtige Informationen zugänglich gemacht wurden. Amüsant ist es dann zu sehen, wie ihn seine Propagandisten im Wahlkampf als Selfmademan darstellten, der sich aus eigener Kraft nach oben gearbeitet hat. Dabei ist er eher mit Russischen Oligarchen vergleichbar, die durch Aneignung von Volkseigentum reich geworden sind.

Selbstverständlich wurden auch die sozialen Sicherungssysteme nicht verschont. Die Renten- und Krankenversicherung übergab man privaten Anbietern. Damit endete in diesen Bereichen der Gesellschaft ein sozial ausgleichendes Prinzip. Ähnlich verfuhr man mit dem Bildungswesen. In bisher ungeahnten Ausmaßen wurde es dem freien Markt geöffnet. Wer heute seinen Kindern eine gute Ausbildung zukommen lassen möchte, muss sie auf teure Privatschulen schicken.

Getreu der von den „Chicago Boys“ vertretenen Doktrin hat der Staat möglichst wenige Aufgaben wahrzunehmen. Daher verkleinerte man den Staatsapparat. Natürlich bezog sich das nicht auf Polizei oder Armee, aber viele staatliche Aufgaben wurden an private Firmen delegiert. Die Folgen dieser Politik sind jetzt beim Erdbeben für alle Welt sichtbar geworden. Ein Beispiel ist

das Baurecht. Viele neue Gebäude wurden schwer beschädigt während ihre Nachbarn, die 30 oder 40 Jahre auf dem Buckel haben, dastehen als sei nichts gewesen. Zu trauriger Berühmtheit brachte es ein 14-stöckiges Gebäude in Concepción. Es war gerade ein halbes Jahr alt, als es beim Beben in sich zusammen gefallen ist. Diese Erscheinung erklärte Patricio Gross, Vorsitzender des Architektenverbandes, so: „(...) und das liegt daran, dass die Gesetze liberalisiert worden sind. Was früher der Staat überwachte, wird heute von privaten Anstalten übernommen.“

Aufgrund der Ausschaltung jeglichen Widerstandes durch das Militär konnte das neoliberale Programm in Reinform umgesetzt werden. Nur in einem Punkt waren sie inkonsequent. Die von Allende nationalisierten Kupferminen wurden nicht zurückgegeben, so dass noch heute ca. 30% des Kupferexportes dem Staatshaushalt zugute kommen. Das ist der Grund warum Chiles Umgestaltung als großer Erfolg bezeichnet wird. Aufgrund dieses Verstoßes gegen ihre eigene Ideologie und der extrem hohen Kupferpreisen hat der chilenische Staat erhebliche Finanzmittel zur Verfügung. Leidtragende des Neoliberalen Modells sind die Teile der Bevölkerung, die nicht über die Ressourcen verfügen, um die heute notwendigen Ausgaben für Gesundheit, Altersvorsorge, Erziehung der Kinder und vieles mehr zu tragen.

Die Radikalität der durchgeführten Veränderungen wird von ihren Verfechtern auch als stille Revolution bezeichnet. Einer von ihnen, Joaquín Lavín, beschrieb in den 80er Jahren ihre Auswirkungen so: „Während der letzten Dekade hat Chile tief greifende Änderungen erfahren, die die Form verändern wie die neuen Generationen leben, denken, lernen, arbeiten und sich erholen. Die Art wie sie sich sehen, die Lebensmittel die sie erwerben, die Weise wie sie ihre freie Zeit einteilen, die Städte in denen sie zu wohnen vorziehen, die Berufe die sie studieren wollen. (...) Alles ist im Wandel.“

Die Auswirkungen dieser stillen Revolution auf die Menschen fasste der linke Soziologe

Tomás Moulian in diese Worte: „Dieser Staatsbürger ‚Kreditkarte‘ ist normiert, in Ordnung gebracht, reguliert durch den Konsum mit hinausgeschobener Zahlung. Er muss seine Konfliktfähigkeit seiner Überlebensstrategie als Lohnempfänger unterordnen. Er hat gelernt, dass seine Zukunft darin liegt, weiterhin ein vertrauenswürdiger Arbeiter zu sein. Diese Vertrauenswürdigkeit ist verbunden mit der Unterwerfung, die die Türen zu zukünftigem Konsum öffnet.“ Und: „Der Kredit ist ein wunderbares Mittel zur Disziplinierung, das effizienter ist wenn es nur marktwirtschaftlich funktioniert, sein Basismechanismus ist nicht außerökonomisch.“

Diese Beschreibung der Wirkungen von Schulden auf das Denken und Handeln der arbeitenden Menschen kennen wir aus Deutschland. Für Chile bedeutet das einen tief greifenden Wandel. Er hat Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der linken Kräfte. Sie müssen sich auf die veränderte Situation einstellen. In diesem Prozess befinden sie sich noch heute.

Der Eine oder andere Leser wird jetzt die Massenmobilisierungen gegen Pinochet vermissen. Sie werden Inhalt vom zweiten Teil dieser Arbeit sein. Wir gehen dort der Wechselwirkung zwischen der Militärregierung und den verschiedenen Strömungen der Opposition nach. Die Geschichte dieses Übergangs zur Demokratie ist die Grundlage zum Verständnis der heutigen politischen Lage in Chile.

Anzeige

CD 1 CD 2

RAGE AGAINST THE DEATH MACHINE

Neuer Solidaritätssampler für Mumia Abu-Jamal. Doppel-CD mit über 30 Bands: 13,- Euro. Bestellungen über: Jump Up-Bremen, Matthias Henk, Postfach 110447, 28207 Bremen, E-Mail: jumpup@t-online.de

Free Mumia Now!!

Herausgeber: Rote Hilfe e.V.

28 years of injustice

„Querulatorische, sich selbst überschätzende Durchschnittsbeamte“

Zum Stand der „Steuergerechtigkeit“ am Beispiel Hessen

Vollzugsdefizite bei der Steuererhebung

Die Steuern müssen unter sozialstaatlichen Vorgaben erhoben und unter **sozialstaatlichen** (sozial-ökologischen) **Aspekten** verausgabt werden. Auf beiden Seiten gibt es massive „Vollzugsdefizite“ (Finanzämter sind zu 30% unterbesetzt; Steuerfahnder und Betriebsprüfer fehlen; ein Steuerfahnder erwirtschaftet bei jährlichen Gesamtkosten von 80.000 € ca. das 10-fache dieser Kosten, also „Mehrergebnisse“ von 800.000 € usw.).

Auf der Einnahmen-Seite werden die abhängig Beschäftigten über die „Quellensteuer“ Lohnsteuer (davon abhängig sind die Kirchensteuern und die Ergänzungsabgabe – irreführend „Solidaritätszuschlag“ genannt.) und die anderen „Massensteuern“ (wie „Mehrwertsteuer“, Mineralölsteuer, andere Verbrauchsteuern etc.) entsprechend dem „**Leistungsfähigkeitsprinzip**“ zur Staatsfinanzierung herangezogen. Als zukünftige neue Großgruppe im Besteuerungsverfahren sind die ehemaligen abhängig Beschäftigten – die jetzigen RentnerInnen – zu nennen. Noch immer gibt es für diese „Kohorten“ keine „Bagatellgrenze“, unterhalb der eine Heranziehung zur Steuer-Deklaration nicht vorgenommen wird.

„Passive“ Einkünfte (**Kapitaleinkünfte/Spekulationserträge** etc.) hingegen erfreuen sich nur relativ geringer Aufmerksamkeit der Finanzbehörden (Steinbrück schätzte als Finanzminister jährlich ca. 100 Milliarden hinterzogene Steuern). Wenn Finanzbehörden effektiv arbeiten, werden finanzbehördliche Banken-Betriebsprüfungsgruppen (Frankfurt!) aufgelöst und hochqualifizierte Großbetriebsprüfer bei der Prüfung von Klein- und Kleinstbetrieben eingesetzt. Da geht es nicht zimperlich zu. Die Bankenbetriebsprüfung wird zerschlagen und die Finanzbeamten werden auf zahlreiche Finanzämter

verteilt („Hessen vorn“ – aber ganz negativ!). So gehen Know-how und wirksame Steuerfahndungsstrukturen verloren. Dieser Verlust ist eine politisch gewollte „stille Subvention“ der Begünstigten, die – wie heute noch deutlicher wird – ihre Vermögen im Ausland angelegt haben und ihre Auslandseinkünfte in der Bundesrepublik Deutschland nicht deklarieren, obwohl das sog. Welteinkommensprinzip gilt. D.h., dass der Steuerpflichtige in der BRD – sofern er hier seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt hat – mit seinen gesamten Einkünften in der BRD der Inlandsbesteuerung unterworfen wird. Die Nichterklärung dieser Einkünfte ist als Steuerhinterziehung eine kriminelle Handlung, die unter das bestehende Steuerstrafrecht zu fassen wäre. Aber: wo kein Kläger – da kein Richter ...

Zinseinkünfte ab 2009

Zinseinkünfte werden ab 2009 über die sog. Abgeltungssteuer mit einem **linearen Steuersatz von nur 25%** und nicht mehr mit den individuellen Grenzsteuersätzen (von z.Z. höchstens 42% bzw. 45%) besteuert. Diese Kapitalertragsteuer von 25% (plus Solidaritätszuschlag und evtl. Kirchensteuer) ist dem Grunde nach als „**Schedulenbesteuerung**“ der deutschen Steuersystematik wesensfremd und stellt eine Begünstigung der wirklich Reichen dar ...

Nachhaltige Geschäftsbeziehungen zu Finanzinstituten im Ausland

Im neuen Hauptbogen 2009, Zeile 108 (Einkommensteuer-Mantelbogen) findet sich neuerdings die furchteinflößende Frage: „*Unterhalten Sie nachhaltige Geschäftsbeziehungen zu Finanzinstituten im Ausland?* 1 = Ja oder 2 = Nein“ – Es bleibt abzuwarten, wie

auf diese Frage von den Betroffenen reagiert wird und wie die Finanzbehörden im Kontext der Steuer-Veranlagung mit den Antworten auf diese Frage umgehen werden ... („Hornberger Schießen“!?) – Bei **Sachverhalten mit Auslandsbezug** bestehen **erhöhte Mitwirkungspflichten** [§90 (2) AO (Abgabenordnung)]. Deshalb werden Angaben über das Bestehen nachhaltiger Geschäftsbeziehungen zu Finanzinstituten im Ausland gefordert. Geschäftsbeziehungen sind nachhaltig, wenn sie auf Dauer angelegt sind. Nachhaltige Geschäftsbeziehungen zu Finanzinstituten im Ausland sind deshalb auch gegeben, wenn bei einem Finanzinstitut im Ausland Konten unterhalten werden, einschließlich der von Treuhändern gehaltenen Konten.

Die Nichterhebung der Vermögensteuer begünstigt(e) Steuerverkürzung und Steuerhinterziehung

Seit dem 01.01.1996 wird die „Vermögensteuer“ nicht mehr erhoben. Die Vermögensteuer ist aber nicht „verfassungswidrig“, wie u.a. von interessierten Politikern immer wieder behauptet wird! Diese Behauptung ist nur ein Vorwand, um die Durchführung einer Besteuerung nach dem Vermögen auszuhebeln; tatsächlich ist die Vermögensbesteuerung nur ausgesetzt. Laut höchstrichterlicher Entscheidung ist lediglich die ungleiche Bewertung von Immobilien- und anderem Vermögen verfassungswidrig. Bezeichnenderweise wurde es seither von allen Regierungen jeglicher Couleur unterlassen, diese grundgesetzkonform auszugestalten. Damit werden große Vermögen auch nicht mehr finanzamtsbekannt.

Vermögen führt i.d.R. zu einer der (sieben) hiesigen Einkunftsarten. Würde die Vermögensteuer erhoben, könnten die Finanzbehörden zielge-

richtet nachhaken und nachfragen und so den Deklarierungsdruck erhöhen. Die Nichterhebung der Vermögensteuer ist ebenfalls mit ihren Weiterungen als „stille Subvention“ der Begünstigten zu betrachten und verstößt auf besondere Weise gegen das „Sozialstaatsgebot“ des Grundgesetzes (**Sozialpflichtigkeit des Eigentums** – „Gemeinwohlorientierung“ – führt letztendlich auch zu Steuerzahlungen ...).

Die „Steuerfahnderaffäre“ in Hessen – erst gemobbt und dann bekloppt: Steuerbeamte werden für paranoid erklärt

Die Bankenprüfungsgruppe des Finanzamtes V in Frankfurt prüfte im Jahr 2000 mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die „Deutsche Bank“ und die „Commerzbank“. Der betriebene Aufwand war erheblich und verhältnismäßig. Zahlreiche „Steuersünden“ (vulgo Steuerstraftaten – schon die Verniedlichung ist verräterisch) wurden im Zuge dieser Ermittlungen finanzamtsbekannt. Das bestehende „Steuergeheimnis“ (§ 30 AO) verhindert regelmäßig, dass die Ermittlungen öffentlich werden (Vergehen, Namen, Umfang etc. werden z.B. der Presse nicht mitgeteilt). Die Öffentlichkeit hat aber ein großes Interesse, weil dem Staat Steuern in erheblichem Umfang auf kriminelle Weise vorenthalten wurden.

Da „sensible Daten“ nun bekannt wurden, dürften die betroffenen Großbanken ihre politischen Kanäle benutzt haben. Zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts gab es eine Gruppe in der JU/CDU, die als Gruppe „Zinsfuß“ bzw. „Adel und Banken“ bezeichnet wurde und, die Bezeichnungen verraten es, eine große Bankennähe aufwies. Diese CDU-Gruppierung ist heute in der CDU-Hessen wirkmächtig. - Auch wenn das nicht der Fall war, wurden im Ergebnis 1. die Bankenprüfungsgruppe beim Finanzamt V aufgelöst und 2. die Großbetriebsprüfung als eigenständige Struktur aufgelöst. Das fanden dutzende Finanzbeamte/Steuerfahnder nicht in Ordnung. Sie schrieben an ihre Dienstvorgesetzten. Nun begann der Druck auf die Steuerfahnder, was sich in Hessen zur „Steuerfahnder-Affäre“ aus-

weitete. Die Frankfurter Rundschau hat dieses Feld auf hervorragende Weise über Monate hin bearbeitet, so dass die schlimmsten Auswüchse das grelle Licht der Öffentlichkeit erreichten: Ein Nerven-Arzt wurde wegen „fehlerhafter Erstellung von Sachverständigengutachten“ verurteilt. Mit diesen Gutachten wurden Steuerfahnder für paranoid erklärt und aus dem aktiven Dienst entfernt. Die anderen Finanzbeamten duckten (was man verstehen kann) sich weg. Aber welche verheerende Auswirkungen hat der Vorgang auf die Steuerverwaltung? Den Finanzbeamten wird jeglicher Mut genommen, sich der „Steuersünder“ (ab 250.000 € Steuerhinterziehung aufwärts) anzunehmen, da ja dem obersten Dienstherrn (Finanzminister/Ministerpräsident) die Ausschaltung der Kritiker wohl nicht unbekannt gewesen sein konnte. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss in Hessen soll weitere Klarheit in der Angelegenheit schaffen. Den Opponenten sind messerscharfe und wirklich weiterführenden Fragen zu wünschen.

Gerade in Frankfurt und im Frankfurter Umfeld haben zahlreiche (Groß-)Banken Sitz und Geschäftsleitung und natürlich haben auch diese Banken Tochtergesellschaften in den „Steuerschurkenstaaten“ (Schweiz, Luxemburg, Österreich, Liechtenstein, Monaco usw. usw.). Alle genannten Länder stehen seit geraumer Zeit nicht mehr auf der „Steuerschurkenstaaten“-Liste der OECD! (...)

Eine Staatsanwältin packt ein (Finanzamt Bochum)

Das Beispiel Hessen steht nicht alleine. Die Bochumer Steuerstaatsanwältin Margrit Lichtinghagen verlässt die Staatsanwaltschaft und wechselt als Richterin an ein Amtsgericht (Dezember 2008). Die mit Steuerhinterziehungen in Liechtenstein (es geht um Millionenbeträge!) befasste Staatsanwältin wird fertiggemacht und quittiert den Finanzamtsdienst. Das Finanzamt Bochum ist für zahlreiche sehr vermögende Liechtenstein-Steuerkriminelle zuständig... Liechtenstein 'beherbergt' bei einer Einwohnerzahl von ca. 20.000 – 30.000 Menschen ca. 80.000 „Stiftungen“ ...

Die „Affäre Wolski“

Diese Angelegenheit beschäftigt seit Monaten ein hessisches Gericht und die Presse. Die Eheleute (es handelt sich um ein Juristenehepaar) gaben über 5 Jahre lang keine Einkommensteuererklärung ab. Jeder kleine Handwerksmeister weiß, dass solche Deklarationen spätestens 5 Monate nach dem Ende des Kalenderjahres abzugeben sind (vgl. § 149 AO). Die **Nichtabgabe einer Pflicht-Steuererklärung** ist als **Steuerhinterziehungstatbestand** (§ 170 AO) zu werten.

Bei den Gerichtsverhandlungen wird offenbar, dass Finanzamtsakten unvollständig sind (...); das Erinnerungsvermögen von Finanzbeamten zu wünschen übrig lässt und es politische Einflussnahmen gibt. Unerklärlich bleibt das Nichttätigwerden der Finanzbehörden etc. – Obwohl beide Eheleute „Organe der Rechtspflege“ sind, ist von berufsgerichtlichen Verfahren (Herr Wolski ist als Rechtsanwalt tätig) und disziplinarrechtlichen Maßnahmen (Frau Wolski – eine CDU – Politikerin im Umfeld des Herrn Koch – ist zudem **Richterin am Hessischen Staatsgerichtshof!**) bisher abgesehen worden.

Beide Eheleute bezogen in der fraglichen Zeit erhebliche Einkünfte, die nicht erfasst wurden (hier geht es auch um Betrugsdelikte!), so dass gemutmaßt wird – mit Blick auf die innere Verfasstheit der Finanzämter –, dass durch Einflussnahmen „von oben“ ein wirksames Tätigwerden der Finanzbehörden unterblieb.

1:1-Umsetzung der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages:

Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ – Hoteliers sind nur eine der begünstigten Gruppen

Nutznieser der neu geschaffenen Regelungen sind im Kern großbetriebliche Einheiten (auch wenn behauptet wird, dass die Neuregelungen vor allem dem „Mittelstand“ helfen sollen):

1. Bei den sog. gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen wird mit Blick auf Mieten und Pachten für unbewegliche Wirtschaftsgüter der Prozentsatz von 65 % auf 50 % der Kosten herabgesetzt, so dass geringere Gewerbeertragsteuer anfällt.

2. Die „Zinsschranke“ wurde gelockert (die „Zinsschranke“ soll verhindern, dass hiesige Konzerne Gewinne nicht auf ihre Tochtergesellschaften im Ausland verlagern können). Die „Freigrenze“ wird von einer Million auf drei Millionen € erhöht.
3. Wenn Konzernstrukturen untereinander Grundstücksveräußerungen tätigen, unterliegen diese Umsätze nicht mehr der Grunderwerbsteuer.
4. Aufweichungen gab es auch beim GmbH-Mantelkauf. Die gekauften GmbH-„Verluste“ können jetzt erhöht zu Gewinnminderungen in Sanierungsfällen führen.
5. Die Beherbergungsleistungen im Hotel-, Pensions- und Gastronomie-Gewerbe werden jetzt nur noch dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7% unterworfen. Das führt – bei ungeminderten Hotelpreisen etc. – zu höheren Gewinnen der Hoteliers. „Möwenpick“ honorierte das mit Großspenden der „Substancia AG“ von 1,1 Millionen € an die FDP und 820.000 € an die CSU (dahinter steht der Milliardär August Baron von Finck, dessen Familie Miteigentümer der „Möwenpick“-Gruppe mit 15 Hotels in Deutschland ist). – Westerwelle sieht, wie das in der Öffentlichkeit wirkt und drischt zur Ablenkung seit geraumer Zeit auf die Ärmsten („Hartz IV“) ein („müheloses Einkommen“, „spätromische Dekaden“, „Sozialismus“-Vorwürfe etc.).
6. Kindergeld und Kinderfreibeträge werden erhöht. Das Kindergeld je Kind (184 € – (20 € mtl. höher!) wird durch monatliche Mehrbelastungen, z.B. mtl. Mehrbeiträge zur Krankenkasse von 8 €, erhöhte (Kommunal-) Gebühren etc. überkompensiert. Der erhöhte Kinderfreibetrag führt dagegen bei den wirklich Reichen zu jährlichen Mehrentlastungen von bis zu knapp 1.000 € je Kind. Das hängt mit der steuerlichen Wirkweise von Freibeträgen im Steuerrecht zusammen (Berechnungen – siehe Anlage!).
7. Auch im Erbschafts- und Schenkungsfall sind gezielt Entlastungen geschaffen worden (Absenkung der Steuertarife in Steuerklasse II, kürzere Behaltensfristen bei übertragenen Betriebsvermögen, gemilderte „Lohnsummenregelung“ etc.).
8. Es wurde mit kleinen Abänderungen die alte GWG-Regelung als Option wieder eingeführt. Selbständig bewertbare Wirtschaftsgüter des

Anlagevermögens bis 410 € können jetzt wieder im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden.

Von CD's, Kriminellen und den aktuellen „Steuerschurkenstaaten“

Die Diskussion über den Ankauf von CD's, die brisante Details zu Steuerhinterziehungsfällen (UBS-Bank/Schweiz!) beinhalten, hat zu Hunderten von „Selbstanzeigen“ (§ 371 AO), die Straffreiheit zur Folge haben, in Deutschland geführt. Im Frankfurter Großraum sind schon mehr als 400 Selbstanzeigen bei den zuständigen Finanzämtern (Hofheim, Bad Homburg, Frankfurt I-V etc.) eingegangen. Die Selbstanzeige hat zur Voraussetzung, dass alle Steuertatbestände vollständig erklärt werden müssen, damit man strafrechtlich nicht belangt wird: Steuerhinterziehung kann zu Gefängnisstrafe führen (§ 370 AO).

Verd.di-Experte Reinhard Kilmer berichtete auf der unten geschilderten Gewerkschaftsveranstaltung, wie z.B. Schweizer Banken verfahren. Beim „cash-matching“ hat eine Schweizer Bank Kunden in Deutschland, die Geld abheben bzw. einzahlen wollen. Um für die einzahlenden und abhebenden „Kunden“ einen möglicherweise riskanten Grenzübergang in die Schweiz (zum Bargeldtransport) oder eine auffällige (sprich nachvollziehbare) Überweisung in die Schweiz zu vermeiden, wird Kontakt zu den „Kunden“ in Deutschland durch Vermittlung hergestellt. In Deutschland übergibt der „einzahlende Kunde“ dem „abhebenden Kunden“ das Bargeld; und in der Schweiz wird buchmäßig ein entsprechender Kontenausgleich vorgenommen (Belastung bzw. Gutschrift). So bleibt „Schwarzgeld“ in Deutschland unentdeckt.

Konsequenzen – was tun? – Steuer- und Bankgeheimnis als Monstranzen – Wie schnöde Steuerhinterziehung zu einem antifaschistischen Akt wird

Die Diskussion um die Steuer-CD's hat merkwürdige Blüten getrieben. So sei angeblich das „Bankgeheimnis“ gegen die Nazis geschaffen worden; obwohl klar ist, dass Nazis

selbst z.B. durch Finanzaktivitäten in der Schweiz Rücksicherung betrieben. Auch das Steuergeheimnis (§30 Abgabenordnung) wird missbräuchlich genutzt. Erkenntnisse z.B. im Kontext von Steuerhinterziehung sollen (Finanz-) Beamte nicht der Öffentlichkeit preisgeben können. – Hier müsste geprüft werden, ob bei erheblichem Interesse des deutschen Staates eine Aufhebung möglich wäre.

Frankfurter Gewerkschaftsveranstaltung

Am Montag, dem 01.02.2010, diskutierten im Frankfurter Gewerkschaftshaus Fachleute über „Hessen, eine Steueroase?“. Anwesend waren knapp 300 Gewerkschafter. Reinhard Kilmer (ver.di) ist Ermittler beim Finanzamt Bochum, das schwerpunktmäßig Steuerhinterziehung bearbeitet. Er setzte sich für einen strikten Steuervollzug durch eine zu schaffende „Bundessteuerverwaltung“ ein. Die 16 Bundesländerfinanzverwaltungen hätten unterschiedliche Interessen; zu gemeinsamer Arbeit kommt es nur nach sehr langwierigen Aushandlungsprozessen. Flächendeckend sollten eigenständige Schwerpunkt-Finanzämter für Steuerfahndung eingerichtet werden (wie in Niedersachsen). Die Zahl der ca. 3.000 Steuerfahnder sollte erheblich aufgestockt werden.

Dr. Wilhelm Schlötterer war leitender Finanzbeamter in Bayern und ist – trotz allem – heute noch CSU-Mitglied. Seine Erfahrungen mit Steuern von einflussreichen Menschen wie Franz Beckenbauer schrieb er in einem Buch nieder: „Macht und Missbrauch“. Er prangerte die (bayerischen) Steuerraffären an (Amigo-Affäre, „Wienerwald“-Besitzer Jahn, massive Ermittlungsbehinderungen im Steuerstrafverfahren gegen Strauß-Sohn Max Josef etc., ein Finanzminister, der alles genehmigte). Hier sei „Stehvermögen“, das nicht jeder hat, gefordert. Aufschlussreich auch seine Äußerungen: Er hat „überlebt“; prangerte die „vorsätzlich falschen Gutachten“ des Psychiaters an, mit der die fünf Finanzbeamten aus dem hessischen Staatsdienst entfernt wurden. Von „Bösgläubigkeit der Herren in der Oberfinanzdirektion...“ spricht er. Auf Grund der Organisationsstrukturen der Finanzverwaltung hätte Finanz-

minister Weimar immer bescheid gewusst; ... „was wusste Roland Koch?“

Matthias Thieme referierte als Redakteur der Frankfurter Rundschau, die seit Monaten ausdauernd und erfrischend hartnäckig berichtet. Thieme spricht von massiven Anfeindungen seitens der hessischen CDU. Die Chronologie der Ereignisse wird von ihm prägnant vorgetragen. Die „Schwarzgeldaffäre“ der CDU (1999 bis 2001)

mit dem „brutalstmöglichen“ Aufklärer Koch spielt ebenfalls als Ausgangspunkt eine Rolle: Die Steuerfahndung nimmt sich der Deutschen Bank und Commerzbank an, die Steuerfahndung wird in diesem Kontext um über 100 Leute aufgestockt; der Amtsleiter des Finanzamtes V schreibt an die Oberfinanzdirektion; es erfolgt z.B. die Anweisung, erst bei über 250.000 € tätig zu werden; der Finanzamts-Banken-

Koordinator wird versetzt; die Groß-Betriebsprüfung (Frankfurt am Main V) wird zerschlagen; 70 Steuerfahnder protestieren; Steuerfahnder werden gemobbt und dienstentlassen etc. etc. – Thieme wird von einem Diskutanten aufgefordert, ein „**Schwarzbuch**“: **Vollzugsdefizite in der Hessischen Steuerverwaltung zu schreiben**. Ihm wird empfohlen, sich zu seinem eigenen Schutze gut zu vernetzen.

Luis Waldheim

Rückblick auf den Hitler-Stalin-Pakt: „Teufelszeug“ – oder was?

Im vergangenen August jährte sich zum 70. Mal der Abschluss des Nichtangriffspaktes zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR. Am 24. August 1939 unterzeichneten der Nazi-Außenminister Ribbentrop und der Sowjetkommunist Außenminister Molotow das Vertragswerk mit zehnjähriger Laufzeit. Es enthielt noch geheime Zusatzabkommen und andere Absprachen, auch über eine Aufteilung Polens. Eine Woche später begann mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen der II. Weltkrieg. Für die deutschen Faschisten wie für die sowjetischen Kommunisten, die sich bisher wie Feuer und Wasser gegenüber standen, war es ein machtpolitischer Schachzug, der beiden Seiten für eine begrenzte Zeit Entlastung versprach und der die ganze Welt überraschte. Dabei war von vornherein klar, dass ein Vertragsbruch durch Nazi-Deutschland nur eine Frage des günstigsten Zeitpunkts sein würde.

Es sind nicht nur historische Gründe, warum wir uns nun nach so langer Zeit mit einem Vertrag beschäftigen, der von vornherein unehrlich war und zur Heuchelei zwang, da er dem politisch-ideologischen Selbstverständnis beider Seiten direkt ins Gesicht schlug. Es geht auch darum, die Vergangenheit aufzuarbeiten, aus ihr zu lernen. Denn die alte Frage, wie weit eine machtpolitische Taktik gehen darf, die eigentlich kommunistische Grundsätze umstürzt, ist



Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes am 23. August 1939.

bis heute umstritten. Was ist zulässig, was nicht, angesichts einer existentiellen Bedrohung? Konkret gefragt: waren dieser Vertrag oder Teile davon zur Not gerechtfertigt oder waren sie insgesamt schädlich?

Die unmittelbare Folge damals war, dass die kommunistische Weltbewegung und vor allem die deutschen Kommunisten, die gegen die Nazis erbitterten Widerstand leisteten und von den Verfolgungen dezimiert waren, in eine nicht mehr gutzumachende Krise und Desorientierung gestürzt wurden.

Zusammen mit anderen negativen Entwicklungen der stalinistisch geführten SU, die die Widersprüche

zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer krasser aufbrechen ließen, trug diese machiavellistische Diplomatie zum späteren Niedergang bei. Dieser Pakt – manche Kommunisten nannten ihn einen „Teufelspakt“ – war zumindest in Teilen unstatthaft und ein Bruch mit den Prinzipien. Es mag vorübergehend vorteilhaft erscheinen, doch in der Perspektive ist es schädlich, den Todfeind als Freund zu behandeln.

Stalinistische Methoden zersetzten die kommunistische Weltbewegung

Der Hitler-Stalin-Pakt war auch Ausdruck der inneren Verhältnisse in der Sowjetunion zur damaligen Zeit, die gekennzeichnet war von einer drohenden außenpolitischen Isolation. Schon kurz nach Lenins Tod war man auf sich alleine gestellt, die Weltrevolution war abgeschrieben. In der Losung „*Sozialismus in einem Land*“ brachte Stalin dies auf den Punkt. Unmögliches möglich zu machen schien nur mit einem Ausnahmezustand zu gehen. Die daraus resultierende Schärfe und das Ausmaß der Gewalt sollten sich verheerend auswirken.

Die Komintern wurde zum Vollzugsorgan Moskaus. Die „Linie“ schwankte wie im Winde, wurde aber immer mehr von den außenpolitischen Interessen der SU bestimmt und mit allen Mitteln durchgesetzt.

Darunter fiel z.B. die Volksfrontpolitik, also das klassenwidrige Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie. Die Auswirkungen dieser Politik trugen wesentlich zur Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg bei. Dazu gehört die „Sozialfaschismustheorie“ ebenso, wie die verhängnisvolle ultralinke Gewerkschaftspolitik (RGO), die in die Isolation führten und wesentlich zur Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus beitrugen.

Die Grundzüge des Stalinismus (bzw. Maoismus, Titoismus usw.) lagen in den objektiven Verhältnissen, vor allem in der Unterentwickeltheit und der Armut ihrer von Kriegen heimgesuchten Länder und in der Unreife des subjektiven Faktors für den Aufbau des Sozialismus. Sie mussten bis zu 70 Jahre Aggression und Subversion durch die imperialistischen Mächte aushalten und den Versuch des Totrüstens. Den „Stalinisten“ aller Couleure schien angesichts der eigenen machtpolitischen Schwäche ein Ziel notwendig: Die Umwandlung der Gesellschaft und der Partei in eine bloße Machtmaschine für den beschleunigten Aufbau der industriellen Grundlagen, für eine Militarisierung der Gesellschaft und für eine forcierte Aufrüstung angesichts der Bedrohung von außen. Jenseits jeder Parteidemokratie sicherte die Stalinclique damit auch mit Hilfe der GPU ihre eigene Macht ab.

Nicht nur wurde dem Weißen Terror der Rote Terror entgegengesetzt. In der Zeit des Großen Terrors wurden nicht nur oppositionelle und kritische Kommunisten in die schrecklichen Arbeitslager verschickt oder umgebracht. Das ganze Volk sollte zittern, auch völlig Unbeteiligte traf der präventive Terror. Er sollte die Massen zur bedingungslosen Unterordnung zwingen. Denunziantentum und Folter erinnerten an die Inquisition. Fast keine Familie blieb verschont. Auf etwa 25 Millionen werden die von Repression Betroffenen geschätzt. Die Prozesse 1937/1938 bedeuteten „Exzess im Exzess“. In dieser Zeit wurden etwa 700.000 Menschen umgebracht. In der Ukraine wurden unter der Fuchtel des dortigen Parteichefs Chruschtschow etwa 50.000 Men-

schen ermordet und 1,2 bis 1,5 Millionen Menschen aus Ostpolen deportiert. Eine grausame Säuberungswelle beraubte die Armee ihrer besten Kräfte. Besonders übel war die Beschuldigung, die Alte Garde der Revolution, denen man nun Schauprozesse aufzwingen, seien „Spione der Faschisten“. Nahezu das ganze alte ZK aus Lenins Zeiten, eine theoretisch gebildete und in der Praxis bewährte kommunistische Führungsschicht, wurde umgebracht. Im ganzen Land war das Klima vergiftet. Selbst im Familien- und Freundeskreis war Flüstern oder Schweigen geboten.

Die marxistische Theorie wurde dogmatisiert und verunstaltet. Sie degenerierte als Magd der momentanen Nützlichkeit, oder was man dafür hielt. Der unsägliche Stalin-Kult sollte als Kitt fungieren, konnte aber den Niedergang des sozialistischen Bewusstseins bei den Massen auf die Dauer nicht verhindern. Die Mittel und Methoden hatten sich vom Ziel völlig entfernt und nichts mehr mit den Vorstellungen von Marx, Engels, Lenin oder Rosa Luxemburg gemein.



Von der Roten Armee erbeutete japanisches Kriegsmaterial

Die stalinistischen Methoden, die Orgien von Gewalt, untergruben jede sozialistische Perspektive und die Legitimation der Parteiführer. Das Ende ist bekannt.

Der Hitler-Stalin-Pakt war nur ein weiteres Glied bei der Zersetzung der kommunistischen Weltbewegung. Wenn wir von „Orgien der Gewalt“ berichten müssen, die der „Stalinismus“ zu verantworten hat, dann eignet sich dies jedoch nicht dazu, den Sozialismus als Gesellschaftsordnung zu verdammen. Denn wesentlich bleibt: der Hauptgrund für die Entstellungen waren die unreifen Verhältnisse, nicht nur im eigenen Land. Jeder, der genügend un-

verfälschte Geschichtskennntnisse hat, weiß, dass es keine Gewalttaten und Gemeinheiten gibt, die nicht schon die kapitalistischen und vorkapitalistischen Ausbeuterklassen angewandt hätten. Der Unterschied ist jedoch, dass eine sozialistische Gesellschaft auch schon im Entstehungsprozess nach Möglichkeit dem Anspruch nachkommen muss, eine bessere Welt zu errichten. Die zu starke Trennung von Mittel und Ziel hatte schon immer einen hohen Preis.

Zur Vorgeschichte des Nichtangriffspakts

Das Zustandekommen dieses an sich widernatürlichen Paktes ist ohne Betrachtung der dramatischen Ereignisse jener Zeit nicht zu verstehen. Nicht nur Europa, die ganze Welt schien sich auf einem Pulverfass zu befinden. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen hatte nicht nur die Sozialordnungen zertrümmert, sondern auch die machtpolitischen Gleichgewichte verschoben, den Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte auf die Spitze getrieben.

Die Gefahr eines Mehrfrontenkrieges

Wie der sowjetische Außenminister Molotow am 1. September 1939 in der Prawda erklärte, war die Lage in Europa und in Asien in jener Zeit „spannungsgeladener als je zuvor“. Die Sowjetunion befürchtete einen Zweifrontenkrieg. Die Japaner hatten von Zentralchina aus die Mongolei angegriffen und standen in heftigen Kämpfen mit sowjetischen Truppen, die ihrer Bündnispflicht entsprechend die japanischen Eindringlinge zurückschlugen. Wie sich der Asienkrieg ausweiten würde, war ungewiss. Im Juni 1939 hatte Großbritannien mit Tokio ein Abkommen geschlossen, mit dem die Aggressivität der Japaner Auftrieb erhielt: Die Besetzung Chinas und die „Neuordnung im Fernen Osten“ seien „legitim“.

Die Gefahr vom Westen her war für die Sowjetunion noch viel größer. Der Expansionskurs des faschisti-

schen Deutschland war unübersehbar. Im März 1939 schritt Hitler zur Zerstückelung der Tschechoslowakei und ließ das litauische Memelgebiet annektieren. Der Angriff auf Polen war in Vorbereitung. Am 12. 3. 1939 erfolgte der Anschluß Österreichs. Das Münchner Abkommen vom 29. 9. 1938 hatte die Appeasementpolitik von Chamberlain und Daladier gegenüber Nazi-Deutschland besiegelt.

Ein Doppelspiel der Westmächte

Die britische Regierung betrieb ein gefährliches Doppelspiel. Auf der einen Seite zeigte sie sich endlich bereit, mit der SU über einen gegenseitigen Beistand im Aggressionsfall zu verhandeln. Auf der anderen Seite sprach Chamberlain davon „...unter entsprechenden Bedingungen konstruktive Gespräche mit der deutschen Regierung über deren territoriale und andere Forderungen an Polen wie auch weitere Länder aufzunehmen“. Im Juli und August 1939 war London sogar bereit, „Osteuropa einschließlich der UdSSR als Interessensphäre des Deutschen Reiches anzuerkennen, wenn die Machthaber in Berlin sich von einer Einmischung in anderen Staaten des Kontinents distanzieren“! (Zitate: Prof. Doernberg, Geschichts Korrespondenz, Okt. 2009) 1937 „erklärte Lord Halifax im Auftrag seines Premiers Chamberlain, man sie Hitler dankbar, weil er den Kommunismus ausrotte und damit dessen Ausbreitung nach Westeuropa stoppe. Deutschland sei ein Bollwerk gegen den Kommunismus.“ (Lorenz Knorr, ebd.)

Die Wunschvorstellung der Westmächte war wohl, das faschistische Deutschland und die kommunistische SU sollten sich gegenseitig umbringen oder zumindest empfindlich schwächen. Da man jedoch nicht sicher war, dass es so kommen würde, gab man sich den Anschein von Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion, um einen Sicherheitsvertrag gegen Deutschland zu schließen. Mit dieser Hinhaltetaktik glaubte man, sich alle Optionen offen zu halten. Sie sollte den ganzen Sommer 1939 hindurch andauern. Die britische und die französische Delegation wurden mit einem langsamen Dampfer losgeschickt, der zwei Wochen bis zu seiner Ankunft brauchte. Die Delegationen waren ohne große Vollmachten und die Londoner Regierung hatte den Auftrag mitgegeben, alles möglichst lange hinauszuzögern. Anfang August scheiterten dann die Verhandlungen endgültig. Molotow sprach von vier Monaten erfolgloser Gespräche über einen erhofften Beistandspakt.

Die UdSSR stand vor einem Dilemma mit bedrohlichen Folgen. Nahm sie das Vorfühlen Ribbentrops für einen Nichtangriffspakt auf, um möglichst mehrere Jahre zu überbrücken, so ginge das zu Lasten ihrer Glaubwürdigkeit und der Schock

darüber musste schwere Folgen in der kommunistischen Weltbewegung nach sich ziehen. Die Stalin-Regierung nahm das in Kauf, da sie ansonsten die strategische Sicherheit der Sowjetunion in Gefahr sah. Der überraschende „Hitler-Stalin-Pakt“ kann nur in dem geschilderten politischen Kontext verstanden werden. Ansonsten wäre für ein Land mit sozialistischem Anspruch selbst eine zeitweilige und begrenzte Zusammenarbeit mit dem faschistischen Deutschland, dem bisherigen Todfeind, völlig abwegig gewesen. Auf der „Partnerseite“ passte ein solches vorübergehendes Abkommen in die strategisch-militärischen Pläne der Kriegsvorbereiter in Berlin, nach der Zerschlagung Polens zuerst den Stoß nach Westen zu richten.

Ein Pakt mit vielen Pferdefüßen

Den Inhalt des Paktes umriss die Zeitung „Leipzigs Neue“ (8/09) folgendermaßen: „Beide Staaten verpflichteten sich, auf jede Gewaltanwendung gegeneinander zu verzichten (Artikel 1) und sich im Kriegsfall neutral zu verhalten (Artikel 2). Es wurde beschlossen, in Fragen, die die Interessen beider Seiten betrafen, Informationen auszutauschen (Artikel 3), kein Bündnis dritter Staaten zu unterstützen, das gegen eine der beiden Vertragspartner gerichtet wäre (Artikel 4). Mögliche Konflikte untereinander sollten durch Verhandlungen beigelegt werden (Artikel 5).“

Waldemar Bolze: „Unvermeidlich“

1948 schreibt Waldemar Bolze, ein führender Kopf der KPO, in seinem Buch *Der Weg der Gewerkschaften*, im Kapitel *Das Kriegsbündnis der demokratischen Imperialisten mit der Sowjetunion* auf den Seiten 94 und 95:

„Die immer noch gehegten Hoffnungen der demokratischen Imperialisten, daß Hitler sich über Polen hinweg zunächst gegen die SU wenden und ihnen somit die erwünschte Zuschauerrolle gestatten würde, hatte das Zustandekommen der europäischen Volksfront im Sommer 1939 verzögert. Stalin gelang es, durch den Freundschaftspakt mit Hitler am 23. August 1939 die unmittel-

bare Gefahr für die SU abzuwenden und die stillen Hoffnungen der ‚Demokratien‘ zu enttäuschen. So schwierig auch die Stellung der westeuropäischen Kommunisten durch diese unerwartete Wendung Stalins geworden war, der Pakt war unter den gegebenen Umständen unvermeidlich. Die falsche Kominternpolitik hatte den faschistischen Sieg in Deutschland und Spanien nicht verhindert. Deshalb wurde der Pakt bei Kriegsausbruch notwendig. So begann der sterbende deutsche Kapitalismus den Kampf um seinen ‚Lebensraum‘. Die Spekulation Hitlers, die Westmächte im Blitzkrieg zu erledigen, ehe Amerika eingreifen konnte, brach am zähen Widerstand Englands zusammen. Der dadurch erzwungene Versuch Hitlers zur Niederwerfung Sowjetrußlands schuf die Grundlage für das Kriegsbünd-

nis der demokratischen Imperialisten mit der SU. Im Bunde mit den Demokratien wurde das faschistische Deutschland und seine Satelliten geschlagen. Stalins Volksfrontpolitik, die in Spanien versagte, schien im internationalen Maßstab bestätigt zu sein.

Aber dieser Schein entsprach nicht der Wirklichkeit. In Wirklichkeit vertrauten diese Demokratien alles andere als etwa die ‚weniger weit imperialistischen Elemente des Finanzkapitals‘. Diese Demokratien hatten sich mit der SU nicht verbunden, um etwa einen ‚ideologischen‘ Krieg gegen den Faschismus zu führen, sondern um ihre zudringlichsten imperialistischen Konkurrenten zu beseitigen: um damit ihre Rechnung mit dem deutschen Imperialismus endgültig zu begleichen, die sie 1918 aus Furcht vor

Das war der Kern des Nichtangriffspaktes, der eigentlich bis 1949 gelten sollte. Ein Handelsabkommen sah vor allem die Lieferung von Getreide und Rohstoffen aus der SU vor, die dafür deutsche Industrieprodukte beziehen konnte. Für Nazi-Deutschland sollte dies kriegswichtige Bedeutung bekommen, angesichts der britischen Seeblockade. Die Sowjetunion wiederum konnte ihre industrielle und militärische Aufrüstung vorantreiben.

Im Zuge des Paktes wurden noch geheime Zusatzabkommen abgeschlossen, die zum Teil 50 Jahre lang von Moskau unter Verschluss gehalten wurden. Bis heute gibt es über wichtige Bestandteile scharfe Auseinandersetzungen darüber, wie weit ein sich sozialistisch nennender Staat, selbst unter einer Zwangslage, sich auf dieses Beiwerk einlassen durfte. Es ging darin vor allem um die Abgrenzung von Interessensphären. 17 Tage nach dem deutschen Überfall auf Polen marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein, wie im Ribbentrop-Molotow-Vertrag ausgemacht und gliederte dieses

Gebiete in die belorussische bzw. die ukrainische Sowjetrepublik ein.

Das war völkerrechtswidrig, doch ebenso völkerrechtswidrig war, dass 1921 Polen nach dem für die SU verlorenen Krieg die in den Friedensverhandlungen ausgemachte Curzon-Linie nicht einhielt und die

das Baltikum: Litauen, Lettland und Estland. Mit Leninschen Grundsätzen hatte das alles natürlich nichts zu tun.

Leo Trotzki sah die Lage so: „Die Sicherung seiner Ostflanke ist für Hitler in diesem Krieg eine Frage von Leben und Tod. Er hat den Kreml dafür mit Teilen des ehemaligen Zarenreiches bezahlt.“

Die UdSSR konnte mit diesen Gebietserweiterungen für den Fall eines Kriegs über ein Glacis verfügen. „Die Wehrmacht hat für die Überwindung dieses Glacis (230 km Luftlinie im Süden, 375 km im Norden), sowie der Stalin-Linie an der Grenze im Schnitt zwei Wochen gebraucht, in der Ukraine etwas mehr. Aber die zwei Wochen ermöglichten die weitere Mobilisierung im Landesinneren und fehlten der Wehrmacht bei Wintereinbruch vor Moskau. Sie haben vielleicht die sowjetische Metropole gerettet.“ (Marshall K. Schukow, Erinnerungen). Dass der Bruch des Nichtangriffspakts durch Hitler mit dem Überfall auf die SU am 22. 6. 1941 für Moskau dennoch überraschend kam und man sich vielleicht besser hätte vorbereiten können, steht auf einem anderen Blatt.



Rotarmisten und Wehrmacht-Soldaten am 22. September 1939 in Lublin, Polen

von Ukrainern besiedelten Gebiete annektierte. Die Aufteilung Polens wurde die Grundlage für ein zusätzliches Grenzabkommen. Die deutsche Reichsregierung machte dem Kreml aber noch ganz andere Zugeständnisse. Eine ganze Reihe von Ländern wurde dem Einflusssbereich der UdSSR zugeschlagen, u.a. Finnland, die Nord-Bukowina und die Westukraine. 1940 annektierte dann die SU

den revolutionären Auswirkungen aufschieben mußten. Daß sie vom Standpunkt der sogenannten ‚ideologischen Gegensätze‘ sich sehr viel besser mit einem faschistischen Deutschland als mit der SU verständigen konnten, haben ihre Invasionsversuche von 1917 bis 1921 in Rußland und ihre freundliche Duldung und Unterstützung Hitlers von 1933 bis nach München bewiesen. Weil ihre imperialistischen Gegensätze gegenüber ihren hungrigen Konkurrenten größer waren als ihre kapitalistischen Gegensätze gegenüber dem sozialistischen Rußland, mußten sie sich mit der SU verbünden.“

Diese Einschätzungen nach dem II. Weltkrieg deckten sich nicht mit den Stellungnahmen der KPDO, wie sie unmittelbar in der aktuellen Situation entstanden, wo noch die

emotionalen Wogen hochgingen, besonders, nachdem die KPO-Spanienkämpfer Stalins grausame Verfolgung der Revolutionäre im Bürgerkrieg noch vor Augen hatten.

1981 befasste sich die Dissertation von Hartmut Beseler u.a. mit der Haltung der KPO zur sowjetischen Außenpolitik. Auf den Seiten 216-218 macht er Ausführungen über die damaligen Ansichten der KPO zum deutsch-sowjetischen Bündnis. Die Zitate stammen aus der „Arbeiterpolitik“, Elsaß, die 1939 noch erscheinen konnte (Sie bezogen sich auf die Nummern 21, 23 und 33 sowie auf die „Internationale“ 1940, S. 215):

Unvorstellbar erschien der KPDO bei allen Überlegungen über eine zukünftige Staatenkombination im Krieg

eine sowjetische Verbindung mit Hitlerdeutschland. Entweder glaubte man an einen Konflikt zwischen den imperialistischen Staaten, aus dem sich die SU wenigstens zeitweise heraushalten könnte, an ein Bündnis der westlichen Demokratien mit der Sowjetunion gegen die Achsenmächte oder an eine Verbin-



Weitere Abkommen waren von sehr zweifelhaftem Charakter, so die Vereinbarung über eine geheimpolizeiliche Zusammenarbeit von Gestapo und NKWD in Bezug auf den polnischen Widerstand und das so genannte „Freundschaftsabkommen“. Das gilt auch für die politisch-propagandistische Kehrtwende um 180 Grad, wie sie die SU und die Komintern nun den kommunistischen Parteien in der Welt verordnete. Zum Entsetzen vor allem von KPD und KPF waren nun antifaschistische Arbeit und Agitation zu unterlassen. Als z.B. die deutsche Wehrmacht Holland und Belgien besetzt hatte, mußte die kommunistische Partei Belgiens von jeder Agitation gegen die Besatzungsmacht absehen und folgte so der vorgezeichneten Linie des Hitler-Stalin-Paktes. Der KPB wurde von den deutschen Besatzern sogar erlaubt, legal ihre Zeitung herauszubringen. Andere linke Antifaschisten wurden während dieser Zeit jedoch grausam verfolgt.

Ein skrupelloser Verrat

Waren manche Vereinbarungen und Handlungen dieser neuen deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit, die über die Kernpunkte hinausgingen, auch bei Berücksichtigung mancher Zwangsläufigkeiten für die sowjetische Seite äußerst fragwürdig, so war anderes auch völlig überflüssig. Die gemeinsame „Siegesparade“

deutscher und sowjetischer Truppen in Brest-Litowsk Ende 1939 kam einer Befürwortung der deutschen Aggression gegen Polen gleich. Zu glauben, man könne Hitler übertölpeln, war eine Illusion. Die Masse der linientreuen Kommunisten in Deutschland hoffte, dass nun zumindest die Moskauer Regierung versuchen könnte, den in den KZs schmachthenden Genossinnen und Genossen Erleichterung zu verschaffen. Doch Stalin rührte für sie keinen Finger, auch nicht für den schon sechs Jahre inhaftierten KP-Führer Ernst Thälmann.

Zum offenen Verrat an der kommunistischen Weltbewegung und am bisherigen eigenen ideologischen Verständnis wurde Stalins Anordnung, ca. 1.000 deutsche Emigranten, die sich in der SU in Sicherheit wähnten, in Brest-Litowsk an die Gestapo auszuliefern. Darunter waren mehrere Hundert Kommunisten, die ihren Henkern und Folterern in die Hände fielen, u.a. Margarete Buber-Neumann, Franz Koritschoner, Alexander Weissberg-Cybulski.

Kommunistische Kritiker an der stalinistischen Politik der Kehrtwende ließ Stalin ausschalten oder umbringen. In diese Zeit fällt der Mord an Leo Trotzki. Wahrscheinlich wurde der fähige Propagandist Münzenberg auch ein Opfer dieser Verfolgungen. Vorher hatte er noch mit Stalin abgerechnet: „Die schwere untildbare Schuld der Stalin Regierung ist es, dem Hitler-System durch den Hitler-Stalin-

Pakt erst den Weg zu einem verbrecherischen Krieg gegen Polen frei gemacht und damit den neuen Weltkrieg ausgelöst zu haben. (...) Heute stehen in allen Ländern Millionen auf, sie recken den Arm und rufen, nach dem Osten deutend: ‚Der Verräter, Stalin, bist du.‘“ Willi Münzenberg, „Der russische Dolchstoß“ (22.9.1939)

Der Schock über den faustischen Handel

Unter den Kommunisten und Antifaschisten in aller Welt waren Unverständnis und Verwirrung groß. Statt die deutschen Invasoren anzugreifen, sollten die Parteikommunisten nun ihre im Krieg befindlichen bürgerlich-demokratischen Regierungen bekämpfen. Besonders betroffen über die jähe Wendung waren die Geistesschaffenden in aller Welt, die in Scharen die Partei verließen. Für Walter Benjamin z.B. war das ein „unheilbarer Stoß“, Gustav Regler und Alfred Kantorowicz waren in heller Verzweiflung. Für Lois Fischer war es der „Grabstein“, für Manès Sperber „der letzte Sprung in dieser Kristallvase“. Es gab viele menschliche Tragödien. So machte u.a. der kommunistische Emigrant Thorwald Siegel in Paris nach langer Diskussion seinem Leben ein Ende.

In den KZs brachen die alten Gräben wieder scharf auf zwischen Linientreuen und Kritikern von KPO,

derung der imperialistischen Staaten des Westens mit dem Ziel, Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion abzulenken.

Die Unvorstellbarkeit eines deutsch sowjetischen Bündnisses (und natürlich erst recht die nach dem Kriege bekannt gewordene Tatsache eines Geheimprotokolls über die Aufteilung Polens) reflektierte(n) sich nochmals in den ersten Stellungnahmen zum Abkommen, wobei die KPDO ihre maßlose Enttäuschung mit Informationen des einstigen Stalinagenten A.G. Kriwitzky bereicherte. Nach dessen – offenbar für die Opposition glaubhaften – Informationen hatte Stalin bereits seit dem Machtantritt der Nazis, insbesondere aber seitdem ihn das Juniblutbad von 1934 (die Liquidierung der SA-Führung, H.B.) von der

Festigung der Macht Hitlers überzeugt hatte, ständig danach gestrebt, und eine ganze Reihe praktischer Versuche unternommen (...), mit Hitlerdeutschland zu einem Abkommen, zu einer Annäherung zu gelangen.

Alle außenpolitischen Schritte, wie die Kontaktierung der Westmächte, der Eintritt in den Völkerbund und das Auftreten als Beschützer des europäischen Status Quo (nicht nur in Spanien) waren Manöver, „um umso sicherer zu einer Annäherung an Hitlerdeutschland zu kommen. Alle diesbezüglichen Versuche scheiterten aber an Hitlers Ablehnung. Von daher erklärt sich nun das ‚Triumphgeschrei‘ über den ‚Sieg des Sozialismus‘, den der angekündigte Nichtangriffspakt zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion bedeuten soll.“

Fest stand, daß „der Abschluß eines Nichtangriffpakts (...) unzweifelhaft die Kriegsgefahr, die von Hitlerdeutschland droht“, erhöhte. Dies ist das allgemeine Gefühl, das sich in Westeuropa unmittelbar nach Bekanntwerden des geplanten Nichtangriffspaktes in den breiten Massen offenbarte. Und dieses Gefühl ist in den objektiven Tatsachen wohl begründet.

Zwar habe Stalin weiterhin versucht, Rußland aus dem bevorstehenden Konflikt herauszuhalten, er steuerte diesem Ziel aber mit Methoden zu, „die nur zum größten Schaden für die Sowjetunion selbst, für die internationale Arbeiterklasse und für die kommunistische Bewegung in der ganzen Welt ausfallen können: sie erleichtern Hitlerdeutschland den Angriff, sie ladet im

SAP, SPD usw. Auch kommunistische Funktionäre wie Wolfgang Leonhard waren „wie vom Donner gerührt“, Eugen Eberle in Stuttgart war „fassungslos“. In der KPO gab es unterschiedliche Meinungen. Für Eugen Ochs war so etwas „unverständlich“, wie es auch Paul Elflein für „nicht möglich“ gehalten hatte. Anders Alfred Schmidt, der Verständnis für die Notwendigkeit des Pakts zeigte. Wolfgang Abendroth, der eine Zeitlang der KPO und dann „Neu Beginnen“ angehört hatte, befürchtete zum damaligen Zeitpunkt einen neuen „14. August 1914“ für die Kommunistische Internationale. In seinen Memoiren 1976 änderte er seine Meinung: Nach seinen späteren Erkenntnissen habe die Sowjetunion einen solchen Pakt schließen müssen.

Geschichtliche Entscheidungen können nicht immer allein mit der moralischen Messlatte gemessen werden und nach den jeweils gültigen Prinzipien ablaufen. In höchster Not kann Pragmatismus als Ausnahme erlaubt sein. Doch muss von vornherein klar sein, dass die Aufgabe moralischer und grundsätzlicher Maßstäbe immer negative Folgen nach sich zieht. In diesem Fall hießen sie Desorientierung und Demoralisierung der kommunistischen Weltbewegung und der Arbeiterbewegung. Mag der Abschluß des Nichtangriffspakts als Notlösung akzeptabel sein, so waren bestimmte Zusatzabkommen und Handlungen jedoch völlig unannehmbar.

Kriegsfrage der Sowjetunion in den Augen selbst der werktätigen Massen Mittel- und Westeuropas die Kriegsschuld auf.“

Die Schlußfolgerung des Stalinischen Betrugs „gegenüber den breiten Massen der Werktätigen in allen Ländern“, die sich jetzt mit Recht „verraten“ fühlen mußten, lag für die „revolutionären Arbeiter Deutschlands“ in der Erkenntnis, „daß sie im Kampf gegen das Hitlerregime nur auf sich selbst und auf die revolutionären Elemente der Arbeiterbewegung rechnen“ konnten, „die den Kampf gegen das Stalinsche Regime führ(t)en und daß das Aufräumen mit dem Stalinschen Regime eine Lebensfrage der proletarischen Revolution in Deutschland und damit auch der internationalen proletarischen Revolution geworden“ war.

Über die Notwendigkeit von geschichtlichem Bewusstsein – Über die weitreichenden Folgen von Niederlagen

Rede von Winfried Wolf gehalten in Bremen am 7. Februar 2010 auf der Gedenkveranstaltung zur Ehrung der Verteidiger der Räterepublik auf dem Waller Friedhof

Wenn sich auf diesem Friedhof in klirrender Kälte – an einem Sonntag, wo andere noch gemütlich im Bett liegen oder frühstücken – mehr als 100 Menschen versammeln, dann mag das auf den ersten Blick einigermaßen traditionalistisch, ja altmodisch, unaktuell und vorgestrig erscheinen.

91 Jahre nach der Niederschlagung der Bremer Räterepublik – es handelt sich nicht einmal um einen „runden Jahrestag“. Und überhaupt – was sagen uns heute Ereignisse, die fast ein Jahrhundert zurückliegen?

Doch diese Art Reflexe sind offenkundig falsch. Die erstaunlich gute Resonanz, die dieses Erinnern Jahr für Jahr dokumentiert, mag dafür bereits ein Indiz sein. Tatsächlich ist das Gedenken als solches – das ins-Gedächtnis-Rufen dieses mutigen Schritts der Bremer Arbeiterinnen und Arbeiter und der Mehrheit der Bevölkerung – bereits ein Wert an sich.

Ein Volk ohne Geschichte – eine arbeitende Klasse oder auch nur eine Linke ohne geschichtliches Bewusstsein – laufen Gefahr, alle alten Fehler zu wiederholen.

Und: Sie berauben sich der Chance, an den nicht allzu häufigen positiven Traditionen und an den wenigen Teilerfolgen der eigenen Geschichte im Kampf für Emanzipation anzuknüpfen.

Das Gedenken an den 4. Februar 1919 war also in all den neun Jahrzehnten wichtig. Es war wichtig in den Krisenzeiten, die unmittelbar auf die Niederschlagung der deutschen Novemberrevolution folgten, um zu verdeutlichen, was stattdessen hätte sein können. Es war wichtig in der Nazi-Zeit, als es denen, die weiter kämpften, half, den Mut nicht zu verlieren.

Es war in den 1950er und 1960er Jahren wichtig: Damals erinnerte



Denkmal für die Verteidiger der Bremer Räterepublik, 1933 von Nazis zerstört.

dieses Gedenken daran, dass es im Kapitalismus systembedingt Krisen und Kriege gab und dass die These vom „Wirtschaftswunder“ bodenloses Geschwätz war – was sich dann bereits mit den Krisen ab Mitte der 1970er Jahre als richtig erwies.

Und heute?

Heute,

- angesichts einer weltweiten Wirtschaftskrise mit erneut wachsender Massenarbeitslosigkeit, ja mit bereits zweistelligen offiziellen Arbeitslosenquoten in Europa – so in Spanien,
- angesichts einer Hungerkrise mit mehr als einer Milliarde Menschen, die nach UN-Angaben strukturell unterernährt sind und von denen viele verhungern,
- angesichts steigender Rüstungsausgaben und sich intensivierender Kriege um Öl, vor allen im Irak und in Afghanistan,
- angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderung durch die Umwelt- und Klimakrise und vor dem Hintergrund des blamablen Ausgangs der Konferenz in Dänemark, auch Flopenhagen genannt, heute hat dieses Gedenken wieder eine zusätzliche Bedeutung erlangt.

Drei Aspekte der Bremer Ereignisse im Jahr 1919 erscheinen mir für unser heutiges Tun und Lassen wichtig und lehrreich. Erstens der Charakter der Forderungen. Zweitens das, was auf die Niederlage folgte – und die Analyse, warum das auf diese Niederlage folgte und wohl auch folgen musste. Drittens die Veränderungen im Bewusstsein der Menschen und insbesondere der arbeitenden Klasse.

Beginnen wir mit dem Charakter der Forderungen in Bremen 1918/19.

Viele denken bei Revolution und Räterepublik an Radikalismus, an ultralinke – unrealistische, utopistische – Forderungen und Slogans. Liest man nun jedoch das „Sozialpolitische Programm“ des Bremer Ausschusses für das Fabrikwesen vom 11. November 1918, so stellt man fest: Das war ein realistisches, pragmatisches Programm; in diesem gibt es wenig Spektakuläres. Vielleicht kommt einem das eine und andere auch biederdeutsch vor.

Wie auch immer. Im Zentrum standen elementare Forderungen. Es ging erstens um Frieden – und die Wiedereingliederung der Soldaten in ein ziviles Arbeitsleben. Zweitens stand auf der Tagesordnung Brot und Arbeit – und der Kampf um akzeptable Arbeitsbedingungen, unter anderem um die Durchsetzung des Acht-Stunden-Tags. Drittens ging es um ein Ende der Unternehmerwillkür und um die Verwirklichung von direkter Demokratie.

Diese drei eher bescheiden wirkenden Forderungen standen damals auf der Agenda. Doch das zu fordern, war zu diesem Zeitpunkt bereits revolutionär. Wegen dieser Forderungen und zur Verhinderung der Durchsetzung derselben wurde auswärtiges Militär eingesetzt. Aufgeschreckt von diesem elementaren Begehren bildeten die reichen Unternehmer und Handelsleute in Bremen ein Freikorps. Die Republik wurde zusammengeschossen.

Womit wir bei den Folgen der Niederlage sind. Es blieb ja nicht bei dieser Niederlage mit den 29 Menschen, die getötet wurden, als sie die Bremer Republik verteidigten. Der berühmte Satz von Franz-Josef

Strauß, wonach man – aus kapitalistischer Sicht – „die Demokratie immer wieder in Blut baden“ müsse, wird ja gerade durch diese Geschichte untersetzt.¹

Weil die Räterepublik in Bremen, in Bayern und in ganz Deutschland liquidiert wurde, weil das revolutionäre Russland isoliert blieb und vor allem weil der Kapitalismus als System beibehalten wurde, gab es

- 1920 im Ruhrgebiet und in großen Teilen Deutschlands einen flächendeckenden Einsatz von konterrevolutionären Freikorps, die tausende Arbeiterinnen und Arbeiter abschlachteten;

- 1923 eine Inflationskrise, die Millionen Menschen in absolutes Elend stürzte, was wiederum eine materielle und soziologische

Basis für das Anwachsen und den Sieg des Faschismus wurde;

- 1929 bis 1933 die Weltwirtschaftskrise mit in Deutschland mehr als sechs Millionen Arbeitslosen, begleitet von einem sprunghaften Anstieg der NSDAP-Stimmen;



Heutiges Denkmal für die Verteidiger der Bremer Räterepublik

- 1933 bis 1945 die NS-Diktatur in Deutschland, deren Ausgangspunkt die bewusste Entscheidung der maßgeblichen Banken- und Konzernkreise war, nunmehr auf die faschistische Karte zu setzen;

- 1939 bis 1945 den Zweiten Weltkrieg mit 50 Millionen Toten;

- 1938 bis 1945 den offenen und organisierten Rassismus, den Holocaust, die Shoa – mit sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden, mit Hunderttausenden ermordeten Sinti, Roma und Schwulen;

- im Zeitraum 1933 bis 1945 eine Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung, die Ermordung von Hunderttausenden Arbeiterinnen und Arbeitern und Funktionären vor allem der KPD, der Gewerkschaften und auch der Sozialdemokratie.

Eine wichtige Folge dieser gesamten Entwicklung war der flächendeckende Verlust an geschichtlichem Bewusstsein und an Klassenbewusstsein, was dann durch die deutsche Spaltung, durch das sogenannte Wirtschaftswunder und durch den Kalten Krieg nochmals verstärkt wurde.

Übrigens: Der Zusammenhang zwischen Krisen, Faschismus und Krieg hatte eine derart überzeugende innere Logik, dass die CDU dies im Jahr 1947 in ihrem Ahlener Programm festhielt. In diesem – heute weitgehend verschwiegenen oder relativierten Gründungstext der CDU heißt es ausdrücklich: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den (...) sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren (...) Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen des Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht.“²

Kommen wir zum dritten Aspekt. Ausgesprochen spannend ist, welche weitreichenden Veränderungen es im Bewusstsein der Bevölkerung und insbesondere im Bewusstsein der arbeitenden Klasse gab.

Bis zum Jahr 1912 war die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung und insbesondere die arbeitende Klasse gegen Krieg und grundsätzlich pazifistisch eingestellt. Das war damals noch das Verdienst der SPD. Dann kam der August 1914. Die – zuvor bereits innerlich ausgehöhlt – Führung der SPD konnte für eine Zustimmung zu den Kriegskrediten ge-

wonnen werden: für den Krieg nach außen, und nach innen für eine Politik des „Burgfriedens“. Die Gewerkschaftsführung folgte diesem Kurs. In der Folge war die Arbeiterklasse völlig desorientiert. Darauf verfielen Millionen Menschen, auch ein großer Teil der arbeitenden Klasse, dem Nationalismus und der Kriegstreiberei.

Vergleichbare Prozesse spielten sich in den übrigen europäischen Staaten ab. In der Folge gab es im Zeitraum September 1914 bis November 1918 europaweit einen Geschwisterkrieg: Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter kämpften gegen ihre Klassenbrüder und Schwestern in Frankreich, Belgien, Großbritannien, Russland – und umgekehrt. Monatelange erbarmungslose Stellungskriege, Gemetzel und Gaskrieg inbegriffen.

Im Februar 1917 scherte dann als erstes die russische Bevölkerung aus – es gab eine Februarrevolution und schließlich im November 1917 die Oktoberrevolution. An der Ostfront kam es erstmals in großem Umfang zu Szenen der Verbrüderung der russischen und der deutschen Soldaten. Dann meuterten im November 1918 die deutschen Soldaten – allen voran die Matrosen in den norddeutschen Häfen und auf den Schiffen. Aus diesem Aufstand gegen die Kriegstreiber – gegen die Generäle, gegen das reaktionäre Offizierskorps und gegen den Kaiser – entstand die Räterepublik. In Bremen, Bayern und anderswo.

Wichtig ist für mich an dieser Stelle der folgende Umstand: Es handelte sich bei diesen radikalen Umschwüngen im gesellschaftlichen Bewusstsein, die ja binnen fünf, maximal sechs Jahren stattfanden, jeweils um die gleichen Menschen. Millionen Menschen in Deutschland – und in ganz Europa – schwankten im Zeitraum eines halben Jahrzehnts in ihrer Grundhaltung zwischen Pazifismus, Desorientierung und radikaler Rätedemokratie. Das kann man sicherlich unterschiedlich bewerten. Doch diese Sprunghaftigkeit des Massenbewusstseins ist – zumindest unter den skizzierten spezifischen Bedingungen der radikal veränderten Grundhaltung maßgeblicher Arbeiterorganisationen – offensichtlich eine Tatsache.

Inwiefern sind diese drei Aspekte nun für uns heute von Bedeutung?

Um mit den gesellschaftlichen – sozialen und wirtschaftlichen – Veränderungen zu beginnen.

Wir haben 2007 bis 2009 ebenfalls eine gewisse Niederlage erlebt. Es gab keine oder keine ausreichende Reaktion auf die neue weltweite Krise. Tatsächlich erleben wir derzeit eine tiefe Krise, die sich durch die gesamte Architektur der Weltwirtschaft frisst. Die Behauptung, die Krise sei vorbei, war bereits im Frühsommer 2009, als sie erstmals aufkam, unzutreffend. Anfang 2010 werden die Leute, die derlei kundtun, von Woche zu Woche zurückhaltender – während sich gleichzeitig von Woche zu Woche neue Brandherde ergeben.

Die sozialen Folgen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Weil es bis-

her kaum Gegenwehr gab, weil die richtige Lösung „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ nur kurzzeitig eine gewisse Anziehungskraft entwickelte und weil Hunderte Millionen Arbeiterinnen, Arbeiter, Erwerbslose und Verelendete an die Mär vom immer wieder sich neu erholenden und einen Aufschwung für alle produzierenden Kapitalismus glauben, gibt es derzeit vor allem einen Klassenkampf von oben.

Der Klassenkampf von oben drückt sich darin aus,

- dass man inzwischen wegen Maultaschen-Mundraubs im Wert von 2,49 Euro fristlos gekündigt werden kann – und dass deutsche Arbeitsgerichte befinden: Das ist gut und das ist RECHT so,
- dass die Europäische Union dem Mitgliedsland Griechenland – und dass die EZB dem Euroland Griechenland – die Souveränität abspricht und fordert, dass in diesem Land die Löhne um 20 Prozent gesenkt, die noch in öffentlichem Eigentum befindlichen Unternehmen weitgehend privatisiert und das Renteneintrittsalter um zwei Jahre angehoben werden muss,

- dass hiesige Gerichte entscheiden, dass die NPD vor Schulen Nazi-Hetze verteilen und dass Neonazis zu Tausenden durch die Dresdner Innenstadt marschieren dürfen.

Kommen wir zu den Veränderungen im Bewusstsein. Diese sind auch heute bei uns festzustellen. Und sie sind durchaus interessant und nicht ausschließlich pessimistisch stimmend.

Wenn man vor 25 Jahren hierzulande – zum Beispiel in der Bremer Fußgängerzone – am Infostand kundtat, man trete für die öffentliche Kontrolle über die großen Banken und Konzerne und damit letzten Endes für die Abschaffung des Kapitalismus und für eine grundsätzlich andere, gar eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein, dann erhielt man in der Regel die Antwort: „Geh doch rüber!“ Das hat sich erledigt.

Wenn man vor 15 Jahren, auf dem Höhepunkt des Globalisierungs-Mythos, Vergleichbares an ähnlichem Ort und vergleichbarer Stelle kundtat, dann wurde man beschieden mit der Feststellung, das sei „absurd, töricht und dumm“. Alles Öffentliche und Staatliche schien überholt; der Markt

wurde als der Triumphator präsentiert.

Wenn man heute Vergleichbares sagt und schreibt – vor dem Hintergrund des Bankendesasters von 2007/2009, angesichts des flächendeckenden Versagens des Marktes und des neuen Triumphzugs des Staates (dessen Macht allerdings vor allem dazu eingesetzt wurde, um Banken und Konzerne zu retten), dann erhält man als Antwort: *Ihr habt ja vielleicht recht.*

Aber was sollen wir tun? Was kann man machen?

Das ist heute entscheidend – Antworten zu geben auf die Frage: Was soll und was kann man tun.

Womit wir bei den Forderungen von heute wären, die strukturell mit denen von vor 91 Jahren durchaus verwandt sind.

Erstens. Wir treten angesichts der weltweiten Krise ein für weitrei-

Der Klassenkampf von oben



chende Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Angesagt ist eine europaweite Kampagne für eine allgemeine 30-Stunden-Woche. Nur wenn die Produktivitätsgewinne weitergegeben werden an die Menschen, erweisen sie sich als das, was sie sein können und sein sollten: als gesellschaftlicher Fortschritt. Unter Bedingungen des Klassenkampfes von oben jedoch, wirken diese Produktivitätsgewinne wie neue Geißeln für die Menschheit: die Nochbeschäftigten arbeiten länger, weitere Millionen Menschen werden erwerbslos.

Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen müssen mit einem umfassenden Programm öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvollen Sektoren gepaart werden. Ich spreche in diesem Zusammenhang von einem „3-K-Programm“, von Investitionen in Kinder, Kultur und Klima.

Zweitens. Wir fordern ein friedliches Deutschland und Europa. Das heißt konkret: Wir verlangen den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller europäischen und vor allem aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan. Wir fordern – was auch gerade hier in Bremen wichtig ist – eine Beendigung jeglicher Rüstungsproduktion und als erstes Schluss mit jeder Art Export von Kriegsmaterial. Die Rüstungsbetriebe müssen auf zivile Fertigungen umgestellt werden.

Drittens. Wir treten ein für direkte Demokratie. Wir fordern Schluss mit der Herrschaft der Banken und Konzerne. Notwendig ist die Beendigung der Herrschaft der Reichen und Vermögenden mit ihren Nummernkonten in Liechtenstein und der Schweiz und mit ihren weitreichenden Möglichkeiten, sich Regierungen buchstäblich kaufen zu können (die maßgeschneiderten Mehrwertsteuersätze inbegriffen).

Es ist der Kapitalismus selbst, der die Systemfrage stellt.

Das ist heute so. Das war in Bremen 1918/19 so. Und das war noch in jeder großen Krise so. Man höre dazu abschließend das folgende Zitat:

„Unter diesen Umständen kann es dahin kommen, dass der Kapitalismus als eine Wertordnung, als ein Lebensstil und als eine Kulturform keinen Einsatz mehr verlohnt. (...) Marx irrte in seiner Dia-

gnose der Art und Weise, in welcher die kapitalistische Gesellschaft zusammenbrechen würde. Er irrte jedoch nicht in der Vorhersage, dass sie schließlich zusammenbrechen werde.“ (3)

Das schrieb Joseph Schumpeter. Der Mann war einer der wichtigsten deutschen Nationalökonomien. Vor allem aber war er der große Verteidiger des Kapitalismus und der „Unternehmerpersönlichkeit“.

Schumpeter kam zu dem zitierten Schluss inmitten des Zweiten Weltkriegs, nach der Weltwirtschaftskrise und in der Zeit des deutschen und italienischen Fa-

schismus und des japanischen Tenno-Imperialismus. Ähnlich wie bald darauf im Fall des Ahlener Programms der CDU, erkannte Schumpeter zu diesem Zeitpunkt bereits den inneren Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krisen, Krieg, allgemeiner Entmenslichung und Zerstörung.

Es wäre fatal, wenn wir erneut darauf warten würden, bis das aufgeklärte Bürgertum zu solchen sinnvollen Einsichten gelangt. Eben weil – siehe Bremen 1919 – Niederlagen, Fehler und Versäumnisse im antikapitalistischen Kampf nicht für sich stehen bleiben, sondern Folgen haben.

Anmerkungen:

1– Der in den 1960er bis 1980er Jahre führende CSU-Politiker Franz Josef Strauß, der zuvor die faschistische Obristen-Diktatur in Griechenland unterstützt hatte, hatte das faschistische Folterregime des Augusto Pinochet in Chile mit diesem Satz gerechtfertigt. Er besuchte in der Zeit der Pinochet-Diktatur mehrfach Chile und hielt sich dabei auch wiederholt in der deutschen Kolonie Colonia Dignidad auf, die ein Folterzentrum und ein Hort der systematischen Vergewaltigung von Kindern war.

2– Ahlener Programm der CDU, nach: Was will die CDU? Herausgegeben von H. Schneider, Köln 1948, S. 7ff.

3– Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, USA 1942, hier: Tübingen 1993, S. 525.

Es ist der Kapitalismus selbst, der die Systemfrage stellt

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 166 Winter 2008/09, 44 S.

- Nach den Wahlen
- SPD 2010 – Schuld und Sühne
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Darf in Lateinamerika wieder geputscht werden?
- Der Durchbruch der BNP
- Rezensionen: Den Hitler jag ich in die Luft
- Zieglers heiliger Zorn
- Kommunismus in Österreich
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken – Teil II
- Mumia Abu-Jamal

Nr. 165 Herbst 2009, 32 S.

- Nicaragua: Pragmatismus oder Verrat?
- Ein schwerer Verlust: Peter ist tot!
- „Wir bleiben hier. dafür kämpfen wir“
- „Septemberstreiks“ 1969
- Vor 25 Jahren: Bergarbeiterstreik in Großbritannien
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken
- Klassengesellschaft/Klassenverhältnisse
- Mit Demographie und Demagogie zur Demontage des Sozialstaats
- Internationalisten an den antifaschistischen Fronten

Nr. 164 Winter 2008/09, 36 S.

- Hilflös gegen die Krise
- Ruhe vor dem Sturm?
- Dunkle Wolken an Zentralamerikas Horizont
- Südkonferenz 2009 in München
- Zur Bundestagswahl
- Tschechische KP: Wie geht es weiter?
- Lateinamerika: Reform als Revolution
- Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmieden blieben
- Perspektive für einen neuen Internationalismus
- Arbeitszeitverkürzung: Notwendiger denn je

Nr. 163 Frühjahr 2009, 44 S.

- Die Krise – und was zu tun ist
- „Die Stunde der politischen Ökonomie“
- Der Gipfel der Erbärmlichkeit
- Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich dramatisch
- Streiks in Anlagen-Bau in Großbritannien
- Bewegt sich Uruguay weiter nach links?
- Vietnam – der etwas andere Sozialismus?
- Israel und Hamas haben gesiegt – und wer hat verloren?
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

90. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsch

Vom 13. bis 17. März 1920 versuchte eine konterrevolutionäre Militärclique, die Errungen-schaften der deutschen Novemberrevolution rückgängig zu machen und eine Militärdiktatur zu errichten. Der unmittelbare Anlass war die Umsetzung von Entmilitarisierung in der Folge des Friedensvertrags von Versailles. Die Anführer des Putsches waren Wolfgang Kapp (1858-1922, proklamierter Putschkanzler), ein hoher kaisertreuer Verwaltungsbeamter und zuletzt Generallandschaftsdirektor in Königsberg und der ehemalige General Walther von Lüttwitz (1859-1942), unterstützt von Erich Ludendorff (1865-1937), ebenfalls General des I. Weltkriegs, „Erster Generalquartiermeister“ und Stellvertreter Paul von Hindenburgs. Ludendorff betätigte sich schon frühzeitig in der völkischen Bewegung, nahm 1923 am Hitlerputsch teil, war Reichstagsabgeordneter der Deutschvölkischen Freiheitspartei und Mitbegründer des Tannenbergbunds.

Die meisten Putschisten waren aktive oder ehemalige Angehörige des deutschen Heeres, insbesondere der Marine-Brigade Ehrhardt aus Döberitz. Unterstützung fanden die Putschisten in den etwa 120 Freikorps (von denen viele als Ausdruck ihrer völkischen Gesinnung ein weiß gemaltes Hakenkreuz am Helm trugen), bei Beamtenapparat, Reichswehr, Polizei, Justiz, Kaisertreuen, Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) und Teilen der rechtsliberalen Deutschnationalen Volkspartei (DVP), wie dem als Kultusminister vorgesehenen Pfarrer und späteren Propagandisten der nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ Gottfried Traub (1869-1956). Im Hintergrund wirkten die Großindustriellen Ernst von Borsig, Emil Kirdorf und Hugo Stinnes.

Der Putsch richtete sich gegen die Republik und die „Weimarer Koalition“, getragen von SPD, katholischer Zentrums- und linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei (DDP) unter der Regierung Gustav Bauer (1870-1944, SPD, vom



„Eine Viertelmillion Teilnehmer“
Berliner Demonstration gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch

21. Juni 1919 bis zum 26. März 1920 Reichskanzler). Jeder Widerstand gegen die Putschistenregierung sollte mit der Todesstrafe geahndet werden. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch zwang die Reichsregierung zur Flucht nach Dresden und, einen Tag später, nach Stuttgart. Lüttwitz hatte den Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871-1925, SPD) zum Rücktritt aufgefordert. Anfänglich verharm-



Putschisten am Potsdamer Platz in Berlin mit Hakenkreuzen auf den Helmen und Lastwagen

losten Reichswehrminister Gustav Noske (1868-1946, SPD), Reichspräsident und Regierung den Putsch. Die Reichsregierung bemühte sich, den Abbau der bewaffneten Gegenkräfte hinauszuzögern, denn sie sah in der Reichswehr immer noch einen Garanten gegen die heftigen sozialen Unruhen im Reich. Mit der Flucht der

Regierung riefen SPD- und USPD-Parteivorstand am Vormittag des 13. März zum Generalstreik auf, dem sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenvereine (AfA) anschlossen. Die noch recht einflussarme Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) sprach sich ebenso gegen den Putsch aus, glaubte aber, die Massen seien auf Grund des bisherigen Noske-Terrors nicht zur Verteidigung der Bauer-Regierung bereit. Sie forderte die Proletarier zunächst auf, mit der Teilnahme an Aktionen noch zu warten. Die Partei hatte sich kurz vorher von ihrer linksradikalen Fraktion getrennt und war dadurch in ihrer Handlungsfähigkeit stark geschwächt. In vielen Orten waren die Ausgeschlossenen die Mehrheit der Parteimitglieder gewesen. Am 14. März korrigierte die KPD ihre Haltung und rief zur Beteiligung am Generalstreik auf, da sich schon einzelne Bezirke der Partei führend am Streik und der Volksbewaffnung beteiligten.

In einer Besprechung zwischen Minister Gustav Noske, dem Chef der Reichswehr, Generalmajor Reinhardt, und General Hans von Seeckt sprachen sich nun regierungstreue Militärs gegen die Putschisten aus.

Der Generalstreik fand innerhalb der Arbeiterschaft eine breites Echo. Es sollte der größte in der deutschen Geschichte werden, mit über 12 Millionen teilnehmenden organisierten Arbeitern. Es wurde die bisher größte Einheitsfrontaktion der deutschen Werktätigen.

An vielen Orten kam es zu bewaffneten Kämpfen mit Opfern. Die Dynamik war so stark, dass in Thüringen, Sachsen und im Ruhrgebiet große Teile der Verteidiger der Republik dazu übergingen, den Generalstreik in eine zweite Revolution überzuleiten. Es bildeten sich spontan bewaffnete Formationen, die etwa im Ruhrgebiet bis zu 120.000 Bewaffnete umfassten.

Am 17. März flohen die führenden Putschisten ins Ausland. Sie wurden übrigens nie zur Rechenschaft gezogen. Im Jahr 1925 erfolgte eine Amnestie.

Rote Ruhrarmee

Dass der Staatsapparat gegenüber den Putschisten versagte und die Arbeiter die Verteidigung der Republik in die eigenen Hände nehmen mussten, stellte die Machtfrage neu. Schon am 13. März 1920 kam es im Ruhrgebiet zu ersten Demonstrationen; allein in Bochum mit 20.000 Teilnehmern. Am 14. März 1920 trafen sich in Elberfeld Vertreter von USPD, SPD und KPD und beschlossen ein spontanes Bündnis gegen die Putschisten. Sie verfassten einen gemeinsamen Aufruf zur „Erringung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats“. Im Rahmen des machtvoll einsetzenden Generalstreiks übernahmen Arbeitervertreter im regionalen Maßstab die Regierungsgewalt als „Vollzugsräte“. Eine führende Rolle spielten die Mitglieder der USPD, teilweise der KPD, deren linke Abspaltung KAPD und der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD).

Die bewaffneten Kräfte bildeten die „Rote Ruhrarmee“, deren Stärke auf mindestens 50.000 kämpfende Angehörige geschätzt wurde (ermittelt aufgrund der später abgegebenen Gewehre). Es gelang ihr binnen kürzester Zeit, die bewaffneten Ordnungskräfte im Revier zu

besiegen. Am 17. März griffen deren Einheiten bei Wetter das Freikorps Lichtschlag unter Hauptmann Hasenclever an, einem Anhänger der Kapp-Lüttwitz-Putschisten. Sie erbeuteten Geschütze, nahmen 600



Walther von Lüttwitz (links) mit Reichswehrminister Gustav Noske (1920)

Freikorpsangehörige gefangen und besetzten die Stadt Dortmund. Am 20. März 1920 bildete sich in Essen der Zentralrat der Arbeiterräte. Eine weitere Zentrale gab es in Hagen. Am 24. März wurde die Zitadelle Wesel angegriffen. Gleichzeitig beteiligten sich am Generalstreik mehr als 300.000 Bergarbeiter, das waren rund 75 % der Belegschaften.



Die Rote Ruhrarmee

Im von der USPD dominierten östlichen Ruhrgebiet organisierte und bewaffnete sich die Arbeiterschaft frühzeitig, beschränkte sich aber häufig in ihren bewaffneten Aktionen auf die Wiederherstellung einer handlungsfähigen Reichsre-

gierung. Im westlichen Ruhrgebiet dominierten linkere Kräfte, Kommunisten und Syndikalisten, die mit dem Aufstand weitergehende Ziele verfolgten. Die Linken eroberten zeitweise auch Düsseldorf und Elberfeld. Bis Ende März war das ganze Ruhrgebiet erobert.

Auf der Bielefelder Konferenz vom 23./24. März gelang es dem Reichskommissar für Rheinland-Westfalen, Carl Severing (1875-1952, SPD, später Reichsinnenminister), die Führungen von SPD, USPD und Gewerkschaften durch weitgehende Zugeständnisse (die allerdings später nicht eingehalten wurden) zum Abbruch der Kämpfe zu bewegen. Am 2. April marschierte eine Übermacht von Reichswehreinheiten ins Ruhrgebiet ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Empörenderweise befanden sich unter diesen Truppen gerade auch Einheiten, die noch Tage zuvor den Putsch unterstützt hatten, wie etwa die Marine-Brigade von Loewenfeld.

Der weiße Terror richtete sich erbarmungslos gegen die aufständischen Arbeiter. Unterm Standrecht erfolgten Todesurteile und Massenerschießungen. Wer bewaffnet festgenommen wurde, wurde sofort erschossen, auch wenn er schwer verletzt war. Erst an der Ruhr musste die Reichswehr halt machen, weil britische Besatzungstruppen diese Verletzung des Versailler Vertrags nicht erlaubten. Am Ende der Kämpfe waren unter den Aufständischen mehr als 2.000 Tote zu beklagen. Reichswehr und Freikorps verloren nur etwa 273.

Reichstagswahlen Juni 1920

Bei der folgenden Reichstagswahl am 6. Juni 1920 verlor die Weimarer Koalition ihre bisherige absolute Mehrheit. Am stärksten waren die Verluste bei SPD (von 37,9% auf 21,6%), DDP (von 18,5% auf 8,3%) und Zentrum (von 19,7% auf 13,6%). Gewonnen hatten USPD (von 7,6% auf 17,9% (stärkste Partei in Teilen von Ruhrgebiet und Mitteldeutschland) und KPD (auf 2,1%). Aber auch die rechten Parteien legten beträchtlich zu: DNVP (von 13,3% auf 15,1%) und DVP (von 4,4% auf 13,9%).

Vergleich: 1920 und 1933

Eine einiger handelnde Arbeiterklasse konnte in Deutschland die Errichtung einer Militär-Diktatur verhindern. Für die Errichtung einer sozialistischen Räterepublik fand sich noch keine Mehrheit, auch nicht für das Erkennen des Verrats der rechten sozialdemokratischen Führung. Trotzdem wurde die bürgerliche Republik erfolgreich verteidigt. Wie August Thalheimer in seiner frühzeitigen Faschismusanalyse betonte, gelte es, die bürgerliche Demokratie als „den besten Kampfboden für den Sozialismus“ gegen ihre Zerstörung zu verteidigen. Dies war 1920 angesichts der Stärke der Reaktion ein großer Erfolg. Die junge KPD überwand ihre sektiererischen Fehler und legte v.a. durch ihre erstmalige Beteiligung an Parlamentswahlen die Basis für ihre Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD im Dezember 1920 zur nunmehrigen Massenpartei „Vereinigte Kommunistische Partei“ (VKPD) unter dem gemeinsamen Vorsitz von Paul Levi und Ernst Däumig. Leider währte diese Phase nur kurze Zeit, schon im Februar 1921 traten beide aus Kritik an der „Offensivstrategie“ zurück und verließen die Partei.

Es stellt sich natürlich die Frage, warum eine Einheitsfront wie gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im Januar 1933 gegen Hitler nicht zustande kommen konnte.

1920 setzten noch maßgebliche Teile der Monopolbourgeoisie auf die Weimarer Koalition und erhofften sich ihre Ziele gemeinsam mit den europäischen bürgerlichen Mächten zu erreichen. Nach dem verlorenen imperialistischen Krieg waren sie noch zu schwach gegenüber den Entente-Mächten.

Nach dem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und nach der Weltwirtschaftskrise 1928/29 wechselte deren Strategie. Die Bildung der „Harzburger Front“ am 11. Oktober 1931 fasste konkret als Ziel die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung der offenen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals. Die Harzburger Front war ein Zusammenschluss von DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldemischem Verband, Teilen der DVP (aus diesen Kreisen kamen Alfred Hugenberg,

Franz Seldte, Rüdiger Graf von der Goltz, Heinrich Claß, Reichswehr-general Hans von Seeckt, führende Vertreter des Monopolkapitals, des Junkertums und der Militärclique, wie Rudolf Blohms, Eberhard Graf von Kalckreuth, Ernst Poesgens, der ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, Max von Trotta, der Großindustrielle Ernst Brandi) und von Hitlers NSDAP. Es war jene das Programm des extremsten Flügels der imperialistisch-militaristischen Reaktion: Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, völlige Beseitigung aller demokratischen Rechte, Sicherung der Monopolprofite, Aufrüstung und Krieg. Der NSDAP gelang es schließlich, sich gegen die Konkurrenten durchzusetzen und zum Favoriten von Wirtschaft und Industrie zu werden. Bedeutende Wirtschaftsbesitzer, wie Fritz Thyssen und Albert Vögler, finanzierten die Nazi-Partei. Im Gegensatz zu 1920 trat die Reaktion jetzt auf in Form einer faschistischen Massenpartei,



Grab und Denkmal für die Toten des
Ruhraufstands in Hagen

die sich einer sozialen und nationalen Demagogie, aber auch des Straßenterrors bediente. Noch bis zur Weltwirtschaftskrise war die NSDAP eine Splitterpartei (Reichstagswahl 1928: 2,6%). Die großen Wahlerfolge erzielte die NSDAP erst nach 1930 und durch den Niedergang der bürgerlichen Parteien. Mit der Machtübertragung am 30. Januar 1933 an die NSDAP gelangte das aggressive Programm des deutschen Imperialismus zur Verwirklichung.

Die politische Linke und die Arbeiterbewegung kamen zu groben Fehleinschätzungen. Die SPD verharmloste die faschistische Gefahr und war antikommunistisch eingestellt. Sie glaubte bei der Verteidigung der Republik an die Zuverlässigkeit der Staatsorgane, obwohl große Teile

der Beamtenschaft, von Polizei, Justiz und Militär republikfeindlich eingestellt waren. Ausgerechnet in dem ehemaligen Weltkriegsgeneral Paul von Hindenburg glaubten sie, einen „Schutzwall“ gegen Hitler zu sehen und machten ihn zu ihrem Reichspräsidentenkandidaten. Zudem schloss die SPD ihre linken und antimilitaristischen Mitglieder aus, die sich dann im Herbst 1931 in der neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) zusammenfanden. Die KPD stand ab 1928/29 verschärft unter einem ultralinken Einfluß, bekämpfte die SPD als „Sozialfaschisten“, schwächte die freien Gewerkschaften durch ihre RGO-Politik und trug erheblich zur Spaltung der Arbeiterkulturbewegung und Arbeitersportler bei. Kommunisten, die sich gegen diese sektiererische Politik wehrten und stattdessen gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen wollten, wurden zu Tausenden ausgeschlossen. Diese fanden sich dann zur KPD-Opposition zusammen.

Hätten SPD und KPD auf die Vorschläge zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront von SAPD und KPD-O gehört, hätte vielleicht eine Chance zu einer Wiederholung des Erfolgs vom März 1920 bestanden. Der Aufstieg Hitlers wäre aufhaltsam gewesen. Stattdessen bestanden die Illusionen, dass Hitler bald abwirtschaften würde und ein „Überwintern“ möglich wäre. Eine fatale Verharmlosung und Fehleinschätzung. So aber unterlag die deutsche Arbeiterbewegung 1933 kampflos und war angesichts des unerwarteten und sofort einsetzenden brutalen Terrors der Faschisten überrumpelt und ohnmächtig.

Gedenken an die Kämpfe des Jahres 1920

An die Kämpfe des März 1920 und deren Opfer gibt es einige Gedenkstätten, z.B. die Gedenktafel „Denkmal der Märzgefallenen“ von Walter Gropius aus dem Jahr 1922 auf dem Historischen Friedhof in Weimar für eine Arbeiterin und acht Arbeiter, Gedenktafeln im Steinbruch des Galgenberges in Halle (Saale), auf dem Friedhof Stöcken in Hannover (Abteilung 64 A: 1-8 und 13) für 14 Opfer des Kapp-Putsches, Gedenktafeln am Bahnhof der Stadt Wetter (Ruhr), am

ehemaligen Standort des Rathauses Schöneberg am Berliner Kaiser-Wilhelm-Platz, in Berlin-Köpenick für Alexander Futran auf dem Futran-Platz, ein Gedenkstein im Friedhof Bochum-Werne und im Bochum-Laerer Park Dannenbaumstraße, ein Mahnmal im Nordbahnhof in Dortmund, Gedenksteine und -tafel auf dem Ehrenfriedhof an der Königshöhe in Wuppertal-Elberfeld, am Rathausportal in Suhl, im Waldgebiet Haard in Haltern, in Zickra in Berga (Elster), vor dem Schloß Gottorf in Schleswig, an der Schule Woellmerstraße in Hamburg-Heimfeld, in der Dr.-Külz-Straße in Riesa. Denkmale stehen in Wetter (Ruhr), Essen, Haltern, Dinslaken, Wessel, Voerde und anderen Orten, zum Gedenken an die Niederschlagung des Aufstands und an standrechtliche Erschießungen.

Die Märzkämpfe des Jahres 1920 fanden auch literarische Verarbeitungen, in denen vielfach persönliche Erlebnisse verarbeitet wurden: **Hans Marchwitza:** *Sturm auf Essen* (1928), **Karl Grünberg:** *Brennende Ruhr* - Roman aus der Zeit des Kapp-Putsches. (Neuaufgabe Berlin 1997), **Kurt Kläber:** *Barrikaden an der Ruhr* (1925), **Otto Hennicke:** *Die Rote Ruhrarmee. Gewehre in Arbeiterhand* (1956).

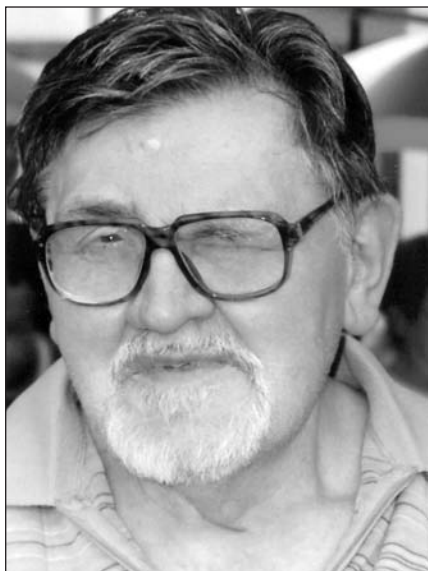
Heiner Jestrabek

Weiterführende Literatur:

Erhard Lucas, Ludger Fittkau, Angelika Schlüter: *Ruhrkampf 1920: Die vergessene Revolution. Ein politischer Reiseführer* (Klartext Verlag, 1990) und Erhard Lucas: *Märzrevolution 1920. 3 Bände, Verlag Roter Stern Frankfurt/Main 1973–1978). Eine besonders gelungene Würdigung der Revolutionäre gelang in dem Musiksampler aus dem Jahr 2006: Die Grenzgänger & Frank Baier: 1920 – Lieder der Märzrevolution. Die CD enthält 21 Titel, mehr als 75 Minuten Spielzeit, in einer Schmuckausgabe mit Papp-Schuber und einem 68-seitigen Booklet mit vielen Fotos, allen Texten und Hintergrundinformationen. (ISBN 3-9810110-0-7)*



Erinnerung an einen Chronisten der DDR



Am 19. Dezember 2005 teilte der Historiker Manfred Behrend einem Freund mit, dass ihm „bei der Operation am 29. 11. 2005 der von einem weit entwickelten Krebstumor befallene linke Lungenoberlappen entfernt“ worden sei. „Alles in allen bin ich angeknackt, aber noch vorhanden und streitbar. Letzteres erwies sich, wie ich hoffe, beim Fertigstellen der letzten Teile des PDS-Buchs für den Neuen ISP Verlag“.

In diesem Brief legte er auch seine Pläne für das nächste Jahr vor: „Nach dem Buchprojekt habe ich für 2006 Kleineres vor. Wesentlich sind mir a) die Vorgänge an der Humboldt-Universität vor 50 Jahren, nach dem XX. Parteitag der KPdSU; vorstellbar wäre wie zum 17. Juni 1953 ein Erlebnisbericht, diesmal etwas länger, da sowohl die historische Konstellation gravierender war, als auch der Autor aktiver, b) die Vorgänge in Spanien ab 1936. Hier schwebt mir einesteils eine Darstellung der Hauptaktionen an der Bürgerkriegsfront (bei gleichzeitiger Auseinandersetzung mit stalinistischen Versionen), andernteils die Würdigung der antistalinistischen Opposition und ihrer Niederschlagung vor. An einem bestimmten Punkt dürften beide Hauptthemen ineinander übergehen.“

Über Weihnachten war er nach Hause entlassen und zum 9. Januar 2006 zur Strahlen- und Chemotherapie wieder in die Robert-Rössle-Klinik in Berlin-Buch einbestellt worden.

Ungeachtet seines miserablen Gesundheitszustandes arbeitete er unermüdlich an der Chronik, die sein letztes Buch, „Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei“, abrunden sollte; in der Zeit zwischen den beiden Krankenhausaufenthalten verließen ihn nie sein trockener Humor, sein Optimismus und seine Zuversicht.

Selbstmitleid war ihm fremd; seine Krankheiten und Beschwerden waren für ihn zweitrangig gegenüber der geliebten Arbeit, aber sein unglaublicher Fleiß war kein Wert an sich, sondern die Folge seiner Faszination mit seinem Gegenstand, der Geschichte der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Seine handwerkliche Sauberkeit und intellektuelle Redlichkeit haben seine Vorgesetzten am IPW (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft) kaum bemerkt, da er immer bemüht war zu verbergen, was er alles machte, um nicht daran gehindert zu werden. Weil ihm kühne Analysen nicht lagen, denn er stellte Zusammenhänge eher durch mosaikförmiges Zusammenfügen von soliden Informationsbausteinen her, unterschätzte man seine theoretischen Fähigkeiten.

Er inszenierte sich nie, und erst wenn man sich länger mit ihm unterhielt, merkte man, wie gescheit und engagiert er war. In vollem Umfang habe ich erst, als ich zu seinem 75. Geburtstag eine Auswahl seiner Arbeiten herausgab, gemerkt, was für ein kompetenter, gescheiter und geistreicher Historiker er war.

Als das Buch über die PDS pünktlich im März 2006 erschien, lebte sein Autor nicht mehr. Er war, noch ehe er sich weiteren Krebstherapien unterziehen konnte, am 14. Januar 2006 in der Klinik an einem Herzinfarkt verstorben. Am 9. April dieses Jahres wäre er 80 Jahre alt geworden.

Seine Publikationspläne zu den Vorgängen von 1956 hatte er immerhin so weit vorbereitet, dass ich imstande war, seine übersichtlich geordneten Unterlagen zu nutzen. Auf einem Kolloquium der Rosa-Luxem-

burg-Stiftung und der Hellen Panke in Potsdam im Sommer 2006 trug ich einen Materialbericht vor, der in dem von Siegfried Prokop herausgegebenen Sammelband „Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956“ Kai-Homilius-Verlag 2006 und in „Sozialistische Hefte“, 11, September 2006 veröffentlicht wurde.

Der Beitrag wies nach, dass sich sechs Historikerstudenten an der Humboldt-Universität, unter

ihnen Manfred Behrend, nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 für mehr Demokratie vor allem in der FDJ und in der SED einsetzten und scheiterten. Die von ihnen in ehrlichster Absicht verfassten und von der Parteiführung der SED in der SED-Funktionärszeitung „Neuer Weg“ 5/1957 als „zersetzend“ bewerteten „Wege zur Belebung der Jugendarbeit“ waren der Hoffnung geschuldet, dass nun, nach der Chruschtschow-Rede, der Zeitpunkt für die dringend notwendigen demokratischen Reformen endlich gekommen sei.

In dem Dokument beklagten die Studenten „den Verfall der FDJ“, die wachsende Bürokratisierung, „die die Eigeninitiative erstickt und viele Freunde zu bloßen Gehaltsempfängern gemacht hat, andere zu Zynikern“. Sie forderten, dass der hauptamtliche Apparat reduziert werde und sich aus einem Befehlsgeber in einen Helfer des Verbandes verwandle. Die Wahl der FDJ-Leitungen müsse demokratisiert werden; ungeeignete Leitungsmitglieder sollten auf Antrag der Basis ersetzt werden. Leitungssitzungen sollten in Zukunft öffentlich stattfinden. Diese und weitere Vorschläge orientierten auf die Demokratisierung der Organisation.

Führende FDJ-Funktionäre und die Zeitschrift „Forum“ hatten sich mit den Demokratisierungsforderungen der Studierenden solidarisiert. Diese sahen sich damals auch durch die Rehabilitierung von Gomulka und Spychalski in Polen und des „Rechtsabweichlers“ Imre Nagy in Ungarn ermutigt.

Dennoch betrachteten es die Parteioberen nicht als opportun, die involvierten Studierenden mit gewaltigen Keulen wie „feindliche Plattform“ niederzuknüppeln, wie das bei anderen

Gelegenheiten der Fall war. Die Verfasser der Vorschläge mussten einige ihrer Formulierungen zurücknehmen, hielten aber den größten Teil aufrecht.

Auch innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit gab es damals offenbar Repräsentanten der „weichen Linie“ den Studierenden gegenüber. Über Manfred Behrends po-

litische Korrespondenz mit einem Studienfreund in Schwerin und über die Gespräche der beiden bei Zusam-

menkünften in dessen Wohnung heißt es in der MfS-Akte des Freundes, dass mit Hilfe einer „feindlichen Gruppe an der Humboldt-Universität“ „parteifeindliches Material“ aus Westberlin unter den Studierenden vertrieben wurde und dass Studierende der philosophischen, geisteswissenschaftlichen und anderer Fakultäten sich über die DDR-Nachrichtenagentur ADN westliche Nachrichten beschafft hätten.

Einem dieser Spitzelberichte zufolge sollen Manfred und sein Studienfreund „eine sehr überhebliche und arrogante Einstellung zum gesellschaftlichen Leben, besonders gegen unsere Partei, gegen die Sowjetunion und die Theorie des Marxismus-Leninismus“ zum Ausdruck gebracht haben.

Die Berichte landeten auf dem Schreibtisch des Leiters der Kreisdienststelle Schwerin des MfS, eines Oberstleutnant Köhn, der daraus keine Feindtätigkeit ableitete und den Vorgang wurde archivierte. Somit entging Manfred weiterer „Zuwendung“ durch das Ministerium für Staatssicherheit.

Er war immer ein politisch zu tiefst engagierter Mensch, der nach unauffälligen, unspektakulären Wegen suchte, ohne Krawall seinen Widerstand gegen die Dummen und Bornierten zu leben, und der nie sagte: „Wer weiß, vielleicht haben die da oben recht“, denn sein wacher Verstand ließ keinen Autoritätsglauben gelten. Er setzte sich, wo er nur konnte, mit Zivilcourage für Menschen ein, die wegen seiner Meinung nach gerechter Anliegen diskriminiert oder verfolgt wurden. So führte Manfreds Solidarität mit Eberhard Czichon, dem vom

SED-Parteiparat im Stich gelassenen Autor von *Der Bankier und die Macht*, gegen den Hermann Josef Abs erfolgreich prozessierte, und seine Weigerung, das von seiner Parteileitung ausgesprochene Publikationsverbot zu diesem Gegenstand einzuhalten, zu seiner Strafversetzung in eine weniger angesehene Abteilung; auch wurde er kein „Reisekader“ (d.h. er durfte nicht nach dem Westen reisen) und stieg nie über die Gruppenebene hinaus zu höheren politischen Funktionen auf. Diese Haltung zeichnete ihn bis in seine letzten Tage aus, und sie spiegelt sich in allen seinen Publikationen, insbesondere aus der Nachwendezeit, wider.

Bereits im Februar 1949 forderte der damals 19-jährige FDJ-ler in der Verbandszeitung Start geheime Wahl der Leitungen in seiner Organisation. Aus seiner Studentenzeit sind zwei Beiträge erhalten, die er nur unter Pseudonym in linken Zeitschriften in der Bundesrepublik veröffentlichten konnte. Darin berichtet er, wie er und seine Studienfreunde den 17. Juni 1953 erlebten und reflektierten. In diesen wie in allen seinen Ver-

öffentlichungen ging es ihm dabei um demokratisch-sozialistische Reformen, nie um die Aufgabe des sozialistischen Projekts.

Wie er in seinem Buch über die Geschichte der PDS schreibt, war er durch seine Familientradition vorgeprägt: sein Vater und dessen zwei Brüder waren „sozialdemokratisch bzw. KPD-orientiert“. Der Vater „fand den Weg von der stalinistisch gewordenen KPD zur KPD-O Heinrich Brandlers und August Thalheimers, die der Linie Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts folgten.“

Es prägte ihn ferner sein Studium an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Berlin, wo er lebenslange Freunde fand, die gemeinsam mit ihm „über die Jahrzehnte hinweg mal mehr, mal weniger mit der SED verbunden waren und wiederholt, besonders in den Fragen ‚Personenkult‘, Stalinismus, wahrheitsgetreue und verlogene Parteigeschichtsschreibung, wider den Stachel löckten.“

Er war zu langjähriger Freundschaft fähig. Seit seinen Studienjah-

...die Eigeninitiative erstickt und viele Freunde zu bloßen Gehaltsempfängern gemacht, andere zu Zynikern.

eine sehr überhebliche und arrogante Einstellung zum gesellschaftlichen Leben, besonders gegen unsere Partei, gegen die Sowjetunion und die Theorie des Marxismus-Leninismus

ren und bis zu seinem Tode verbanden ihn enge freundschaftliche Beziehungen zu einer Anzahl seiner Studienfreunde, mit denen er politische und wissenschaftliche Korrespondenzen führte, in denen er sich stets ebenso solidarisch wie bei Bedarf freimütig kritisch auch über deren Meinungen und Publikationen äußerte. So hat er diesen Freunden auch viel bedeutet.

Der Geschichtslehrer Charly Mahnke schickte mit seinem Kondolenzbrief ein Foto aus dem Jahre 1953, das ihn und Manfred vor dem Thomas-Müntzer-Denkmal zeigt und auf dem Manfred die linke Hand zur Faust geballt erhoben hat, „denn dort in Stolberg wurde während eines 14-tägigen gemeinsamen FDGB-Urlaubs jener Grundstein gelegt, auf dem unsere Freundschaft so dauerhaft gegründet war. In einem inzwischen langen Leben hat und hatte man viele Freunde, auch wirklich gute Freunde. Manfred aber war für mich mehr. Denn mit keinem sonst bestand eine so tief wurzelnde Gemeinsamkeit in allem, was die Welt im Innersten zusammenhält“.

Manfred prüfte die Aussagen anderer Leute und nahm nur an, was ihm logisch und als eine richtigere, wahrhaftigere Sicht als seine eigene erschien.

Er war kein Held, der tollkühn seine und die Existenz seiner Familie aufs Spiel setzte. Aber wo ein wenig List oder Zivilcourage es ihm ermöglichten, die Betonköpfe unserer Elite auszutricksen, da tat er es, ohne Rücksicht auf Verluste.

Manfred repräsentierte die Generation junger Deutscher, die in den letzten Kriegsjahre um ihre Kindheit und frühe Jugend geprellt worden waren. Es waren diejenigen, die nach 1945 meinten, es könne nur besser werden, wenn es grundlegend anders würde. Dass nur ein anderes Gesellschaftssystem dies gewährleisten könnte, schien den meisten von ihnen folgerichtig. Was sie einte, war die Überzeugung, sie selbst müssten aktiv werden und dafür sorgen, dass es nie wieder Faschismus und Krieg gebe. Ihre Irrtümer wie ihre Leistungen dürfen nicht vergessen werden. Sie gehören unauslöschlich zum Erfahrungsschatz derer, die sich für eine bessere Welt engagieren.

Berlin, im März 2010,
Hanna Behrend

Trotz allem Heimat

Eine aus Wien vertriebene Kommunistin erinnert sich an ihr Leben und an die DDR als dritte Heimat. Wer über den Sommer genug Ruhe für die Lektüre dieses Buches findet, wird auf den „historischen« Hype im Herbst gut vorbereitet.

Der persönlich geprägte Rückblick auf das Scheitern einer großen Hoffnung nicht nur ihrer Generation ist das Kernstück der Autobiographie. Aber sie ist nicht nur ein DDR-Buch, wie mit Blick auf das „Wende-Jubiläum“ derzeit viele erscheinen: Hanna Behrend hat gleich ihr ganzes Leben zwischen zwei Deckel gepackt. Mit allen Facetten, privat wie politisch, ausschweifend und präzise. Dazu noch einen Querschnitt durchs Fotoalbum.

Fast ein reiches Mädchen

Geboren wurde sie 1922 in Wien. Sie wäre beinahe „ein Mädchen aus reichem Haus“ geworden. Doch das Vermögen, welches ihre Mutter als junge Witwe in eine zweite Ehe eingebracht hatte, schmolz rasch dahin. Leopold Siederer, der Vater, war Rechtsanwalt. Vielleicht wurde er, schon als Student bei den Naturfreunden und den Freidenkern aktiv, in schwieriger Zeit nicht der ideale Geldvermehrter, aber gegen den Vorwurf, er habe ihr Vermögen verjubelt, nahm ihn seine Frau stets in Schutz. Sie achtete ihn, seine Bildung, seine Güte. „Ihm haftete, wie den meisten Ostjuden, die Erinnerung an all die Zeiten der Ungerechtigkeiten, Verfolgungen und Unterdrückungen an“, notierte sie im Tagebuch. Und ihre Tochter, die Autorin, bekam von seinem Charakter wohl einiges mit. Neben der Schule wurde Suppe an Bedürftige verteilt. Die standen dort jeweils in langer Schlange. „An einem Wintertag habe ich einer der wartenden Frauen meinen Mantel geschenkt, weil sie sich nur in ein dünnes Tuch eingewickelt hatte und vor Kälte bibberte.“ Ein beiläufig vermerktes Detail unter vielen; nicht zur Heldinnentat stilisiert. An eine Rüge für ihre spontane Handlung erinnert sich die nun über Achtzigjährige nicht, obwohl damals auch in ihrem Haus längst kein Wohlstand mehr herrschte.

1934 starb der Vater — im Jahr, in dem Österreich seinen „Weg ins Verderben“ begann, „die braune Flut, die uns wegschülte“, überhand nahm. 1938, als rundum die „Heimkehr ins Reich“ erwartet wurde, begann sich Hanna mit Kursen für Maschinenschreiben und Säuglingspflege auf eine Emigration vorzubereiten. Dass sie gut über die Grenzen kam, habe sie Leuten zu verdanken, die heute „Schleuser“ genannt würden. Die erste Etappe ihrer Flucht war das noch freie und spannende Paris, wo sie aber eine „sans papiers“, also unerwünscht war. England bot immerhin ein Aufenthaltsrecht, mit dem im sorgsam aufbewahrten Fremdenpass No. 1122119 vermerkten Vorbehalt, dass sie „keinerlei Beschäftigung annimmt ausgenommen als einwohnende Haushilfe“. Dennoch wurde für sie dieser Exilort von 1939 bis 1946 „zu einem wahren Gast-, ja zu einem zweiten Heimatland, dessen Sprache meine zweite Muttersprache ist, in der ich viele Jahre dachte, schrieb und träumte“. Es kam dort auch zur ersten, ihre politische Grundhaltung prägenden Ehe mit einem ebenfalls exilierten Kommunisten aus Deutschland. Zu ihrer Mutter, die es nach Lateinamerika verschlagen hatte, wollte sie nun nicht mehr. Der lange, kafkaesk wirkende Kampf um die Freilassung des unter unklaren Vorzeichen in britischen Lagern internierten Mannes wird zum Lehrstück für die Härte innerparteilicher Fraktionierungen: Einem des Trotzkismus beschuldigten Genossen hilft die KP nicht — im Gegenteil. Später hält die Beziehung der Remigrierten den zum Teil in diesem Misstrauen wurzelnden Belastungen nicht mehr stand.

Sich zugehörig fühlen...

Bilanz nach dem Krieg: „Von der älteren Generation meiner Familie überlebte nur mein mütterlicher Großvater.“ Nicht zuletzt die Erfahrung der Aus-

schließung und Verfolgung sprach 1946 für einen Umzug in den sowjetisch besetzten deutschen Osten. Hier war zumindest wahrscheinlich, dass „*einer Rückkehr der Nazis ein Riegel vorgeschoben wurde*“. Wiederholt betont es die Autorin: „*Ganz gleich, wie fragwürdig sich die real-sozialistische Staatsmacht in der konkreten Auseinandersetzung mit einzelnen Personen oder Vorfällen verhielt, in der DDR kam es über vierzig Jahre lang nicht zu rassistischen oder faschistischen öffentlichen Übergriffen*.“ Heute ängstigt sie das Erstarken der Rechten.

Umso irritierender das Eingeständnis, dass Hanna Behrend über diesen Hintergrund immer schwieg, „*niemals und zu niemandem über meine Familie sprach*“. Es habe sie „*viel Überwindung*“ gekostet, dies nun in ihrem Lebensbericht mit über 80 Jahren zu tun. Sie habe es gehasst, zu einer „*Randgruppe*“ zu gehören. Fragen nach Religions- oder ethnischen Zugehörigkeiten waren in der DDR „*politisch nicht korrekt*“. Das habe sie „*in den vierzig Jahren der Existenz dieses Staates*“ als „*eine seiner größten Segnungen empfunden*“. Schon deshalb habe sie ihn geliebt. Noch im Oktober 1989, beim bereits von der Massenflucht überschatteten Jubiläum, würdigte sie vor ihrer SED-Parteilgruppe an der Humboldt-Universität das Land, welches zur Heimat geworden sei. „*Was ist mir die DDR? Sie ist mein einziges Vaterland. Sie ist das Land, in dem ich mich zu Hause, zugehörig fühle*.“ Durch die nun von unten angestoßene Erneuerungsbewegung, so hoffte sie, könnte diese Deutsche Demokratische Republik endlich Wirklichkeit werden, „*von ihren bürokratischen, hierarchischen und patriarchalen Schlacken befreit*“. Mit neu aktivierten Menschen, die hier bleiben, mitmachen und es besser machen wollten, bekäme „*die Erneuerung des Sozialismus eine Chance*“.

beim Neubau der Welt

Noch einmal flammte der Glaube jener Jahre nach dem Krieg auf, als die junge Frau in einem Land voller Ruinen beim Aufbau mitwirken wollte. „*Meine Entscheidung, mit Hugo in die Ostzone zu gehen, war eine Entscheidung für etwas Anderes,*

etwas Neues, Unbekanntes gewesen, von der es für mich kein Zurück gab.“ Trotz der tristen Realität, die sie 1946 antrafen. Kaum unzerstörter Wohnraum, nicht endenwollende Kälte. „*Die seelische Verwahrlosung, die um sich gegriffen hatte, nahm ich erst allmählich wahr.*“ Sie hielt sich an die Fortschritte, obwohl das „*neue Leben voller Unwägbarkeiten war und bisweilen nach undurchschaubaren Regeln abzulaufen schien*“. Dass so vieles



schief lief, musste an den objektiv schwierigen Startbedingungen und an „*subjektiven Defiziten*“ beteiligter Personen liegen. „*Wie hätte ich denn mit der Schlussfolgerung leben können, dass es am System, an den grundlegenden Strukturen der Herrschaft des Apparats lag?*“ Zwei schmerzliche Prozesse der Enttäuschung sind intensiv zu verfolgen: Der erste zieht sich schleichend über Jahrzehnte und ein halbes Leben hin. Die zweite, im Rückblick naive Illusion einer Wende hin zum wahren Sozialismus hielt nicht lang. Sie brach 1990 früh zusammen. Wer vor dem 20-Jahredanach-Herbst differenzierte Bilder dieses Umbruchs und der DDR sucht, findet sie hier.

Von der Literaturwissenschaftlerin ist zum Beispiel einiges über Arbeiterliteratur und den zwiespältigen Umgang mit dieser zu erfahren. Es gibt Einblicke ins Verlagswesen, wo das nötige Maß an Linientreue schwer berechenbar war. Hanna Behrend konnte als Lektorin eine populärwissenschaftliche Taschenbuchreihe lancieren, wurde dann aber trotz Auflageerfolgen ausgebootet. War sie „*zu unabhängig und selbständig*“? War einer der Titel irgendwem nicht genehm? An der Hochschule kommt sie weit, doch nie ganz nach oben. Im letzten Jahr der DDR schmuggelt sie von ihr relativ spät entdeckte feministische Themen quasi durch die Hintertür in ein Uniprojekt ein. Deutlich

wird hier, was an der Frauenbewegung in Ostdeutschland anders war als im Westen; auch sie wuchs nach 1989 keineswegs harmonisch zusammen. Das nach kurzer Blüte mit den Wahlkämpfen beginnende Serbeln der basisdemokratischbunten Bürgerbewegung wird in seiner ganzen Tristesse spürbar.

Die „selbstbestimmteste“ Zeit

Was die Autorin vom Zusammenleben mit Manfred Behrend berichtet, ihrem zweiten Mann, ist dafür eine menschlich wie politisch schöne Geschichte. 44 gemeinsame Jahre! Beide konnten sich beruflich entwickeln „*und standen einander dabei nicht im Weg*“. Auch der 1930 geborene Partner war publizistisch tätig, zeitweise beim Rundfunk und im Institut für internationale Politik und Wirtschaft. Sie seien „*eine harmonische und produktive Arbeitsgemeinschaft*“ gewesen, weit über das familiäre Alltagsleben und die Pensionierung hinaus, schreibt Hanna – und belegt es. Die letzten fünfzehn Jahre der Ehe, von 1990 bis 2005, als Manfred starb, wurden für die zwei sogar zur aktivsten und „*selbstbestimmtesten Zeit unseres Lebens*“. Sie editierte damals unter anderem eine Schriftenreihe, welche „*Die Suche nach der verlorenen Zukunft*“ aufnahm.

Ob die Behrends für die DDR typisch waren? Beide waren limitiert privilegiert. Schon durch ihren Wohnort: Berlin! Prenzlauer Berg. Als im akademischen Betrieb wirkende Anglistin konnte Hanna zu Studienzwecken wiederholt nach England reisen. Ich kannte eine Englischlehrerin aus Greifswald, die sehr darunter litt, dass sie voraussichtlich bis zur Rente nie in eines der Länder würde fahren können, wo die von ihr unterrichtete Sprache gesprochen wird. Die mit den politischen Grundlinien konformen, aber immer auch selbstdenkenden Behrends bestanden die Gratwanderung zwischen Opposition und Opportunismus auf sympathische Art, zeitweise mit Rückzug in die Gartenlauben-Idylle. „*Waren wir dröge Spießer geworden?*“ Zwischendurch stellt die Autorin selbst alle fälligen Fragen. Andere

beantwortet sie so, dass beim Lesen weder Begeisterung noch eine harte Verurteilung aufkommen kann. Etwa was den Herbst 1968 betrifft, die viele eigene Hoffnungen zerstörende Niederschlagung des Prager Frühlings. „Auch wir schwiegen, wie alle anderen“, als in den Gewerkschafts- und Parteiversammlungen die verlogenen offiziellen Begründungen für den Einmarsch und die „zum Teil barbarischen Repressionen“ vorgetragen wurden. „So konnten wir unser normales Alltagsleben fortführen.“ Obwohl sie sich „insgeheim schämten“, sie mochten sich nicht ins offene Messer stürzen.

Warnende Weiterempfehlung

Er habe den Band zwischen- durch „in die Ecke pfeffern“ wollen, schrieb Erick Hackl in der Rezension, die mich auf *Die Überleberin* aufmerksam machte. Hanna Behrend gehe einem zuweilen „mit ihrer Art, penibel Ausflugsziele, Autopannen, Familienfeiern, Jugendweihen, Katzenkrankheiten und vieles mehr aufzulisten, gehörig auf die Nerven“. Das ist so. Zeit und Geduld muss wirklich haben, wer sich die Memoiren dieser „bis zur Peinlichkeit aufrichtigen Frau“ vornimmt. Ob die Behrend-Kinder über die Offenlegung der elterlichen Erziehungsdefizite und viele weitere Einblicke in ihre Leben erfreut sind? Auch sie werden es der Mutter hoffentlich mit Blick aufs Ganze verzeihen.

Das anderthalb Kilo schwere, knallrot eingebundene Buch könnte für Linke trotz allem ein geeigneter Sommerschmöker sein. Die im banalsten Sinn zu privaten Passagen lesen sich leicht, lassen sich überschlagen. Doch dabei ist Vorsicht geboten: Inmitten von Stoff, dem der Rotstift eines Lektorats gut getan hätte, finden sich plötzlich Perlen, selbstkritische Gedanken, prägnante Personenporträts. Oft wünschte ich, die Autorin hätte weniger Agenden, Briefe, Tagebücher und Schriften als Fundus für seitenlang kleingedruckte Zitate zur Verfügung gehabt. Handkehrum erweisen die sich als ideale Quellen im zeitspezifischen Ton. Bei hunderten erinnerter Schicksale, Begegnungen und Unternehmungen bekommen, wie

Hackl feststellte, sogar Wiederholungen ihren Sinn, indem sie den Überblick bewahren helfen. Beflissen vermerkt Hanna Behrend ihre Funktionen und Publikationen. Dennoch fiel dem Rezensenten auf, „wie uneitel da jemand sich selbst auf der Spur ist“. Ich bin froh, dass ich von ihm gewarnt, aber nicht abgeschreckt wurde, und gebe seine Empfehlung hier weiter.

haste

*Hanna Behrend: Die Überleberin.
Jahrzehnte in Atlantis.
Guthmann-Peterson, Wien
2008, 843 Seiten plus Bildteil
ISBN 978-3-900782-65-8
EUR 29,80*



Anzeige



DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression



Schwerpunkt der Ausgabe 1/2010:

Linke Anwältinnen und Anwälte und die Rote Hilfe

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Ab sofort auch in
Bahnhofsbuch-
handlungen!



Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel

Tel./Fax: 04 31 / 7 51 41

literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Diese Adresse bitte nicht für Mailinglisten verwenden!

Die Mitte März auf der *Konferenz für Ökologie & Sozialismus* in Kassel verabschiedete Erklärung „Für eine ökosozialistische Wende von unten!“ drucken wir an

dieser Stelle gekürzt ab. Den vollständigen Text der Erklärung schicken wir gerne per mail zu, auf der SALZ-Webseite www.bildungsgemeinschaft-salz.de werden in Kür-

ze alle Konferenzberichte nachzulesen sein.

Redaktion-Arbeiterstimme

Solidarität in Arbeit & Gesellschaft (SOAG) e.V. in Kooperation mit linken Zeitungsredaktionen

Beschlusskonferenz für Ökologie & Sozialismus, Kassel. 14.03.2010

- Eigenständige Veranstaltung im Anschluss an die SALZ - Konferenz für Ökologie & Sozialismus.
- Wir rufen gemeinsam zur Unterstützung und Unterzeichnung der Erklärung für eine Ökologische Wende auf
- Wir laden zur Zusammenarbeit im SALZ - Arbeitskreis für Ökologie & Sozialismus ein!

Für eine ökosozialistische Wende von unten!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Beschlusskonferenz im Anschluss an die von der Bildungsgemeinschaft SALZ e.V. ausgerichtete Konferenz zu Ökologie und Sozialismus in Kassel unterstützen die ökosozialistische Erklärung von Belém, die aus der Weltsozialforums-bewegung heraus entstanden ist, und verstehen sich als Teil der weltweiten ökosozialistischen Bewegung.

Die kapitalistische Produktionsweise ist mit einem ökologisch verantwortlichen Wirtschaften und einer lebenswerten zukunftsfähigen Welt nicht vereinbar. Ihre Triebkraft ist das grenzenlose Streben nach höchstmöglichem Profit und die Konsequenz daraus ist der Zwang zu einem Wachstum, das mit den begrenzten Ressourcen der Erde unvereinbar ist.

Als Ergebnis der Vorbereitung und der Debatten unserer Konferenz halten wir fest:

Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch den Ausstoß von Treibhausgasen gefährdet das Überleben der Menschheit und bedroht sie akut mit unabsehbaren Katastrophen.

Die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fordert eine Reduktion des CO₂ - Ausstoßes um 90% bis 2050, das entspricht einer Reduktion auf eine Tonne pro Kopf und Jahr. Doch nicht einmal die offiziellen und völlig unzureichenden, von den Herrschenden der reichsten Industriestaaten bestimmten Klimaziele können im Rahmen der bestehenden Verhältnisse erreicht werden. In den ersten vier Jahren des 21. Jahrhunderts war der jährliche Zuwachs der globalen CO₂ -Emissionen fast drei-

mal so hoch wie in den 1990er Jahren, trotz des Kyoto- Protokolls. Die so genannten marktwirtschaftlichen Lösungen mit Biosprit und Handel mit Emissionsrechten verschärfen das Problem des Hungers in der Welt, von dem bereits eine Milliarde Menschen betroffen sind und verschaffen den Großkonzernen und großen Kapitalgruppen zynisch die Möglichkeit, auch noch ihre umweltvernichtenden Aktivitäten in klingende Münze zu verwandeln – zu Lasten des ärmeren Teils der Menschheit und insbesondere zu Lasten der Ärmsten der Armen, die die ersten Opfer der aktuellen und bevorstehenden Umweltkatastrophen sind. Angesichts der objektiven Grenzen des Wachstums erteilen wir jeder Wirtschaftspolitik eine Absage, die versucht, die derzeitige Krise durch Fortsetzung des Wachstumswahns und Konsum- steigerung zu lösen.

Wir fordern die radikale Umstellung auf erneuerbare und saubere Energiequellen wie Windkraft, Geothermie, Wellen- und Sonnenenergie.

Uns ist bewusst: Auch bei konsequentem Ausbau der zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energien und bei Ausschöpfung der Effizienzpotenziale werden wir in Zukunft mit erheblich weniger Nettoenergie auskommen müssen als bisher.

Das stellt nicht nur unsere kapitalistische Wirtschaftsweise radikal in Frage. Das Wegbrechen der fossilen Ressourcen einerseits, die nicht im selben Maß durch andere Energiequellen ersetzt werden können, und die Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen schnell und erheblich zu reduzieren, stellen unsere Industriegesellschaft insgesamt zur Dispositi-

on. Der unausweichliche Prozess des Rück- und Umbaus bedeutender Teile der Industrie muss politisch gestaltet und geplant werden. Was, wie und wie viel produziert wird, darf nicht länger kapitalistischen Einzelinteressen überlassen, sondern muss demokratisch entschieden werden.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Produktion von Massenvernichtungsmitteln und Kriegswaffen.

Gerade angesichts der drohenden und von den Militärstrategen bereits geplanten Ressourcen- kriege ist dies dringender als je zuvor.

Wir fordern den Stopp des Baus von Kohlekraftwerken und des Missbrauchs von Nutzpflanzen zur Kraftstoffherstellung.

Wir fordern die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen wegen ihrer unabsehbaren Risiken und des unlösbaren Problems der Entsorgung der nuklearen Abfälle.

Wir fordern den großzügigen Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene und die drastische Reduktion des PKW- und LKW-Verkehrs auf der Straße. Für den Verkehr auf den Weltmeeren und in der Luft fordern wir den Umstieg auf Segelschiffahrt und Luftschiffe.

Der dringend erforderliche Umbau der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Gesellschaft muss dazu führen, dass nicht immer mehr, sondern sehr viel weniger Energie verbraucht wird. Dafür ist eine Entschleunigung des Lebens nötig und eine ganz andere Gestaltung des Raums, die dafür sorgt, dass die täglichen Wege zur Arbeit, zur Frei-

zeit- betätigung und zum Wohnen drastisch verkürzt werden. Dazu gehören die schrittweise Auf- hebung der Unterschiede zwischen Stadt und Land und die völlige Umgestaltung der Millionenstädte zu einer den Menschen förderlichen und angenehmen Umwelt.

Für die Landwirtschaft fordern wir ein Ende der Agrarindustrie, des intensiven Getreide-anbaus, der hypertrophen Weidewirtschaft zur Produktion ungesunder Mengen an Fleisch, der gigantischen Monokulturen, des Einsatzes der Gentechnik. In Übereinstimmung mit der weltweiten Bauernbewegung Via Campesina fordern wir stattdessen die Förderung der Relokalisierung der Versorgung mit Lebensmitteln, die Förderung der bäuerlichen familiären Kleinwirtschaften und der selbstverwalteten Genossenschaften auf dem Lande sowie die Wiederfruchtbar- machung des bislang vernichteten bebaubaren Bodens. Die ökologisch verantwortliche Produktion einer ausreichenden Menge an gesunden und ansprechenden Lebensmitteln ist möglich, aber nicht, wenn die Plusmacherei des großen Kapitals und die Macht von Großgrundbesitzern weiter die landwirtschaftliche Produktion beherrschen.

Die Beseitigung des Bodenmonopols ist eine Grundbedingung für die Lösung der wichtigsten ökologischen Probleme.

Nötig sind weiterhin die Flächenbindung für die Viehwirtschaft, das Verbot von Futter- mittelimporten, das Verbot von Exportsubventionen, da sie bäuerliche Strukturen in der Dritten Welt zerstören, die schrittweise Reduzierung des Einsatzes von Kunstdünger und Pestiziden. Ziel ist eine Landwirtschaft, die sich an den natürlichen Kreisläufen orientiert.

Die Ressourcen der Erde sind von erheblichem öffentlichen Interesse, und alles für die menschliche Gesellschaft insgesamt Bedeutende muss endlich gesellschaftlich kontrolliert und verwaltet werden.

Wir fordern daher die Ver- gesellschaftung der großen Produktionsmittel, Überführung der Energieversorgung in öffentliche Hände, Ver- gesellschaftung aller Bereiche der Daseins- vorsorge und auch der Banken und Versicherungsgesellschaften. Die Banken dürfen die Gesellschaft nicht

wie bei der jüngsten Finanzkrise in Geiselhaft nehmen können; die Verteilung von Kreditmitteln ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist den Teilnehmer- innen und Teilnehmern der Beschlusskonferenz für Ökologie & Sozialismus bewusst, dass Verstaatlichung nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die öko- sozialistische Wende ist.

Wenn Verstaatlichungen dazu führen, dass nur eine kleine Minderheit von Verwaltern das Sagen hat, dann werden diese tendenziell zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen und zu Lasten der Natur zum eigenen Vorteil wirtschaften

Die Erfahrungen mit einem scheinbar „sozialistischen“ Produktivismus haben gezeigt, dass die demokratische Kontrolle von unten und die

Teilhabe der Beschäftigten sowie der Konsumentinnen und Konsumenten an der Verwaltung der Betriebe und an den großen wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen eine Voraussetzung dafür ist, dass ein ökologisch verantwortliches und auf die Bedürfnisse ausgerichteter Wirtschaften erreicht werden kann. Darum erfordert die ökosozialistische Wende die gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auf alle und die Sicherung der materiellen Existenz aller zu menschenwürdigen Bedingungen.

Freiheit von Existenzangst und freie Zeit sind erforderlich, um die Teilhabe aller an der Verwaltung und am Meinungsbildungsprozess über das, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, zu ermöglichen.

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

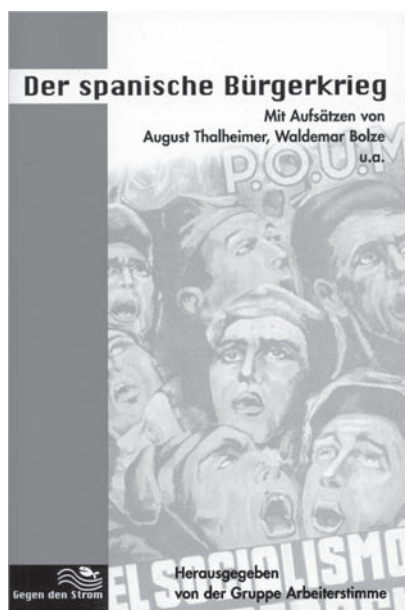
Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

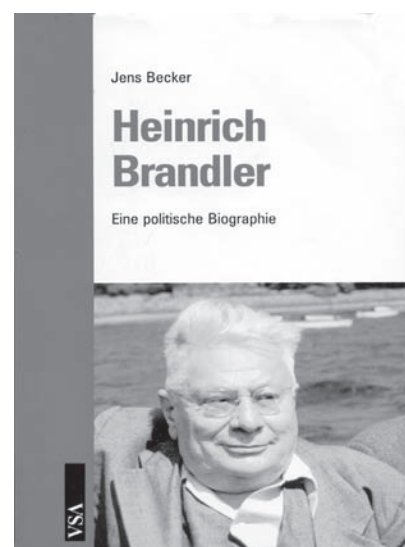
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

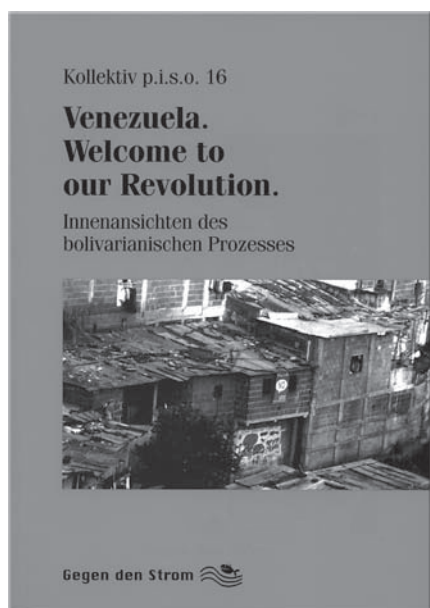
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg